

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

Stenographischer Bericht

über die

Eröffnungssitzung des Landtages
des Landes Nordrhein-Westfalen

am 2. Oktober 1946

in der Oper zu Düsseldorf

INHALTSVERZEICHNIS

Programm	Seite 2
Begrüßungsansprache des Ministerpräsidenten	Seite 3—4
Ansprache des Oberbefehlshabers der britischen Zone, Marschall der Royal Air Force Sir W. Sholto Douglas	Seite 4—5
Wahl des Präsidiums	Seite 5—6
Ansprache des Landtagspräsidenten	Seite 6
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten	Seite 6—11
Abg. Görlinger (SPD) zur Regierungserklärung	Seite 12—13
Abg. Adenauer (CDU) zur Regierungserklärung	Seite 13
Abg. Reimann (KPD) zur Regierungserklärung	Seite 13—14
Abg. Reismann (Zentrum) zur Regierungserklärung	Seite 14—15
Abg. Middelhaue (FDP) zur Regierungserklärung	Seite 15—17
Anträge der KPD	Seite 17—18
Wahl der Ausschüsse	Seite 18
Schlußwort des Landtagspräsidenten	Seite 19

PROGRAMM

zur Eröffnung des Landtages für Nordrhein-Westfalen am Mittwoch, den 2. Oktober 1946, 14.30 Uhr,
im Opernhaus der Stadt Düsseldorf

I. Teil

(14.30 Uhr bis 15.30 Uhr)

FEIERLICHE ERÖFFNUNG DES LANDTAGES

1. **Coriolan-Ouvertüre** Ludwig van Beethoven
Gespielt vom Orchester der Stadt Düsseldorf unter Leitung von Generalmusikdirektor Hollreiser.
2. **Begrüßungsansprache des Ministerpräsidenten Dr. Amelunxen.**
3. **Ansprache des Oberbefehlshabers der britischen Zone, Marschall of the Royal Air Force, Sir W. Sholto Douglas K.C.B., M.C., D.F.C.**
4. **Der Oberbefehlshaber verläßt mit den Herren auf der Plattform vor der Bühne den Saal.**
5. **Schlußsatz aus der 1. Sinfonie c-moll** Johannes Brahms
Gespielt vom Orchester der Stadt Düsseldorf unter Leitung von Generalmusikdirektor Hollreiser.

II. Teil

(16.00 Uhr bis 18.00 Uhr)

1. **Konstituierung des Landtages durch den Alterspräsidenten (Wahl des Präsidiums).**
2. **Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Amelunxen.**

I. Teil

Nach den Klängen der van Beethovenschen Ciitolan-Ouvertüre, gespielt vom Orchester der Stadt Düsseldorf, unter Leitung von Generalmusikdirektor Hollweiser, ergriff

Ministerpräsident Dr. Amelunxen

das Wort zur Begrüßungsansprache:

Ich begrüße den Oberkommandierenden Marschall der Königlichen Luftflotte Sir Sholto Douglas und begrüße die Herren der Militärregierung, an der Spitze den Landesbeauftragten, Herrn Asbury. Ich begrüße die Mitglieder des Landtages und alle Gäste.

Sir Sholto! Bei Ihrer ersten offiziellen Anwesenheit in der Hauptstadt des neuen Landes Nordrhein-Westfalen anlässlich der feierlichen Eröffnung des Landtages will ich Ihnen, etwas sagen über das Ziel unserer Aufbauarbeit, so wie wir es sehen, dann über den Charakter dieser Landschaft, über Geist und Tradition der hier lebenden und schaffenden Menschen.

Gerechtigkeit und Wahrheit sind nach einem Wort des deutschen Rechtslehrers Christian Wolf die Grundlagen des Staates, nach deren Verlust der Staat in Trümmer geht. Für diese Lehre wurde Christian Wolf von dem damaligen Könige von Preußen unter Bedrohung mit dem Strang seines Lehrstuhles enthoben und aus dem Lande verjagt. Aber drei Jahrhunderte deutscher Geschichte haben uns von der Richtigkeit dieser Lehre überzeugt. Zwölf Jahre Nazitum, Militarismus und Despotie haben den Beweis erbracht, daß ein Staat auf längere Zeit nicht existieren kann, wenn er Geistesfreiheit und Menschenwürde mit Füßen tritt. Millionen Tote und ein zerschlagener, aus tausend Wunden blutender Kontinent sind das Ergebnis der These, daß Menschheitsprobleme mit Blut und Eisen gelöst werden. Der deutsche Staat und seine Souveränität zerfielen heillos in Trümmer, weil seine sittlichen Fundamente zerwühlt und zerstört waren.

Nach den mißlungenen Versuchen von Frankfurt und Weimar steht heute das deutsche Volk bei seinem dritten Versuch, einen gesunden, auf Gerechtigkeit und Wahrheit beruhenden Volksstaat aufzurichten. Dieser Versuch ist eine letzte Möglichkeit. Sein Erfolg oder Mißerfolg entscheidet über die deutsche Zukunft. Wir wissen, daß eine Demokratie, die den europäischen Nachbarvölkern seit langem zur politischen Selbstverständlichkeit geworden ist, in einem verstörten, verbitterten und hungernden Volk nicht über Nacht errichtet werden kann. Volksherrschaft erfordert Volksreife, sonst wird die Volksherrschaft zur Pöbelherrschaft. Die Menschenrechte können weder in Proviantwagen der Armeen importiert, noch in professoralen Studierzimmern effektiert werden. Nur wenn jeder Droschkenkutscher auf der Straße wieder weiß, daß der Staat nicht Sache der Regierung, sondern seine eigene Sache ist, wenn die breiten Schichten des Volkes vom Gedankē der Demokratie zutiefst überzeugt sind, wenn alle willigen Kräfte am Aufbau teilnehmen können, wird der Versuch gelingen. Nur dann wird man das Wort des Philosophen Spinoza auf deutsche Verhältnisse anwenden können, daß es Aufgabe des Staates ist, aus den Menschen weder Automaten noch Bestien, sondern Bürger zu machen.

Der heutige Tag bedeutet daher einen Wendepunkt deutscher Geschichte. Im deutschen Westen ist ein Grundstein zu neuem demokratischem Gemeinschaftsleben gesetzt worden. Die Errichtung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Bildung des ersten Kabinetts dieses Landes sind erste vorsichtige Schritte zur politischen Willensbildung und Selbstverantwortung unseres Volkes.

Es ist bedeutsam, daß diese Entwicklung sich vollzieht im Gebiet von Rhein und Ruhr, dem natürlichen Schwerpunkt des deutschen Wirtschaftslebens, in einer von der Natur gesegneten Landschaft, die Jahrhunderte hindurch

Hüterin edelster Werte des deutschen Geistes und der abendländischen Kultur gewesen ist.

Die Menschen an Rhein und Ruhr, nunmehr zusammengeschlossen in dem zwölf Millionen Einwohner zählenden Land, sind immer freiheitsliebende Menschen gewesen, kultivierte, zivilisierte Leute, die bei ihrer hohen Achtung vor Würde und Wert des Menschen jede unnötige Beschränkung der persönlichen Freiheit, den Drill, Kommissgeist und Terror verachtet und wie die Pest gehaßt haben.

Seit den Tagen der Franken und Sachsen herrschte hier eine heimatgebundene Kultur. Kathedralen, Kloster und Kohlenzochen, wenn sie zum Teil auch in Trümmer liegen, zeugen in diesem Lande von der Verbundenheit mit Gott und der Offenheit gegenüber der Welt. Hier predigte die heilige Hildegard. Von der Domkanzel zu Köln sandte sie ihre freimütigen Rufe zur notwendigen Reform ihrer verwirrten, verrotteten Zeit weithin über die deutschen Lande. Hier lebte am Hellweg hanseatischer Geist. Im westfälischen Raum plante er von Soest aus eine sinnvolle Zusammenarbeit über die Grenzen der Völker hinaus. Hier stand die Wiege Friedrich Speers, des Verfassers der Trutznachtigall, des ersten und bahnbrechenden Kämpfers gegen den mittelalterlichen Wahnsinn der Hexenverfolgung, in jenen dunklen Tagen, die noch keine Krematorien, aber schon Scheiterhaufen kannten. Hier stand die Wiege eines Görres und Schurz, eines Bebel, Engels und Marx, eines Börne, Trimborn und Brandts, eines Ketteler, Kinkel und Kolping, eines Hitze und Bodelschwingh und vieler anderer, von unverfälschtem sozialen Geist beselter Männer, deren Namen Programme bedeuten. Programme, die in der Kulturgeschichte Europas einen ehrenvollen Platz einnehmen. Hier schuf der Titan Ludwig van Beethoven seine vom Geiste der Freiheit durchglühenden, völkerverbindenden Musikwerke. Hier, im Lande des Eisens und der Kohle, eilte die industrielle, städtebauliche und sozialpolitische Aufwärtsbewegung der Entwicklung im übrigen Deutschland voraus. Dieses dichtbevölkerte Land war Heimat und erste Wirkungsstätte Karl Sonnenscheins, jenes modernen Großstadtapostels, der kompromißloses Christentum ins praktische Leben hineintrug, der das schlummernde Bürgertum aus seiner Dekadenz und Lethargie aufscheuchte und in allen Städten Europas begeisterte Freunde fand. Zur Freude aller aufrechten Menschen und aller Engel im Himmel ereignete es sich in diesen Landstrichen immer wieder, daß führende Gottesmänner lieber in Verbannung und Gefängnisse gingen, als ein Jota ihrer Überzeugung preiszugeben. Aus den Tagen unserer Großväter erinnere ich nur an Clemens August Droste zu Vischering, den Mittelpunkt des Kölner Ereignisses, und Paulus Melchers, den mutigen Metropolit von Köln, an den Paderborner Bekennerbischof Martin und den Episkopus Brinkmann von Münster. Auch in der Nazizeit erstanden in unserem Land hernige Charakterköpfe, die vor dem Tyrannen keinen Kotau machten. Tausende könnte ich nennen, Männer und Frauen aus allen Berufen und Ständen, viele auch, die heute in diesem Saale unter uns weilten, wenn sie nicht durch die Schergen und Henker des Dritten Reiches zu Tode gekommen wären. Ich nenne von den Lebenden nur drei:

Martin Niemöller aus Elberfeld, Carl Severing aus Bielefeld, und nicht zuletzt Konrad Adenauer aus der Domstadt am Rhein. Immer waren die arbeitsamen Bewohner dieser Landstriche aufgeschlossen den Gedanken der Freiheit, dem Fortschritt der Kultur, der sozialen Wirklichkeit und reformerischen Tat, ohne jedoch kritiklos allen Neuerungen sich hinzugeben und ihre Tradition und gute Sitte zu verleugnen.

Denn das rheinisch-westfälische Volk ist nicht nur ein freiheitliches und friedliebendes, ein frohsinniges und

kunstbegeistertes, sondern zu allen Zeiten auch ein christliches Volk gewesen. Ein Thomas von Kempen und ein Gerhard Tersteegen zeugen von seinem Bekenntnis. Und ein christliches Volk ist es in seiner tiefsten Seele geblieben, trotz aller Irrungen, Wirrungen und Versuchungen der jüngsten Vergangenheit. In Not und Tod hat es während der verflochtenen Terrorjahre den Glauben seiner Väter bewahrt. Es wird Vertrauen und den Mut wieder fassen, Energie und Tatkraft entfalten, sobald die Wirtschaftslage sich bessert und das Leben wieder lebenswert wird.

Darum liegen an Rhein und Ruhr die solidesten Voraussetzungen für ein Land, dessen Pfeiler Gerechtigkeit und Wahrheit sein sollen, das erbaut wird auf den Fundamenten der menschlichen Freiheit, der natürlichen Sittengesetze und göttlichen Gebote.

Wir wollen an Rhein und Ruhr eine humane Demokratie aufbauen, in der alle Gewalt und alles Recht, alle Wünsche und Fahrziele tatsächlich vom Volke ausgehen, in der niemand nach Geburt und Stellung, jeder nach Leistung und Moral bewertet und behandelt wird. Wir erstreben ein von nobler Duldsamkeit getragenes Gemeinschaftsleben, in dem es keine politischen Feinde, sondern nur politische Gegner gibt, in dem Menschen trotz aller politischen Gegensätze Busenfreunde sein können, in dem es als Schimpf und Schande gilt, einen anderen persönlich zu bekämpfen, in dem nach einem Wort des Lord Beveridge die Regierung jeden Tag wechseln kann, ohne daß die Regierung totgeschossen wird oder andere totschießen läßt. (Heiterkeit.)

Wir wollen auf Pulsschlag und Herzklopfen des Volkes lauschen. Denn wir sind der Überzeugung, daß der Staat für die Menschen geschaffen ist, daß die Regierung dem Volke gehört und nicht das Volk der Regierung. Wir bekennen uns aus vollem Herzen zu der Meinung des Quäkers und Erdemokraten William Penn, nach der die Regierungen sich bewegen, gleich den Glocken in den Kirchtürmen von dem Anstoß, den die Menschen ihnen geben.

Es handelt sich bei unserem volklichen und staatlichen Aufbau nicht um einen Umbau, sondern um einen vollkommenen Neubau. Wir können auf nichts zurückgreifen, weil am Tage der bedingungslosen Kapitulation, an dem Tag, an dem wir von der Tyrannei befreit wurden, außer Ruinen einfach nichts mehr vorhanden war. Es handelt sich um eine bewußte Umkehr von den Irrwegen Machiavellis, um eine völlige Abkehr von dem blutrünstigen Idol des Machtstaates, um Hinwendung zu Freiheit und Fortschritt, der allein in der organisierten Gemeinschaft der friedliebenden Völker gesichert ist. Deutschland ist nicht Nabel der Welt. Rhein und Ruhr sind nicht Zentrum Europas. Aber sie haben eine europäische Bedeutung.

Man vertraut uns und erwartet viel von uns. Wir müssen von uns aus gewissenhaft, wachsam und radikal Sorge tragen, daß das Ruhrgebiet niemals wieder Waffenschmiede, daß die Wirtschaft an Rhein und Ruhr auf friedliche Ziele der Menschheit ausgerichtet wird. Wenn wir innerlich von dem hinter uns liegenden Bösen abrücken und fleißig sind, gegenseitig uns nicht belügen und selbst uns helfen, dürfen wir auch mit fremder Hilfe rechnen. Dann wird bei Anspannung aller Energie es uns gelingen, im Raume von Rhein und Ruhr einen verheißungsvollen Auftakt zur deutschen und europäischen Neuordnung zu erreichen und unseren schuldigen Beitrag zu leisten für den Frieden der Welt.

Wir sitzen alle in einem Schiff, das wir, um zu neuen Ufern zu gelangen, durch die nächsten Monate und Jahre sorgsam hindurchsteuern müssen. Wie aber das beste Segelboot das Gleichgewicht verliert und in ernstliche Gefahr des Kenterns gerät, wenn die eine oder andere Seite zu stark belastet wird, so dürfen wir auch in unserem neuen Schiff Nordrhein-Westfalen auf keiner Seite stürmische Operationen oder waghalsige Experimente uns gestatten. In christlicher und sozialistischer Verpflichtung und gemeinsamer Verantwortung müssen wir das gesteckte Ziel, die neuen Ufer zu erreichen, unverwandelt im Auge behalten. Durch Nebel und Gewitterwolken wird der Weg uns gewiesen vom Leuchtfeuer der republikanischen Ideale.

In diesem Schiff sitzt letzten Endes auch unsere Militärregierung, die wir herzlich und dringend bitten, uns zu

helfen, damit die Fahrt glücklich wird und wir keinen Schiffbruch leiden.

Sir Sholto! Ihre heutige persönliche Anwesenheit in Düsseldorf bei der Eröffnung dieses Landtages ist uns Lichtblick; ist uns Hoffnung, daß die erbetene Hilfe uns gewährt wird. (Starker Beifall.)

Nachdem der Beifall des Hauses sich gelegt hatte, bestieg er

Oberbefehlshaber der britischen Zone Marschall der Royal Air Force Sir W. Sholto Douglas

das Rednerpult und hielt folgende Ansprache:

Meine Damen und Herren! Es ist mir eine besondere Freude, bei dieser Eröffnungssitzung des Landtages des Landes Nordrhein-Westfalen anwesend zu sein. Der heutige Tag ist aus mehr als einem Grunde ein bedeutender. Er kennzeichnet die Zusammenlegung in eine Verwaltungseinheit von zwei historischen Gebieten, die einen Bestandteil des früheren Landes Preußen bildeten.

Er kennzeichnet die Verleihung des Ranges eines Landes an diese neue Gebietseinheit. Dieses Land wird, wie wir voraussehen, seinen Platz einnehmen unter anderen Ländern als einen der wesentlichen Bestandteile des zukünftigen deutschen Staates. Die Zusammenlegung der Provinzen Nordrhein und Westfalen war meiner Ansicht nach eine notwendige Maßnahme. Ich habe Grund anzunehmen, daß sie sich Ihnen ebenfalls als eine notwendige empfohlen hat. Ich kann nicht glauben, daß es zu rechtfertigen war, allein aus verwaltungstechnischen Gründen das Industriegebiet der Ruhr in zwei durch Provinzgrenzen geteilte Hälften bestehen zu lassen. Welche Regelungen auch immer in der Zukunft getroffen werden mögen, für die Verwaltung und Kontrolle der Industrien des Ruhrgebiets als eine Maßnahme der Sicherheit und als ein Beitrag zum Wohlergehen Europas und Deutschlands, so wird die Zusammenlegung, die ich durchgeführt habe, dessen bin ich wirklich sicher, als eine segensreiche und wohlberatende Maßnahme bestehen.

Wie Ihnen bekannt ist, habe ich vor kurzem eine Verordnung erlassen, nach der den Provinzen des früheren Landes Preußen, die in der britischen Zone liegen, der Status eines Landes verliehen wurde. Dieses ist eine logische Folgerung aus der klaren Tatsache, daß das Land Preußen als ein solches nicht mehr besteht. Sie schafft den notwendigen Grad der Einheitlichkeit unter den Gebietsteilen, aus denen die gegenwärtige britische Zone sich zusammensetzt.

Als Erstes wird es notwendig sein, die britische Zone gebietsmäßig und verwaltungsmäßig so zu reorganisieren, daß die Zahl der Einheiten, aus denen sie besteht, vermindert wird, ferner die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den Ländern und den zonalen Behörden festzulegen und weiter in die Übertragung der Verantwortung für die Verwaltung von den britischen Kontrollbehörden auf deutsche Körperschaften in möglichst weitgehendem Ausmaße durchzuführen.

Es ist dies eine äußerst verwickelte Aufgabe von weittragender Bedeutung. Ich selber und meine Mitarbeiter widmen ihr die größte Aufmerksamkeit, für deren Lösung wir die Stellungnahme des Zonenbeirates ersucht haben. Ich kann jetzt noch nicht sagen, wie die Lösung ausfallen wird. Aber ich glaube mit Sicherheit erklären zu können, daß sie auf den Grundsätzen der Dezentralisierung vieler Regierungsbefugnisse beruhen wird und sie zu einer Erhöhung des Ranges und der Befugnisse der Länder führen wird und zu einer Zurückführung bis auf das Mindestmaß der Reihe der Aufgabenbereiche.

Sie werden hauptsächlich wirtschaftlicher Art sein und der Zuständigkeit der Landesverwaltungen vorenthalten bleiben. Einstweilen, bis die gebietsmäßige und verwaltungsmäßige Neuregelung der Zonen vollendet ist und bis Wahlen in den neugeschaffenen Ländern abgehalten worden sind, wird zwangsläufig eine Periode gewisser Unsicherheit eintreten hinsichtlich der zu erfüllenden Aufgaben seitens der Mitglieder der Länderregierung und seitens der ernannten Vertretungen, wie Sie selbst noch eine sind. Ich werde jedoch diesen endgültigen Entscheidungen soweit vorgreifen, daß ich fortschreitend und soweit es irgend möglich ist, die Verantwortung in deutsche Hände lege und das größtmögliche Ausmaß von Verantwortung dem Ministerpräsidenten und den Ministern der Länder anvertraue. Die Befugnisse der Länder-

verwaltung werden aber erst dann eine feste Basis haben, wenn sie auf gewählten Vertretungen beruhen, denen gegenüber diese Verwaltungen verantwortlich sind.

Obwohl ich die politischen Momente der gegenwärtigen Lage hervorhebe, so bin ich mir bewußt, daß Ihre Gedanken wahrscheinlich mehr auf die wirtschaftlichen Momente gerichtet sind, auf Ernährung, Unterkunft, Heizung und die Bedürfnisse des täglichen Lebens, auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in der britischen Zone und in Deutschland überhaupt, und auf die Aussichten einer zukünftigen Besserung.

Die augenblickliche Lage ist alles andere als erfreulich. Es gibt keine rasche oder einfache Lösung. Für das deutsche Volk wird der Weg des Wiederaufbaues hart sein und er wird große Anforderungen stellen an seinen Mut, seine Ausdauer und seine Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit unter sich und mit der Besatzungsmacht. Ich glaube jedoch, daß der Weg offen ist und daß durch gemeinsame Anstrengung ein stetiges Fortschreiten in der Milderung der augenblicklichen Not erzielt werden wird. Obwohl es Rückschläge gegeben hat, so ist doch ein großes Stück Wiederaufbauarbeit schon geleistet worden. Hierfür ist das deutsche Volk nicht im geringen Maße den Besatzungskräften selber zu Dank verpflichtet.

Auf dem Gebiete der öffentlichen Ordnung, des Verbindungswesens, in den Zweigen des öffentlichen Dienstes, des Gesundheits- und Erziehungswesens ist Chaos durch Ordnung und Wiederaufbau abgelöst worden. Aber Nahrungsmittel sind noch knapp und Kohle ist auch noch knapp. Bis die Nahrungsmittelzuteilung ausreichend ist und die Erzeugung von Brennstoffen sich stark erhöht hat, muß sich die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft notwendigerweise verzögern.

Dank der Tüchtigkeit und dem Fleiße der Bauern und dem guten Wetter hat es eine gute Ernte gegeben. Diese hat die unmittelbaren Schwierigkeiten verringert, und es ist möglich gewesen, die Lebensmittelzuteilung zu erhöhen. Aber diese Zuteilung kann nicht aufrechterhalten werden ohne Einfuhr von Lebensmitteln. Die Ernährungslage in der Welt bleibt weiterhin kritisch und die Heranschaffung solcher Einfuhrwaren für Deutschland wird auch weiter äußerst schwierig sein. Die Last der Bezahlung für diese Einfuhr fällt immer noch größtenteils auf die Schultern der Bevölkerung Großbritanniens. Um diese Belastung zu begrenzen, müssen wir so viel wie möglich ausführen, um den so erworbenen Gewinn den Einfuhrkosten gegenüberstellen zu können. Eines führen wir jedoch aus der britischen Zone nicht aus: das sind Lebensmittel. Gerüchte, daß Lebensmittel aus der britischen Zone nach Großbritannien ausgeführt werden, sind noch im Umlauf, sie sind falsch. Ich wiederhole es: wir führen aus der britischen Zone keine Lebensmittel aus. Noch mehr! Die Ernährung unserer Besatzungstruppen sowie des Personals der Aufsichtsbehörden geht nicht zu Lasten der deutschen Nahrungsmittelquellen, wir leben also nicht von dem Lande.

Es geht noch ein anderes Gerücht um, das ebenso falsch ist, nämlich das Gerücht, daß Kohle aus der britischen Zone als Reparationszahlung ausgeführt wird. Es stimmt, daß Kohle, die in der britischen Zone gefördert wird, nach Orten außerhalb der Zone abtransportiert wird. Ein Teil geht in die anderen Zonen Deutschlands und nach Berlin, ein weiterer Teil geht in das Ausland. In der Tat ist der Erlös aus dem Verkauf von Ruhrkohle an das Ausland der größte Einzelposten auf dem deutschen Exportkonto und der größte Einzelbetrag Deutschlands zum Ankauf der Nahrungsmittel, die Deutschland benötigt. Ich wiederhole es, Kohle aus der britischen Zone, die ins Ausland geht, so z. B. nach Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Norwegen wird zum Nutzen der deutschen Wirtschaft bezahlt und nicht als Reparationsleistung geliefert.

Kohle ist der Schlüssel zu allem. Die Erhöhung der Produktion ist von größter Wichtigkeit. Wir müssen mehr Kohle haben für das Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft, mehr für den Export. Bei dem augenblicklichen Förderungsstand müssen alle zu kurz kommen. Wenn die Forderung nicht erhöht werden kann, dann kann es auch keine Erholung des deutschen Wirtschaftslebens geben, ja, die Lage mag sich sogar noch verschlechtern. Meine Mitarbeiter werden das ihrige tun, um die Lösung dieses entscheidenden und alle angehenden Problems zu finden.

Ich habe dringende Anweisungen erlassen an alle, die zur besseren Organisation und besseren Ausrüstung der Bergwerksindustrie beitragen können, dieses Problem gemeinschaftlich anzupacken. Der Bergarbeiter trägt eine schwere Last, er trägt das deutsche Volk auf seinen Schultern und verdient bevorzugte Behandlung. Wir alle müssen dafür sorgen, daß er sie auch bekommt. Eine besondere Verantwortung in der Frage der Kohlenförderung liegt auf Ihnen selbst als den Vertretern des Landes Nordrhein-Westfalen.

Mit diesen Gedanken will ich meine Ansprache an Sie beenden. Unter der Leitung Ihres fähigen und hervorragenden Ministerpräsidenten Dr. Amelunxen und in gemeinsamer Arbeit mit den Mitgliedern seiner Verwaltung haben Sie die Gelegenheit, für das gegenwärtige Wohl der Bevölkerung dieses großen Gebietes Westdeutschlands zu arbeiten und für den zukünftigen Bau eines friedfertigen, wirklich demokratischen Deutschlands zu wirken. Auf wirtschaftlichem Gebiet arbeiten Deutsche der britischen und amerikanischen Zone bereits jetzt zusammen, um diese beiden Zonen zu einer Wirtschaftseinheit zu verschmelzen. Sie werden die ihnen zukommende Rolle spielen bei diesem Vorgang, den wir ansehen als einen Schritt zum Wiederaufbau Deutschlands als ein wirtschaftliches Ganzes und als einen Schritt zur Aufhebung der Zonengrenzen. Dies ist das Ziel, für das wir alle arbeiten müssen. Ich wünsche Ihnen vollen Erfolg in Ihrer Arbeit, und ich fordere Sie nunmehr auf, die Pflichten zu übernehmen, die dem Landtag von Nordrhein-Westfalen obliegen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf verläßt der Oberbefehlshaber mit seinem Gefolge, während sich das Haus von den Plätzen erhebt, den Saal.

Der Schlußsatz aus der Ersten Sinfonie c-moll von Johannes Brahms beschließt den feierlichen Eröffnungsakt.

Es wird eine halbstündige Pause eingelegt.

II. Teil

Der zweite Teil der Sitzung beginnt mit folgenden Einführungsworten des Ministerpräsidenten:

Ich eröffne die erste Sitzung des Landtages. Nach unseren Feststellungen ist das älteste Mitglied des Hauses Herr Peter Zimmer, geb. am 3. September 1868. Ich frage, ob ein Mitglied des Hauses älter ist? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Herrn Peter Zimmer, das Präsidium zu übernehmen. (Übernimmt das Präsidium. Beifall.)

Alterspräsident Zimmer (SPD.): Meine Damen und Herren! Als mir mein lieber Parteifreund, der Landtagsabgeordnete Hermann Runge, vor einigen Tagen die Mitteilung machte, daß ich zum Alterspräsidenten für den Landtag Nordrhein-Westfalen ausersehen sei, bereitete mir diese Berufung große Freude. Es freut mich besonders, in dieser historischen Stunde hier den Vorsitz zu führen.

Meine Herren! Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, möchte ich die Vertreter der Militärregierung Nordrhein-Westfalen hier besonders begrüßen. Ich begrüße den Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Amelunxen, ich begrüße die Herren Minister, ich begrüße den Provinzialrat, ich begrüße die Betriebsvertretungen, die aus Schacht und Hütte, Werkstatt und Büro nach hier geeilt sind, um an unseren Verhandlungen teilzunehmen. An sie geht mein besonderer Gruß. Ich begrüße auch die Gäste.

Wir möchten in dieser feierlichen Stunde unserer Toten gedenken. (Alle erheben sich.) Unser erstes Gedenken in dieser historischen Stunde geht zu unseren Toten, es geht zu den Männern und Frauen und Kindern, die da draußen und in der Heimat ihr Leben lassen mußten, es geht zu all denen, die im Kampf gegen das Nazitum gefallen, die in den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen zu Tode gekommen sind. In unser Gedenken schließen wir alle Toten des Krieges ein, die Opfer aller Völker und Nationen. Sie haben sich zu deren Ehren erhoben. Ich danke Ihnen. (Die Anwesenden setzen sich.)

Wir kommen jetzt zur Wahl des ersten Präsidenten. Ich bitte um Vorschläge.

Abgeordneter Henßler (SPD.): Ich bitte um das Wort.

Alterspräsident Zimmer (SPD.): Das Wort hat Herr Henßler.

Abgeordneter Henßler (SPD): Ich schlage für den Landtagspräsidenten den Landtagsabgeordneten Ernst Gnoß, Düsseldorf, vor.

Alterspräsident Zimmer (SPD): Sie haben den Vorschlag gehört. Werden weitere Vorschläge gemacht? Ich höre keine weiteren. Dann kommen wir zur Abstimmung. Diejenigen Abgeordneten, die dafür sind, daß der Landtagsabgeordnete Ernst Gnoß hier in diesem Landtage Nordrhein-Westfalen den Vorsitz übernimmt, bitte ich aufzustehen. (Geschieht.) Ich danke Ihnen. Gegenprobe! (Erfolgt.) Ich konstatiere Einstimmigkeit. (Beifall.)

Ich bitte den Herrn Gnoß, sich an seinen Platz zu begeben. Bevor ich meine Funktion beende, möchte ich schließen mit jenem Dichterwort:

Mit reihem Herzen, reinen Händen
Gebührt der Dienst im Heiligtum.
Das Freiheitswerk sollst Du vollenden.
Dies, deutsches Volk, sei Dein Ruhm.

Meine Amtshandlung ist hiermit erschöpft. (Lebhafter Beifall.)

Der neue Landtagspräsident nimmt seinen Platz auf der Tribüne ein und wird vom Alterspräsidenten zu seiner Wahl herzlich beglückwünscht.

Landtagspräsident Gnoß (SPD): Meine Damen und Herren! Ich danke den Abgeordneten des Landtages Nordrhein-Westfalen für das mir durch die Wahl zum Präsidenten erwiesene Vertrauen. Wir kommen zur weiteren Besetzung des Präsidiums. Ich bitte um Vorschläge für den zweiten und dritten Präsidenten des Landtags.

Abgeordneter Henßler (SPD): Ich schlage zum zweiten Präsidenten den Abgeordneten Arnold (Düsseldorf) vor und zum dritten Präsidenten den Abgeordneten Skrentny.

Präsident: Sie haben die Vorschläge gehört. Ich möchte fragen, erheben sich gegen diese Vorschläge irgendwelche Widersprüche? Das ist nicht der Fall. Ich glaube daher, auf eine Abstimmung verzichten zu können und stelle die Wahl dieser beiden Herren fest. (Beifall.)

Wir haben weiter zwei Schriftführer zu wählen, und ich erbitte dafür weitere Vorschläge.

Ein Mitglied des Zentrums erklärt: Als Schriftführer schlägt das Zentrum den Abgeordneten Bielefeld vor.

Abgeordneter Middelhaue (FPD): Als Schriftführer schlage ich das Fraktionsmitglied der FDP, Herrn Bürgermeister A t e n h a i n (Haßlinghausen) vor.

Präsident: Sie haben auch diese Vorschläge gehört. Ich frage, ob weitere Vorschläge gemacht werden. Dies ist nicht der Fall. Dann glaube ich, auch hier die einstimmige Annahme dieser Vorschläge feststellen zu können. Ich bitte, die soeben gewählten Herren Abgeordneten, ebenfalls ihre Plätze hier oben einzunehmen.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, bevor wir in die eigentliche Tagesordnung eintreten, ein paar kurze Worte:

Wir erleben diesen historischen Augenblick der ersten Sitzung des Landtages für das Land Nordrhein-Westfalen in einer Zeit, die nicht gerade viel Gutes für uns hat. Wir haben vorhin von der Bedeutung des Landes Nordrhein-Westfalen für Deutschland und das gesamte deutsche Volk aus dem Munde des Herrn Ministerpräsidenten gehört.

Ich will diesen Diagen nichts hinzufügen als nur das eine sagen: Wir werden uns in unserer Gesamtheit bemühen, diesen starken und gesunden Traditionen der Vergangenheit auch wieder eine gesunde Gegenwart anzureihen und nicht nur die Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern auch das gesamte deutsche Volk wieder einer besseren Zukunft zuzuführen.

Unsere Aufgaben, die wir als die berufenen Vertreter der Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen zu erfüllen haben, werden unter den gegenwärtigen Verhältnissen begrenzt sein. Aber eine Feststellung glaube ich doch an dieser Stelle und zu dieser Stunde als notwendig aussprechen zu sollen:

Das Land Nordrhein-Westfalen ist entstanden aus einer Situation, in der es die Besatzungsmacht für richtig gehalten hat, dieses Land zu bilden und damit die Bevölkerung des Landes vor eine Tatsache zu stellen. Wir schauen hinter uns die Wappen dieser beiden Länder Nordrhein-Westfalen. Wir schauen das Wappen nicht der Nordrheinprovinz, sondern des Rheinlandes in seiner ursprünglichen Gesamtheit, und es ist mir ein besonderes Bedürfnis, in dieser Stunde auszusprechen, daß wir als

Rheinländer, und ich glaube, mit uns unsere Westfalen, den Augenblick herbeisehnen, daß auch jener Teil des Rheinlandes, das südliche Rheinland, das heute noch von uns getrennt und durch eine Besatzungsgrenze stark von uns abgegliedert worden ist, ein Teil unseres Ganzen wieder wird und daß auch das uns verwandte Saargebiet in dieses Land der gemeinsamen Interessen in Rheinland und Westfalen bald wieder einbezogen werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Wir wollen in dieser Stunde aber auch aussprechen und bekennen, daß wir uns in diesem Lande Nordrhein-Westfalen auch in seinem jetzigen Bestand nur fühlen als die Schrittmacher und die Wegbereiter und als einen Baustein zu dem großen Deutschland und dem einheitlichen deutschen Volke. (Lebhafter Beifall.)

Wir wissen, daß wir auch in Zukunft auf Gedeih und Verderb politisch und wirtschaftlich in jeder Phase unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens mit dieser Gesamtheit des deutschen Volkes verbunden sind und daß unser Schicksal ein, gemeinsames sein wird und sein muß. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Es ist vorhin von dem Herrn Oberkommandierenden der britischen Besatzungsarmee den Abgeordneten des Landes Nordrhein-Westfalen zugerufen worden, nunmehr die Pflichten auszuüben, die Ihnen übertragen worden sind.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich hier zum Ausdruck bringe, daß uns die Pflichten, die uns zugewiesen sind, in ihrer Begrenzung bekannt sind und daß darum auch wir die Begrenzung unserer Verantwortung, die wir übernommen haben und übernehmen werden, in dieser Stunde herausstellen, weil wir auch diese Grenzen durchaus klar zu erkennen vermögen. (Zuruf: Sehr gut!) Wir wünschen und hoffen, daß der Zeitpunkt bald herbeikommt, wo wir mit den politischen Gehversuchen, die wir jetzt auf dem demokratischen Parkett in den letzten eineinhalb Jahren zu machen bereit gewesen sind, endlich einmal aufhören werden und wir die Möglichkeit bekommen, zu beweisen, daß wir mit starken Schritten selbstbewußter Männer und politisch denkender und handelnder Männer und Frauen auf diesem Parkett uns zu bewegen verstehen und bereit sind, das Schicksal dieses Landes und das Schicksal ganz Deutschlands in unsere eigene Hand zu nehmen und das wirtschaftliche und politische Gesicht unserer Heimat selbst zu gestalten. (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Dazu erbitten wir — das soll meine erste Amtshandlung sein als Präsident dieses Landtages Nordrhein-Westfalen — die Unterstützung auch der Militärregierung. Wir geloben, daß wir bereit sind, alles einzusetzen für den Neuaufbau eines besseren demokratischen Deutschlands der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens und des Willens zur Völkerverständigung für alle Zeiten. (Beifall.) In diesem Geiste möchte ich auch die Geschäftsführung als Präsident des Landtages übernehmen. Ich bitte, daß alle Herren und Damen Abgeordneten mich bei dieser Arbeit unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zur Erledigung unserer Tagesordnung. Ich darf Sie bitten, Herr Ministerpräsident, das Wort zu nehmen

zur Regierungserklärung.

Ministerpräsident Dr. Amelunxen: Meine Damen und Herren! Am 18. Juli d. J. wurden durch eine Entscheidung der britischen Militärregierung die ehemaligen Provinzen Nordrhein und Westfalen zu einem neuen Land unter dem Namen Nordrhein-Westfalen zusammengefaßt mit der Landeshauptstadt Düsseldorf. Am 24. Juli wurde ich zum Ministerpräsidenten des Landes ernannt mit dem Auftrag, ein politisches Kabinett zu bilden. Dieses Ziel wurde nach langwierigen Verhandlungen erreicht. Das war eine volkspolitische Notwendigkeit. Bei der furchtbaren Not, unter der unser Volk zu leben hat, und bei dem verständlichen Interesse, das die Weltöffentlichkeit der Bildung des ersten Kabinetts des neuen Landes entgegenbrachte, wäre es nicht zu verantworten gewesen, wenn die Bildung eines politischen Kabinetts als unmöglich sich erwiesen hätte. Mit Recht wäre uns draußen der Vorwurf politischer Unreife gemacht worden. Im Innern wäre die Unzufriedenheit noch gewachsen. Das Kabinett hat am 30. August seine Arbeit aufgenommen. Es sieht so aus:

Inneres:	Dr. Walter Menzel
Finanzen:	Franz Blücher
Wirtschaft:	Dr. Erk Nölting
Verkehr:	Dr. Fritz Stricker
Ernährung:	Dr. Hermann Heukamp
Arbeit:	August Halbfell
Wohlfahrt:	Heinz Renner
Kultus:	Dr. Wilhelm Hamacher
Wiederaufbau:	Hugo Paul
Justiz:	Eduard Kremer.

Infolge ernstlicher Erkrankung des Kultusministers Dr. Hamacher wird mit Genehmigung der Militärregierung seit dem 26. September das Kultusministerium vorläufig von mir geleitet.

Zur Hälfte besteht das Kabinett aus Westfalen, zur anderen Hälfte aus Rheinländern. Mithin ist nach dem Gesetz der Parität die Gefahr einseitiger Berücksichtigung rheinischer oder westfälischer Interessen ausgeräumt. Wir, die aus Westfalen kommenden Mitglieder des Kabinetts, haben bei unserer Übersiedlung von der Aa an den Rhein aus dem westfälischen Oberpräsidium in unserem Möbelwagen zwei Bilder mitgenommen, die im Sitzungssaal unserer Landesregierung aufgehängt worden sind. Das eine ist ein Bild des alten Reichsfreiherrn vom Stein und das andere ein Bild von Johannes Gronowski. Das eine soll uns stets erinnern an die bahnbrechenden Selbstverwaltungsgedanken des ersten Oberpräsidenten von Westfalen. Das andere, das Bildnis des letzten westfälischen Oberpräsidenten vor der verflorenen Terrorzeit, soll täglich uns vor Augen halten, daß Charakter und aufrechte Gesinnung die vornehmsten Eigenschaften eines jeden Politikers und Beamten sind. (Beifall.)

Die Berufung und Zusammensetzung dieses ernannten Landtags beruht auf einer Anordnung der Militärregierung vom 29. August d. J. Er setzt sich zusammen aus

100 Mitgliedern des nordrheinischen Teiles des Landes und den

100 Mitgliedern des früheren westfälischen Provinzialrates.

Bei der Auswahl der rheinischen Mitglieder und der Verteilung der 100 Mandate auf die einzelnen Parteien war die Landesregierung nicht beteiligt, da die entsprechenden Verhandlungen vor Beginn unserer Amtsführung stattfanden.

Die politische Verteilung bei den rheinischen Mitgliedern ist so:

CDU.	36
SPD.	36
KPD.	14
Zentrum	8
FDP.	4
Unabhängige	2
zusammen:	<u>100</u>

Die politische Verteilung bei den westfälischen Mitgliedern ist so:

SPD.	35
CDU.	30
KPD.	20
Zentrum	10
FDP.	5
zusammen:	<u>100</u>

Insgesamt ist das politische Gesicht des Landtags also so:

SPD.	71
CDU.	66
KPD.	34
Zentrum	18
FDP.	9
Unabhängige	2
zusammen:	<u>200</u>

Außerdem zählen zum Landtag alle Mitglieder des Kabinetts nach einer neueren Anordnung der Militärregierung.

Als Ministerpräsident dieses neuen Landes übernehme ich mit dem von mir gebildeten Landesministerium die Aufgabe, dieses Gebiet in eine verfassungsmäßige Form zu überführen und ihm eine geordnete einheitliche Verwaltung zu geben. Wir sehen in unserem neuen Land ebenso wie in den benachbarten Ländern ringsum Bausteine, die schließlich den deutschen Gesamtstaat bilden sollen. Über die Teilung der Aufgaben zwischen dem Land und dem Reich wird die Zukunft entscheiden. Wir

glauben nicht, daß die Zeit für eine endgültige Verfassung schon reif ist. Wir werden ein vorläufiges Grundgesetz mit einfachem Aufbau für unser Land vorbereiten und dem Landtag baldigst zur Beratung zuleiten.

Die erste Aufgabe, die wir in Angriff genommen haben und durchführen werden, ist der planvolle Aufbau der Landesregierung. Es wird eine zweckmäßige, an bewährte Verwaltungspraxis sich anlehrende Organisation errichtet, die mit einem Minimum an Beamten einen größtmöglichen Nutzeffekt erzielen wird. Die Landesregierung will lenken, führen und mit festen Zielen regieren, nicht verwalten. Die Verwaltung liegt unten. Alle Fragen, die in den Gemeinden und Ämtern, den Städten und Kreisen geregelt werden können, gehören nicht in den Amtsbereich der Ministerien.

Die Landesregierung wird sich mit der Reform der Verwaltung im Lande selbst beschäftigen. Dabei werden wir keine Eigenbrödelei betreiben, sondern mit den übrigen Ländern in ständiger Fühlung bleiben. Der Zonenbeirat in Hamburg hat auf eine Anforderung der Kontrollkommission hin vor einigen Tagen mehrere Gutachten über die territoriale Neugliederung und den Verwaltungsaufbau in der britischen Zone ausgearbeitet. Vermutlich wird die Kontrollkommission ihre Ansichten bis zum Ende des Jahres uns mitteilen. An Hand dieser mit der Militärregierung zu beratenden Richtlinien werden wir dann unter Mitwirkung des Landtags einen klaren Verwaltungsaufbau in unserem Lande vornehmen. Wir werden von der Vielgestaltigkeit unserer Behörden schon wegen der Kostenfrage auf einen einfachen, für jeden Staatsbürger übersichtlichen Verwaltungsaufbau zurückgehen müssen. Nach dem vorläufigen Wegfall der Reichsgewalt und der endgültigen Vernichtung Preußens mußten die vom Reich und von Preußen früher wahrgenommenen Aufgaben auf das Land sich verlagern, so daß die Bildung einer starken Landesregierung die zwangsläufige Folge der geschichtlichen innerdeutschen Entwicklung geworden ist. Es handelt sich also nicht um den Versuch, durch Länderbildungen einen kostspieligen Verwaltungsapparat aufzublähen. Bei der verhältnismäßigen Neugestaltung unseres Landes werden wir auf die an Raum und Tradition gebundenen Aufgabengebiete, die Verschiedenheiten und Eigentümlichkeiten der einzelnen in diesem Lande zusammengeschlossenen Landschaften jede Rücksicht nehmen.

Wir glauben, daß bei der Verwaltungsreform zum Besten einer sauberen Verwaltung und sachkundigen Wahrnehmung der Volksinteressen an dem Prinzip des Berufsbeamtentums festgehalten und für einen fachlich geschulten, demokratisch fühlenden Beamtennachwuchs gesorgt werden muß.

In der Personalpolitik haben wir das Bestreben, die tüchtigsten und fähigsten Leute auf die wichtigsten Stellen zu setzen, besonders Fachleute, die in der Vergangenheit Charakter bewiesen haben und auch auf Grund ihrer bisherigen Haltung volle Gewähr bieten für eine ersprießliche Arbeit im demokratischen Geiste. (Reicher Beifall.)

Wir werden in unseren Verhandlungen mit der Militärregierung, den Standpunkt vertreten, daß das Ziel der Verwaltungsreform die Einheit der Verwaltung ist. Die Bildung von zahllosen Sonderbehörden, vorerst in einer zonalen Zentrale, dann aber auch in einem durchorganisierten Unterbau auf der Länderebene, verteuert die Verwaltung außerordentlich. Der öffentliche Geldbedarf muß der verringerten Kaufkraft und Leistungsfähigkeit von Volk und Wirtschaft angeglichen werden. Die Bildung der Sonderbehörden zersplittert die Verwaltung. (Sehr richtig!) und läßt wasserkopffartige Körperschaften zur Blüte kommen, die jeder politischen Kontrolle sich entziehen. (Zustimmung.) Wir wünschen aber, daß jede öffentliche Betätigung der parlamentarischen Kontrolle unterliegt, weil wir wollen, daß die Bevölkerung sieht, was und wie wir arbeiten. Wir wünschen ihre rege Anteilnahme durch Zustimmung oder Kritik. Nur so können wir von unseren Amtsstuben aus mit der Bevölkerung in lebendiger Verbindung bleiben und feststellen, welche Maßnahmen nötig sind, um dem Land und dem Volke zu helfen.

Die Wiedereingliederung der Sonderbehörden in die allgemeine Landesverwaltung erscheint uns als ein Gebot der Stunde. Das gilt für die Behörden der Wirtschaft und Arbeit, des Verkehrs mit Ausnahme von Post und Eisenbahn, gilt für die Behörden der Ernährung und Polizei,

gilt für die Justiz. Die Verantwortung für die genannten Aufgabenkreise innerhalb des Landes kann von den Landesministern auf die Dauer nur getragen werden, wenn entsprechende Befugnisse der Landesregierung zugewiesen und die Sonderbehörden baldigst in die allgemeine Verwaltung wieder eingegliedert werden. (Zustimmung.)

Auf dem Gebiete der Finanzen steht das neue Land vor gewaltigen Aufgaben. Das hinter uns liegende Jahr hat uns zwar wieder ein erstes haushaltsmäßiges Fundament gebracht, aber das Fundament ist noch kein solides. Das Gleichgewicht der Haushalte wurde angestrebt durch vermehrte Einnahmen und scharfe Drosselung der Ausgaben. Die neuen Steuern vom Einkommen aber schwächen den Leistungswillen, lähmen die Produktion und untergraben die Steuermoral, so daß die überhöhte Steuerbelastung kaum aufrechterhalten werden kann. Auch bei dem Fortbestand der hohen Steuern ist der Ausgleich der Haushaltspläne noch zweifelhaft. Wird er erreicht, so nur dadurch, daß auf der Ausgabenseite Abstriche vorgenommen wurden, die auf die Dauer ebenfalls nicht tragbar sein werden. Das gilt vornehmlich für die Behandlung der Renten der Kriegsoptioner, die auch Lord Beveridge gelegentlich seiner letzten Deutschlandreise als einen Fehler bezeichnete. Dringliche Ausgaben auf dem Gebiete der Wiederinstandsetzung der zerstörten Städte sind nur deshalb im Augenblick verhältnismäßig gering, weil es an den nötigen Rohstoffen und anderen Voraussetzungen für die Inangriffnahme vieler Arbeiten fehlt. Läuft die Reparaturarbeit und Neubautätigkeit in größerem Ausmaß an, so hat das naturgemäß gesteigerte Ausgaben zur Folge. In dieses große Ringen um die Wiederherstellung eines soliden Haushaltsplans tritt nun die schwierige Aufgabe der Zusammenlegung der Haushaltspläne von Nordrheinland und Westfalen.

Nach gewissenhafter Prüfung erscheint es nicht möglich, jetzt mitten im Rechnungsjahr die beiden Haushaltspläne von Nordrhein und Westfalen für den Rest des laufenden Jahres zusammenzulegen. Wir werden also zunächst nach getrennten Haushaltsplänen weiterarbeiten, aber unverzüglich alle Vorbereitungen treffen, damit zu Beginn des neuen Rechnungsjahres die Zusammenlegung der beiden Haushaltspläne möglich wird und nach einem Plan gearbeitet werden kann.

Um zu einer Wiederherstellung des Haushaltsausgleichs gelangen zu können, muß auch das Prüfungswesen überall wieder in Funktion gebracht werden. Nur wenn die Finanzverwaltung Hand in Hand mit den die Prüfung durchführenden Stellen zusammenwirkt, können die großen finanziellen Probleme gemeistert werden. Eine Finanzverwaltung, der die erforderlichen Einblicke und Überblicke fehlen, kann ihren Aufgaben nicht gerecht werden. Das hat sich in den vergangenen Monaten deutlich bei den Gemeindefinanzen gezeigt, gilt aber nicht nur für die Gemeindefinanzen, sondern für das gesamte Gebiet der Verwaltung.

Alle Finanzmaßnahmen werden überschattet von der Unklarheit auf dem Gebiete der Geldbereinigung, deren Kommen gewiß, deren Zeitpunkt, Art und Durchführung noch in der Schwebe ist. Jedenfalls bringt eine Geldbereinigung und Währungsanierung den allseitig erhofften Erfolg nur dann, wenn eine Reihe von Voraussetzungen gegeben sind, die das Wiedererlangen der Wirtschaft gewährleisten. Es wäre nicht zu verantworten, ohne Sicherstellung dieser finanztechnisch, wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch festumrissenen Voraussetzungen einer Geldbereinigung mit all ihren schweren Folgen für das Schicksal des deutschen Volkes näherzutreten. Grundsätzlich verlangen wir, daß die kommende Reform einen gerechten Lastenausgleich bringt, der die Sachwerte in gleichem Umfang heranzieht wie den Geldbesitz, und daß die kleinen Vermögen und Sparguthaben weitgehend geschützt werden.

Mehr als das Geld interessiert im Augenblick unser Volk das Brot. Auch für uns in der Landesregierung ist die Ernährungsfrage die wichtigste Frage. Tag und Nacht sind wir bemüht, die Lebensmittelzuteilungen, namentlich für die Industriebevölkerung an Rhein und Ruhr, unter allen Umständen zu sichern, mag es sich dabei um die Anlieferung der Einkellerungskartoffeln oder die Lenkung anderer Lebensmitteltransporte handeln. Wir werden alles daran setzen, die Versorgung des rheinischen Industriegebiets der des westfälischen Gebiets gleich-

zustellen, damit von einer Mehlgrenze zwischen Rheinland und Westfalen nicht mehr gesprochen werden kann. Es ist uns hinreichend bekannt, daß seit Monaten die Brotversorgung nicht immer so von statten gegangen ist, wie es die Bevölkerung mit Recht erwartet. Sofortmaßnahmen sind eingeleitet, um diesem Uebelstand soweit wie möglich unverzüglich abzuwehren. Zusätzliche Mengen von Mehl und Getreide sind in das rheinische Industriegebiet dirigiert worden, und zur Zeit befinden erhebliche Mengen sich auf dem Transport.

Durch Presse und Rundfunk haben Sie von den scharfen Anordnungen gegen schlecht abliefernde Betriebe erfahren, von der Einsetzung von Treuhändern und Zwangsverpackungen, notfalls unter Entfernung des bisherigen Betriebsinhabers vom Hofe. Ein solches Vorgehen sind wir nicht nur der hungernden Bevölkerung, sondern auch den gut wirtschaftenden und gewissenhaften Bauern schuldig.

Aus meiner bisherigen westfälischen Sicht stelle ich zu Ehren des Bauernstandes fest, daß die weitaus größte Mehrzahl der Betriebsinhaber mit ihren Familien und sonstigen Arbeitskräften unter Anspannung aller Kräfte treu ihre Pflicht erfüllt hat, und zwar nicht nur unter gesetzlichem und behördlichem Zwang, sondern im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen.

Trotz besten Willens unserer Landbevölkerung und schärfster Maßnahmen der Behörden gegen unfähige und verantwortungslose Betriebsinhaber wird das Aufkommen an Nahrungsgütern aus der eigenen Erzeugung aber weiter rückläufig sein, wenn es nicht gelingt, die Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft zu erhalten und die landwirtschaftliche Produktionsgrundlage zu verbessern. Wir verlangen von der Landwirtschaft die Ablieferung ihrer Erzeugnisse zu den festgesetzten Höchstpreisen, und der weitaus größte Teil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse kommt zu diesen Preisen auf den Markt. Die Landwirtschaft hat deshalb einen Anspruch, zu ebenso realen Preisen und ohne Naturalabgabe mit ihren Bedarfsgütern beliefert zu werden.

Was wir aber auch zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung unternehmen, wir werden von Zufuhren aus den Nachbargebieten und von überseeischen Einfuhren abhängig sein. Alles in allem versorgt sich unser Land friedensmäßig nur zu etwa 50 Prozent aus eigener landwirtschaftlicher Erzeugung. Bei wichtigen Nahrungsgütern, pflanzlichem Fett und Fleisch, lag der Grad der Eigenversorgung trotz starker Veredlungswirtschaft und intensivstem Ackerbau noch niedriger. Gegenwärtig ist das Verhältnis infolge der abgesunkenen Ernteergebnisse nicht wesentlich günstiger. Soweit es günstiger erscheint, leben wir nicht immer von den Erträgen, sondern von der Substanz. Das gilt besonders von unserer Fleischversorgung. Aber vor die Wahl gestellt, Mensch oder Vieh, konnten wir Eingriffe in die Milchviehbestände nicht vermeiden trotz der Erkenntnis, daß hieraus später bedenkliche Ausfälle im Milchfall und in der Butterversorgung sich ergeben werden, von denen wir noch nicht wissen, wie sie ausgediehen werden können.

Wir werden also ohne erhebliche Zufuhren in Zukunft ebensowenig auskommen, wie wir bisher ohne Unterstützung der Militärregierung durch Einfuhren hätten durchhalten können. Ohne die Hilfe von außen wäre der Hunger noch größer, wären Millionen deutscher Menschen bereits verhungert. Diese Feststellung mag demütigend sein, aber sie entspricht der tatsächlichen Lage. Nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres, wo wir durch das Ausbleiben der erwarteten Einfuhren plötzlich untragbare Rationskürzungen hinnehmen mußten, ist unser Ziel, wenigstens zu einer bescheidenen Vorratsbildung zu kommen, die es uns ermöglicht, die Ernte über das ganze Jahr zu verteilen. Wir bedürfen der Zufuhren nicht erst, wenn die eigene Ernte verzehrt ist. Die Zufuhren müssen uns laufend erreichen, damit nicht durch die verzögerte Ankunft eines einzigen Getreidedampfers unsere ganze Brotversorgung über den Haufen geworfen wird, und damit wir wenigstens für die am 14. d. M. in Kraft tretende Erhöhung der Lebensmittelzuteilungen festen Grund bekommen. Von ihm aus werden wir unser unermüdliches Bemühen um eine hoffentlich bald zu erwartende weitere Besserung der Ernährung fortsetzen können.

Die kommende Agrarreform muß zu einer Produktionssteigerung und darf keinesfalls zu einem Produktions-

rückgang führen. Sie wissen, daß beim Zonenbeitrag ein Sonderausschuß für Bodenreform eingesetzt wurde, dessen abgeschlossene Gutachten gegenwärtig als Unterlage für einen Gesetzentwurf dienen, der vom Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft ausgearbeitet wird. Es ist daher verfrüht, weitere Einzelheiten bekanntzugeben. Eine Agrarreform wird auch in unserem Lande durchgeführt, und zwar unter Wahrung gerechter Grundsätze so durchgreifend wie nötig und so zweckmäßig wie möglich.

Auf wirtschaftlichem Gebiet verfolgen wir mit Energie vier Ziele: 1. Die Steigerung der Kohlenförderung, 2. die Bereitstellung ausreichender Düngemittel, 3. das Ingangbringen des Außenhandels und 4. die Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Konsumgütern.

In Zeiten der Hochkonjunktur hatten wir im Ruhrgebiet eine tägliche Kohlenförderung von mehr als 420 000 t, die unter dem anhaltenden, Ihnen allen bekannten Druck ungünstiger Umstände auf etwa 170 000 t abgesunken ist, während nur bei mindestens 300 000 t eine ausreichende Produktionskraft mobilisiert werden kann. Eine Steigerung der Förderziffern ermöglicht die Vollbeschäftigung aller arbeitsfähigen Kräfte, ermöglicht die Wiederherstellung der vielfach verlorengegangenen Rentabilität, ermöglicht auch die Beseitigung des Preisauftriebes, der von einer nicht voll ausgelasteten Produktionskapazität seinen Ausgang nimmt.

Es gilt somit, alle verfügbaren Kräfte anzuspannen und alle erdenklichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Kohlenproduktion zu steigern. Die erste Voraussetzung hierfür ist die verständnisvolle Sorge für den Bergmann und seine Familie. Der Beruf des unter Tage arbeitenden Bergmanns ist der schwerste, und die Arbeit des Bergmanns volkswirtschaftlich die wichtigste. Daher muß auch der Bergmann als der wichtigste Mann in unserem Land betrachtet und behandelt werden. Infolgedessen müssen die Löhne für die Bergarbeiter so erhöht werden, daß der Bergmann mit seinem Lohn endlich an der Spitze der Arbeiterschaft steht. Ausreichende Ernährung ist unbedingt sicherzustellen. Die Wohnverhältnisse des Bergmanns sind so zu gestalten, daß sie ihm Entspannung und Wohlbehagen nach seiner harten Arbeit zu bieten vermögen.

Von der Lohntüte freilich wird ein Leistungsanreiz nur ausgehen können, wenn hinreichende Kaufmöglichkeiten von zusätzlichen Konsumgütern zu gerechtfertigten Preisen geboten werden. Zu diesem Zweck wird gegenwärtig ein Punktsystem ausgearbeitet, das für erhöhte Leistungen erhöhte Bezugsmöglichkeiten für Verbrauchsgüter vorsieht. Der einzig gangbare Weg zur Behebung des Mangels an Bergarbeitern, deren Zahl im Ruhrgebiet seit Januar d. J. nur um 10 000 vermehrt werden konnte, ist die Schaffung eines Anreizes für den Einsatz neuer Kräfte im Revier. Die Einführung einer Arbeitspflicht dagegen würde nach allen Erfahrungen einen wirtschaftlichen Nutzen nicht bringen, muß aber auch grundsätzlich aus sozialen, ethischen und politischen Gründen abgelehnt werden. Dabei darf nie aus dem Auge verloren werden, daß unsere Kumpels, was Menschen, die unter Kumpels nie geliebt haben, nicht wissen können, ein so hohes Berufsethos haben, wie es in einem anderen Beruf kaum anzutreffen ist. (Beifall.)

Wir wollen uns auch überlegen, ob wir nicht viele Bergarbeiter in den Besitz eines Eigenhelms bringen können, etwa so, daß der Bergarbeiter an der Mehrleistung beteiligt, ihm die Mehrleistung in Kohle gutgeschrieben und ihm, wenn eine gewisse Kohlengutschrift erreicht ist, ein bescheldenes Eigenhalm zugewiesen wird. (Zustimmung.)

Ebenso wichtig wie die Steigerung der Kohlenproduktion ist die Bereitstellung ausreichender Düngemittel zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Auf ausgemergeltem Boden lassen auch bei fleißigster Arbeit und günstigsten Witterungsverhältnissen keine Rekordmengen erzielt werden. Wir sind in unserem Land bei manchen Flächen mit früher beachtlichen Erträgen und manchen Früchten, auf die wir angewiesen sind, an der Grenze der Anbauwürdigkeit angelangt. Das ist zu erheblichem Teil eine unmittelbare Folge des Mangels an Düngemitteln. Nur 10 Prozent des normalen Bedarfs an Stickstoff und Phosphat konnten im abgelaufenen Wirtschaftsjahr ausgeliefert werden, nur 30 Prozent des Bedarfs an Kali. Wir werden deshalb der Stickstoffgewin-

nung zur Anreicherung der landwirtschaftlichen Böden unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

Das Ingangbringen des Außenhandels ist notwendig, weil nur durch Ausfuhr die erforderliche Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen finanziert werden kann. Ziel unserer Exportpolitik ist es, ein Exportsortiment zu schaffen, das nach Versorgungslücken und Fertigungslücken im europäischen Markt ausgerichtet ist und daher eine erwünschte Ergänzung, nicht aber einen Konkurrenzkampf der einzelnen Volkswirtschaften bedeutet. In lohnintensiver Veredelung und hochwertiger Spezialfertigung sehen wir die natürliche Orientierung unserer künftigen Exportwirtschaft.

Die gegenwärtig durch das Land gehenden Stillelegungen erfüllen uns mit größter Sorge, namentlich sind es die drohenden Stillelegungen in der Stahlindustrie, durch die weite Kreise der Arbeiterschaft betroffen werden.

Leider hat sich unsere Hoffnung, die Stillelegungen noch abwenden zu können, nicht erfüllt. Wir werden und müssen aber immer wieder darauf hinweisen, daß unser durch das Einströmen der Flüchtlinge weit überfülltes Land ein hohes Industriepotential erfordert, das ein stärkeres sein muß wie das Friedenspotential der Vorkriegszeit, wenn wir unsere Bevölkerung an Rhein und Ruhr dauernd in Brot und Arbeit bringen wollen. (Zustimmung.)

Bei der Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Konsumgütern sind die Flüchtlinge und Ausgebombten vordringlich zu berücksichtigen. In der Bevölkerung sind berechtigte Klagen laut geworden, daß Bezugsberechtigungen in völlig unzureichendem Umfang ausgegeben werden, während in einzelnen Warengattungen größere Lagerbestände vorhanden sind. Wiederholte Bemühungen unsererseits haben inzwischen zu einem greifbaren Erfolg geführt. Die Militärregierung hat sich damit einverstanden erklärt, daß nunmehr alle verfügbaren langlebigen Konsumgüter, wie Haushaltwaren, Herde und Möbel, sofort zur Verteilung gestellt werden. Bei den kurzlebigen Gütern, wie Textilien und Schuhen, werden wir im Hinblick auf die bevorstehenden Wintermonate auf eine bestimmte Lagerreserve nicht verzichten können.

Wir werden dafür eintreten, daß diese Reserve nicht größer angesetzt wird, als es bei der gegenwärtigen Notlage verantwortet werden kann. Wir werden alles tun, um die Produktion von Gütern des täglichen Bedarfs nach Möglichkeit zu steigern, denn nur durch eine Produktionssteigerung können eine geordnete Versorgung der Bevölkerung gewährleistet und die Preiserhöhungstendenzen aufgefangen werden. Jedem Versuch eines Preiswuchers werden wir mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Wenn es uns durch die angedeuteten Maßnahmen gelingt, die Kohlenförderung erheblich zu steigern, dann würde auch eine bessere Kohlenbelieferung der Baustoffindustrie möglich werden. Das wiederum würde einen wesentlichen Vorteil für den Wiederaufbau darstellen. Denn die Frage des Wiederaufbaues ist wohl eine Frage des Arbeitseinsatzes, aber ebenso eine Frage der Beschaffung des erforderlichen Baumaterials. Bisher werden für unser Land monatlich rund 75 000 t Kohle für die Baustoffindustrie und damit für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Auf den Wohnungssektor entfällt von der gesamten Baustoffmenge etwa ein Fünftel. Bei der Wohnraumbeschaffung und allen Aufbauarbeiten im Ruhrgebiet, in den ehemaligen westlichen Kampfgebieten und verbombten Großstädten stehen wir vor, zur Zeit fast unüberwindbaren Schwierigkeiten. Daher wollen wir doch einen konstruktiven Plan erreichen, aus der gesteigerten Kohlenförderung eine monatliche Mindestmenge von 150 000 t zur Erzeugung von Baustoffen verfügbar zu machen. Würde die Hälfte für den Wohnungssektor abgezweigt, dann wäre die Möglichkeit einer monatlichen Herstellung von rund 35 000 Wohnungen gegeben.

Im Vordergrund der Wiederaufbautätigkeit steht eine planmäßige Wiederinstandsetzung von Wohnungen und landwirtschaftlichen Gehöften, von Schulen und Kirchen, von Krankenhäusern und Nahrungsmittelbetrieben. In den letzten Tagen ist es uns gelungen, 80 000 Quadratmeter Glas für die notwendigsten Verglasungsarbeiten an beschädigten Wohngebäuden greifbar zu machen. Wir glauben, daß die Entrümmerung in den Städten mehr noch unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und neuen Planung zu geschehen hat. In Verhandlungen mit

der Militärregierung werden wir eine Reform und Verbesserung des bisherigen Baugenehmigungsverfahrens zu erreichen suchen.

Die Wohlfahrtspflege, insbesondere die anerkannten Wohlfahrtsverbände und sozialen Organisationen, werden unsere volle Unterstützung erfahren. Die öffentliche Gesundheitspflege wird ihre Arbeit und Hilfe in erster Linie der Bekämpfung und Heilung der gesundheitlichen Schädigungen zuwenden, die unsere Bevölkerung infolge der ungenügenden Ernährung und traurigen Wohnungsverhältnisse erlitten hat. Welte Kreise unseres Volkes führen in unseren Trümmerstädten ein Dasein, das man kaum noch als menschenwürdig bezeichnen kann. Die Mangelkrankheiten, Hungerödeme und Tuberkuloseerkrankungen nehmen zu. Der allgemeine Gesundheitszustand ist katastrophal abgesunken.

Falls im kommenden Winter Hausbrand nicht verfügbar wäre, so stände die Gefahr ausgedehnter Epidemien vor der Tür. Komme dem Hunger das Frieren hinzu, wäre das Schlimmste zu befürchten.

Am Tage unseres Amtsantritts bereits haben wir die Frage der Hausbrandversorgung energisch in Angriff genommen. Unsere begründeten Vorschläge habe ich mit unserem Landesbeauftragten, Herrn Asbury, besprochen, der unseren Plänen Verständnis, Interesse und Förderung entgegenbrachte. Das Ausmaß der vorläufig für den Winter vorgesehenen Hausbrandversorgung ist inzwischen bekanntgegeben worden. Die Regelung ist gemessen an dem Bedürfnis, völlig unzureichend. Sie bedeutet aber gegenüber dem Vorjahr eine erfreuliche Besserung und würde nur möglich, weil die Bergarbeiter zu einzelnen Überschichten sich bereitgefunden haben (Beifall, Zurufe: Hört! Hört!).

Nicht minder am Herzen liegt uns die Fürsorge für die Schwerverkriegsgeschädigten und ihre Hinterbliebenen. Wir haben in unserem Land mit wenigstens 10 000 Hirnverletzten und 1000 Kriegsblinden zu rechnen. Durch die Herabsetzung der Renten und den weitgehenden Ausfall der Sonderfürsorge, namentlich für Kriegsblinde und Hirnverletzte, ist bei den Kriegsbeschädigten eine Notlage entstanden, die immer mehr Personen und Familien der allgemeinen Wohlfahrt überantwortet und zu einer weitgehenden Belastung der Fürsorgeverbände geführt hat. Durch Finden und Beschreiten neuer Wege werden wir auf Abhilfe dieser Not bedacht sein. Durch Umschulung und Arbeitsbeschaffung wollen wir diese entwurzelten Menschen in den normalen Arbeitsprozess wieder eingliedern und in den Stand setzen, ihr Leben neu aufzubauen, damit auch hier die Arbeit wieder in Fluß kommt. Wir erblicken in Soldaten, die in den Hitlerkrieg hineingezwungen wurden, nicht etwa Militaristen. Wir sind der Meinung, daß den Leuten, die keine Schuld am Kriege tragen, sondern die Leidtragenden sind, geholfen werden muß. Wir betrachten es als unsere selbstverständliche Pflicht, nichts unversucht zu lassen, um eine allgemeine Kriegsoferversorgung in die Wege zu leiten. Überdies wird in Kürze die Landesregierung zusammen mit allen in Frage kommenden politischen, kirchlichen und sozialen Organisationen die gesamte Bevölkerung des Landes aufrufen zu einer Großsammelaktion zugunsten der Opfer des Krieges. Unbeschadet dieser Sammelaktion, die nur als eine Überbrückungsmaßnahme gedacht ist, halten wir an dem Ziel einer allgemeinen Kriegsoferversorgung fest. (Beifall.)

Wir werden nicht müde werden, für die baldige Rückkehr aller Kriegsgefangenen uns einzusetzen. (Zustimmung.) Wir begrüßen den neuen, mit dem gestrigen Tage in Kraft getretenen Rückführungsplan für die Kriegsgefangenen aus Großbritannien, nach dem die vierteljährliche Quote der Entlassungen von 6000 auf 45 000 erhöht wurde. (Beifall.) Wir freuen uns, daß für die Kriegsgefangenen gewisse Erleichterungen geschaffen wurden, die auf Erhöhung der Lebensmittelrationen, Leistungsprämien und gesteigerte Einkaufsmöglichkeiten in den Kantinen sich beziehen.

Die Hilfe für die Opfer des Nazitums macht gesetzgeberische Maßnahmen erforderlich. Jedes Unrecht muß wieder gut gemacht werden.

Wir halten an unserer alten Forderung fest, daß den in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern arbeitsunfähig gewordenen Männern und Frauen und deren Hinterbliebenen ein angemessener Rentenanspruch zugestanden wird. Großen Wert legen wir auf den Ausbau

der Gesundheitsfürsorge für diese armen Menschen. Darum ist die Errichtung weiterer Erholungsheime in Aussicht genommen. Unser Plan ist, allen Opfern des Nazitums, auch den rassistisch Verfolgten, eine gesunde Lebensgrundlage und eine wirtschaftliche Sicherstellung zu verschaffen. Ernstlich wollen wir dem Gedanken näher treten, den wenigen jüdischen Mitbürgern, die den Folterkammern und Krematorien entgangen sind und heute in unserer Mitte wieder leben, die sogenannte Judenabgabe zunächst wenigstens teilweise zu erstatten. Unsere jüdischen Mitbürger müssen auch entschädigt werden für die steuerlichen Mehrbelastungen, denen sie in der Nazizeit viele Jahre unterworfen waren.

Unsere ständige Sorge gilt den Flüchtlingen und Ausgewiesenen, die aus den Ostgebieten in unser Land eingeströmt sind, die ohne Hab und Gut vor einem Nichts sich befinden und in ihrer Not nur aufgerichtet werden können, wenn die gesamte Bevölkerung zur Hilfe bereit ist. Zusammen mit den übrigen Länderchefs der britischen Zone habe ich vor wenigen Tagen von der Länderkonferenz in Bremen aus den Kontrollrat in Berlin telegraphisch gebeten, den weiteren Zustrom von Vertriebenen in unsere Zone zu unterbinden.

Wir fördern ein überzonales Flüchtlingsamt, dessen Aufgabe es sein soll, die Flüchtlinge in vernünftigem Ausmaß unter Beachtung der örtlichen Aufnahmefähigkeit auf alle Zonen zu verteilen. Wir haben kein Verständnis dafür, daß süddeutsche Länder dazu übergehen, viele Menschen, weil sie früher anderswo in Deutschland gelebt haben, aus ihren Gebieten rigoros auszuweisen. (Sehr richtig!) Solche Ausweisungen von dem einen deutschen Land in ein anderes deutsches Land stehen nicht in Harmonie mit dem Bekenntnis zu einem einheitlichen Deutschland. (Lebhafte Zustimmung.) Wir appellieren daher an den erprobten Brudersinn der süddeutschen Staatsmänner und bitten sie, von solch unfreundlichen und für die Betroffenen harten Maßnahmen Abstand zu nehmen. (Beifall.) Aus der vorläufigen, zum Teil noch unzureichenden Unterbringung und notdürftigen Beschäftigung der Flüchtlinge müssen dauernde Wohnverhältnisse und Arbeitsmöglichkeiten in Handel, Handwerk und Gewerbe entstehen, die als Grundlage einer befriedigenden Lebensgestaltung dienen können. Für die landwirtschaftlichen Berufe muß im Zuge der kommenden Agrarreform Raum für eine einkömmliche Betätigung durch Pachtung und Bodenwerb sichergestellt werden.

Unter den vor uns liegenden Kulturaufgaben ist die bedeutsamste die Aufgabe der neuen Erziehung. Vom Kindergarten bis zur Hochschule muß die Jugend wieder in dem vom Christentum geformten Geist abendländischer Kultur deutscher Prägung erzogen und zur friedlichen Mitarbeit in der Gemeinschaft der Völker vorbereitet werden. (Beifall.) Dazu ist erforderlich, die geistige und berufliche Ausbildung durch eine neue Charakterbildung und soziale Erziehung in den Lebensformen der Demokratie zu voller Menschenbildung zu vertiefen.

Der Grundsatz, jeden jungen Menschen, unabhängig von Stand und Einkommen der Eltern, den seinen Anlagen entsprechenden Bildungsweg gehen zu lassen, wird uns veranlassen, die Finanzierung der Erziehung neu zu durchdenken und zu gestalten.

Wir werden Wege finden, wissenschaftlich begabten Arbeitern das Hochschulstudium zu ermöglichen.

Die neue Ordnung des Schulwesens muß den vor der Terrorzeit begonnenen Aufbau einer differenzierten Einheitsschule folgerichtig fortführen. Dabei werden die Grundsätze der deutschen Bildungseinheit und die Forderungen kulturellen Eigenlebens unseres Landes sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Neben der Regelform der öffentlichen Schule wird der Privatschule auf allen Bildungsstufen ihr Eigenrecht gewahrt werden.

Die Volksschule als den Unterbau des gesamten Bildungswesens wollen wir in ihren Leistungen fördern und ihr Bildungsgut stärken, während die weltanschauliche Gestaltung der Volksschule nach den Grundsätzen des Elternrechts und der Gewissensfreiheit zu erfolgen hat. Die Organisation der höheren Schule wird unter Berücksichtigung der Gestaltung des Schulwesens aller Zonen erneut geprüft werden, wobei das humanistische Gymnasium der Tradition unseres Landes entsprechend neben anderen Bildungsgängen seine alte Leistungsfähigkeit wiedererlangen muß. Der Erwachsenenbildung, den Hochschulen und Volksbüchereien werden wir Fürsorge und

Liebe angedeihen lassen. Wir werden auf allen schulischen Gebieten sorgfältig planen und in vertrauensvollem Zusammenwirken mit dem Landtag die Entscheidungen treffen. Sodann aber muß die Schule in Ruhe gelassen werden. Der ganze Wirrwarr und die sprunghafte Experimentiererei in den Schulen aller Grade, unter denen in den letzten dreißig Jahren die Lehrer und Schüler samt den Eltern ständig gelitten haben, dürfen keine Neuanlage erfahren. (Lebhafte Zustimmung.)

Als derzeitiger Kultusminister möchte ich ein besonderes Wort richten an die akademischen Bürger von Münster, von Aachen, von Bonn und von Köln, der vier in unserem Land gelegenen Hochschulen. Sobald das Wintersemester beginnt, werde ich zu der Studentenschaft sprechen, und zwar in der ältesten deutschen städtischen Universität, der Alma mater zu Köln, deren Rektorat im sechzehnten Säkulum zweimal von Männern meiner väterlichen Sippschafttafel verwaltet wurde.

An die Professoren der Universitäten richten wir keine die Wissenschaft entwürdigende Förderungen, wie sie in der Terrorzeit gestellt und zum großen Teil auch erfüllt wurden. Aber wir verlangen von den Professoren, daß sie ihre Lehrfreiheit nicht als ein anspruchsloses Refugium der Indifferenz betrachten und sich nicht in ihre Wissenschaftlichkeit zurückziehen wie der heilige Hieronymus in sein Gehäuse, daß sie vielmehr im Rahmen ihrer Fachgebiete unsere akademische Jugend zu Kulturmenschen und freiheitsliebenden Bürgern erziehen.

Unter keinen Umständen werden wir es dulden, daß an unseren Hochschulen Mißstände sich wieder entwickeln, gegen die in den Tagen der Weimarer Republik leider nicht mit Energie eingeschritten wurde. (Zustimmung.)

Die Erziehung unserer Jugend soll stehen unter dem Leitstern der Wahrheit und Gerechtigkeit. Sie wird für die Zukunft unseres Landes entscheidend sein.

Nach der grauenvollen Zerstörung der Kulturwerte im rheinisch-westfälischen Raum bekennen wir uns inmitten aller Trümmer und Ruinen zum mühsamen Aufbau unserer Jahrhunderte alten Kultur. Nach der öden Bildungstyrannie und schaurigen Geistesnebelung der Vergangenheit rufen wir unsere Künstler, Wissenschaftler und Forscher auf zu einer neuen Freiheit des Geistes, der Hände und Herzen. Exakte Wissenschaft muß die Geister bewegen, Kunst soll die Läuterung der Gemüter vollenden. Alle Kräfte, die aus idealer Schau sittliches Fühlen und soziales Handeln zu festigen vermögen, müssen zur Mitarbeit herangezogen werden.

Unser Ruf ergelt auch an die Männer der Presse, denen ein so bedeutendes Maß von Freiheit schon wieder eingeräumt wurde, wie sie es in der Nazizeit nie besaßen, denen die Aufgabe zufällt, in erregten Zeiten ideologischer Überspannungen, politischer Fehden und Kämpfe durch die Sachlichkeit und den Scharm ihrer Sprache im öffentlichen Leben dem Motto zum Durchbruch zu verhelfen: „Fortiter in re, suaviter in modo!“ Zu deutsch: „Kraftvoll im Schritt, doch taktvoll im Trittl!“

In der Kirchenabteilung unserer Landesregierung werden die gleichen Aufgaben bearbeitet, die vor der Nazizeit in den Kultusministerien der damaligen Länder geregelt wurden. In den Kirchen sehen wir Kraftquellen, die wir bei dem Aufbau unseres demokratischen Gemeinschaftslebens nicht missen möchten. Nach Maßgabe der früheren Verträge und Abmachungen werden wir den Kirchen jede mögliche Hilfe gewähren. Wir haben unsererseits an die Kirchen eine Bitte. Auf einer Kirchentagung habe ich unlängst angeregt, die Kirchen möchten auch die geringsten Ansätze neuer nationalistischer Ideen als den Anfang noch schrecklicherer Leiden im Keime bekämpfen und den friedlichen Weg zur europäischen Einheit als den einzigen Weg erklären, der zur Rettung unseres Volkes und Erhaltung der Kultur des Abendlandes führen könne. (Zuruf: Geschieht aber nicht!) Erfreulicherweise hat meine Anregung in maßgebenden Kirchenkreisen ein klares Echo gefunden, wie aus vielen Zuschriften entnommen werden darf. Wir wissen, daß die höchste Instanz der katholischen Kirche vor einiger Zeit gegen jeden, gleichgültig wie gearteten Krieg, gegen nationalistisches Streben und alle Rachegefühle grundsätzlich und unmißverständlich sich geäußert hat. (Beifall.) Der evangelische Landesbischof Dr. Wurm in Stuttgart hat mir mitgeteilt, daß er meinen damaligen Appell

auf der Provinzialsynode der Evangelischen Kirche in Bethel bei Bielefeld mit herzlicher Zustimmung vernommen habe. Er hat mich autorisiert, seine Zustimmung der Öffentlichkeit in jeder mit richtig erscheinenden Form mitzuteilen und hinzugefügt, es gelte jetzt, die Jugend immer wieder zu lehren, daß alle männlichen Tugenden im zivilen Gebiet sich ebenso oder besser verwirklichen lassen als im Waffenrock, daß alles Spielen mit Rache und unchristlichen Vergeltungsgedanken endgültig aufzugeben und als politisches Ziel zu erstreben sei ein geeintes Europa, in dem alle Völker nach ihrer ererbten Sitte und volklichen Eigenart ihr Sonderleben gestalten könnten. (Zustimmung.)

Wir wollen unsere Mitbürger für die Demokratie gewinnen, von der Notwendigkeit der Demokratie überzeugen und für die Demokratie begeistern, auch unsere Biedermänner, die da meinen, es würde heute schon wieder zu viel über Demokratie geredet.

Über Undemokratie braucht nicht geredet zu werden. Was Undemokratie ist und zuwege bringt, das haben wir alle während der Schreckensjahre in erschütterndster Weise am eigenen Leibe erfahren. Demokratie, so glauben wir, bietet, weil sie mit den natürlichen Rechten der Menschen nicht in Widerspruch steht, die optimale Gewähr, daß das, was war, sich nie wiederholt. Aufklärung tut not über das, was war, was ist und was sein muß. Wir wollen das verfälschte Geschichtsbild eines Treitschke, das im letzten Jahrhundert in allen Schulen und auf allen Hochschulen uns aufgezeigt wurde, der geschichtlichen Wahrheit entsprechend zurechtücken. (Zustimmung.) Es ist notwendig, die nazistische und militaristische Ideologie, die das Unterbewußtsein vieler Zeitgenossen noch belastet, auszumerzen. Daher werden wir in der Landesregierung eine staatsbürgerliche Bildungsjelle einrichten, die im westfälischen Raum sich gut bewährt und die Aufgabe der staatsbürgerlichen Aufklärung übernommen hat, selbstverständlich frei von jeder Parteipolitik. Wir müssen uns in Deutschland daran gewöhnen, daß es neben der notwendigen Parteipolitik, ohne die kein Kulturvolk leben kann, eine Staatspolitik und eine Volkspolitik gibt. Für diese staatsbürgerliche Bildungsstelle haben wir einen Beirat vorgesehen, in den Vertreter aller politischen Parteien als Mitglieder berufen werden sollen.

Wir müssen das Vertrauen der Welt wiedergewinnen. Das wird uns nur gelingen, wenn demokratisches Denken Gesamtüberzeugung und Lebenshaltung unseres Volkes werden, wenn die Hochachtung vor der persönlichen Freiheit und Würde, die Toleranz gegenüber jeder religiösen und politischen Überzeugung wieder existent sind.

Unsere Demokratie aber wird nur Bestand haben, wenn sie getragen wird vom lebendigen Ja unserer Jugend. Von der älteren Generation, die erst in hohen oder höchsten Semestern zur Demokratie sich bekant hat, ist nicht viel politischer und sozialer Elan, der zur Errichtung eines Volksstaates gehört, zu erwarten. Der Jugend alle Wege für Arbeit, Beruf und Fortkommen zu öffnen, ist uns Herzenssache. Es darf auch nicht vorkommen, daß man einen Jugendlichen, der einen bestimmten Beruf unter keinen Umständen ergreifen will, zum Ergreifen dieses Berufes zwingt. (Sehr richtig!) Das wären die Methoden eines Polizeistaates, nicht eines Volksstaates. Unter solchen Methoden haben wir in der Nazizeit genügend gelitten. Wir begrüßen es, daß auf einstimmigen Beschluß des Zonenbeirats in Hamburg ein guter Schritt auf dem Wege der Schuldloserklärung der Jugendlichen getan ist, jener betrogenen und nun zutiefst enttäuschten Generation, die unmündig und gezwungen in die Fangarme des Nazitums hineingeriet, ohne dessen finstere Dämonie ahnen zu können.

Wir wollen in dieser notvollen Zeit, in der wir fast alle völlig enteignet sind und zu den armen Leuten gehören, in sozialistischem Geist unsere Arbeit leisten für das kommende geeinigte Deutschland, in dem wir hier an Rhein und Ruhr eine hohe politische, kulturelle und soziale Mission zu erfüllen haben. Wir wollen sie leisten aus der ungebrochenen Kraft christlicher Gläubigkeit, die in dem reichen geistigen Erbe unseres Landes fest verwurzelt ist, dieses Kernlandes deutscher Geschichte. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Nachdem Herr Ministerpräsident Dr. Amelunxen seine Regierungs-

erklärung beendet hat, werden die Vertreter der verschiedenen Parteien das Wort zu besonderen Erklärungen nehmen. Ich frage, wer zunächst das Wort wünscht?

Es meldet sich Abgeordneter Görlinger (SPD.) und beugt sich zum Rednerpult.

Abgeordneter Görlinger (SPD.): Meine Damen und Herren! Es wird nicht möglich sein, auf die Regierungserklärung des Herrn Dr. Amelunxen jetzt schon einzugehen. Normalerweise wurde nach der Regierungserklärung sonst der Landtag vertagt. Die Fraktionen hatten Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen und konnten dann natürlich dazu in prononcierter Form sich aussprechen. Aber ich glaube, daß es notwendig ist, nachdem wir heute nach der feierlichen Eröffnung des Landtags uns haben tragen lassen von den Klängen der Coriolanschen Overtüre, in den Alltag herabzusteigen. Wir erwarten von der Regierung und dem Landtag, daß uns die zu bildenden Ausschüsse möglichst schnell die Möglichkeit geben, praktisch zu arbeiten und all die Fragen, die die Bevölkerung dieses Zwölf-Millionen-Landes bewegen, auch dort zu behandeln und nach Kräften dazu beizutragen, die Not zu lindern. Deutschland droht in eine furchtbare Katastrophe zu versinken. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Verantwortung dafür das Naziregime trägt, das durch seine Brutalität gegen das eigene Volk und gegen Europa uns den Haß der ganzen Welt eingebracht hat.

Gerade gestern haben wir das Nürnberger Urteil erfahren. Ich fühle mich veranlaßt, hier auszurücken, daß das deutsche Volk für dieses Urteil in seiner Totalität kein Verständnis haben wird. (Sehr richtig!) Wenn ein Mann wie Herr von Papen vor diesem Gericht freigesprochen worden ist, so würde dies einen Freibrief darstellen für alle die Kreise, die das Nazisystem in den Sattel gehoben haben und die damit wieder von neuem beginnen können. (Zustimmung.) Ich bin überzeugt, wenn ein deutsches Gericht dort zu urteilen gehabt haben würde, wäre bestimmt Herr von Papen als einer der Schuldigsten verurteilt worden. (Sehr richtig und Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Der totale Krieg hat mit dem totalen Zusammenbruch und mit der Besetzung Deutschlands durch die Siegermächte geendet. Die Zerreißung in vier Zonen, die vorläufige Übergabe der deutschen Gebiete östlich der Oder und Neisse, die Zerstörung unserer Städte und Dörfer, unserer Felder und Wälder und unserer Verkehrsmittel, hat sich am furchtbarsten ausgewirkt in unserer Heimat. Die an sich schon durch den industriellen Charakter unseres Landes gegebene größte Bevölkerungsdichte wird durch den Millionenstrom der Flüchtlinge aus dem Osten dauernd gesteigert; die breiten Massen unseres Volkes in Rheinland und Westfalen hungern und verelenden. Sie werden in steigendem Maße eine Beute der Tuberkulose, der Hungerkrankheiten, der Geschlechtskrankheiten, und der Typhus flackert immer wieder an allen Stellen unseres Landes auf. Der Schrumpfungprozeß der Wirtschaft geht weiter. Der Kohlenmangel, der Mangel an Rohstoffen, an Eisen, Stahl und Holz verhindern das Ingangkommen der Wirtschaft.

Gerade jetzt, der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, wo wir feststellen müssen, daß ein großer Teil unseres Industriepotentials zerstört ist — der „Economist“ stellt in seiner letzten Nummer fest, daß ein Drittel des deutschen Industriepotentials zerstört ist — gerade jetzt hören wir, daß dazu noch eine weitere Stilllegung von industriellen Werken erfolgen soll, die wir unter keinen Umständen tragen können. Ich glaube, aus dem Bewußtsein unserer Verantwortung heraus sind wir verpflichtet, in der ersten Sitzung des Landtages deutlich der Welt zu erklären, daß Deutschland nicht ein Weniger, sondern ein Mehr an Industrie haben muß, um leben zu können. (Sehr richtig!)

Wir sind darauf angewiesen, zu exportieren, um die Lebensmittel und Rohstoffe, die wir brauchen, kaufen zu können. Wir wollen nicht ein Volk von Bettlern sein, wir wollen das erarbeiten, was wir brauchen. Aber gerade darum glaube ich, daß das ganze Haus mit mir einig geht, wenn wir feststellen, daß; wenn die 11 Millionen Tonnen Stahl, die selbst der englische Vorschlag für uns herausgestellt hat, hergestellt werden sollen, kein deutsches Werk, vor allen Dingen kein Werk in Rheintand-West-

falen, stillgelegt oder demontiert werden darf. (Zustimmung.) Auch müssen wir feststellen, daß an Stelle der sinnlosen Zerstörungen der früheren Kriegsindustrie, die ohne weiteres der Friedensindustrie zugeführt werden kann, sie dazu dienen muß, daß wir endlich in die Lage versetzt werden; unserem Volke das zuzuführen, was es unbedingt notwendig braucht. Wir stehen vor ungeheuren Riesenaufgaben. Der Neuaufbau der zerstörten Städte, der Dörfer, der Industrien und Werkstätten zwingt uns, alle Kräfte einzusetzen, um den letzten Rest an Anlagen, den wir haben, auszuwerten, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Unsere Ausgebombten, unsere Flüchtlinge hungern nach den Gebrauchsartikeln, die, wie schon der Ministerpräsident Amelunxen festgesteilt hat, in Lägern vorhanden sind. Er hat uns erläutert, daß wir hoffen dürfen, daß in kürzester Frist diese Gebrauchsartikel endlich einmal denen zugeführt werden, die heute nichts mehr, aber auch nicht das Geringste, haben. Wir hoffen und wünschen, daß die Regierung in der Lage ist, alle noch vorhandenen Widerstände zu überwinden, um schnellstens diese Gebrauchsartikel den Massen der Bedürftigen zuzuführen.

In der Hausbrandfrage sind Erklärungen abgegeben worden, von denen wir hoffen, daß sie diese große brennende Frage befriedigend lösen werden.

Meine Damen und Herren! Eines der Kernprobleme ist die Lösung der Währungsfrage. Diese Währungsfrage ist so zwingend und dringend und kann nur gelöst werden im Zusammenhang mit der Schuldenregelung, mit der Regelung der Frage der Kriegsgeschädigten und mit einem Lastenausgleich, der, wie schon der Ministerpräsident sagte, die Sachwertbesitze in gleicher Weise erfaßt, wie die Geschädigten des Krieges generell.

Die steigende Bedeutung des Schwarzen Marktes bringt unsere ganze Wirtschaft in Unordnung. Der Arbeiter, der heute in seiner Werkstatt, in seinem Betriebe, in der Landwirtschaft, die einzigen Werte schafft, die neu geschaffen werden, verträgt es einfach nicht mehr, zu sehen, daß eine bestimmte Gruppe von Menschen die Not des Volkes in schamloser Weise ausnutzt.

Wenn wir feststellen, daß das Preis- und Lohnstopplage durch den seit zehn Jahren bestehenden Lohnstopp und Preisstopp in eine geradezu unsinnige Unordnung geraten ist, müssen wir fordern, daß auch diese Frage mit der Währungsfrage schleunigst geregelt wird. Sie ist, wie bei den Bergarbeitern schon herausgestellt wurde, eine so vordringliche Frage, daß sie der unmittelbaren Regelung bedarf. Das gleiche trifft für die Bauarbeiterfrage zu.

Wie stark dieses Preisgefüge in Unordnung geraten ist, geht am deutlichsten daraus hervor, daß wir bei der Kohle einen monatlichen Zuschuß von 60 Millionen Mark leisten müssen. So stark liegt der Preis unter den Produktionskosten. Die Löhne sind gefallen durch den Wegfall der Kriegsindustrie und der Akkordarbeit. Die Lebenshaltungskosten, vor allem auf dem Sektor Lebensmittel, sind gestiegen, die Arbeitszeit ist durch den Schrumpfungprozeß der Wirtschaft verkürzt. Über die Hälfte der Arbeiter hat ein Einkommen von unter 100 RM monatlich und ist nicht in der Lage, die Rationen zu kaufen, die ihr heute noch zur Verfügung stehen.

Mit dem Ministerpräsidenten fordern wir, daß die Bergarbeiter, die heute in der Lohnskala an achter Stelle liegen, an erster Stelle geführt werden. Wir sind auch mit ihm der Auffassung, daß sie besonders bedacht werden müssen mit der Zuführung von Lebensmitteln und Gebrauchsartikeln und auch bei der Wohnungszuteilung. Insgesamt dürfen wir sagen, daß aus der Gesamtsituation, in der wir uns befinden, und aus dem gesamten Zusammenbruch die Konsequenzen gezogen werden müssen. Unseres Erachtens ergeben sich daraus folgende Konsequenzen:

Bei der Grundstoffindustrie, der Energiewirtschaft, den Verkehrsunternehmen, den Banken und den Versicherungsgesellschaften darf kein Wiederaufbau der privatkapitalistischen Wirtschaft erfolgen, sondern ein Neuaufbau einer öffentlichen Wirtschaft in der vielgestaltigsten Form. (Zustimmung.) Die Arbeiterschaft will weder für den deutschen Privatkapitalismus, noch für das internationale Finanzkapital arbeiten. (Lebhafte Zustimmung.) Sie verlangt mit Recht das Mitbestimmungsrecht, die Wirtschaftsdemokratie. Wir müssen endlich erreichen, daß die Gewerkschaften bei dem Neuaufbau der Wirtschaft so eingeschaltet werden, wie sie es als

die Vertreter der schaffenden Arbeit verlangen können und müssen.

Das Elend zu beseitigen, ist neben dem geforderten Lastenausgleich nur zu erringen durch eine Neuverteilung des Volkseinkommens. Diese neue Verteilung des Volkseinkommens ist darum notwendig, weil ohne sie die Sozialrentner und Kriegsbeschädigten und die Opfer des Nazitums nicht gerecht befriedigt werden können. Die Sozialrentner haben ein gesetzliches Anrecht, ein wohlverworbenes Recht auf eine ausreichende Rente. Die Kriegsbeschädigten werden, wie der Ministerpräsident schon ausgeführt hat, von uns nicht als Militaristen betrachtet, sondern als Opfer des Nazismus, die ein Recht haben auf eine gesetzliche Hilfe und auf eine ausreichende Versorgung. (Lebhafte Zustimmung.) Die Opfer des Nazismus haben ein Recht auf eine Wiedergutmachung, die auch schnellstens in eine gesetzliche Form gebracht werden muß.

Die gestellten Aufgaben sind nur zu lösen, wenn jeder Arbeitsfähige in Deutschland die Verpflichtung anerkennt, das Äußerste zu leisten. Aufgabe der Jugend wird es sein, nicht für den Krieg, sondern für den Frieden zu arbeiten und in der Demokratie, in der Verwaltung und Wirtschaft die Form zu sehen, die die Persönlichkeit zur Entfaltung kommen läßt und gleichzeitig zu höchster Leistung verpflichtet. Darum legen wir auch den kulturellen Einrichtungen und den Erziehungsaufgaben eine ungeheure Bedeutung bei. Es wird Aufgabe unseres Ausschusses sein, dafür zu sorgen, daß den Begabten unseres Volkes, ohne Rücksicht auf den Geldbeutel, der Aufstieg gesichert wird. Wir sind viel zu arm geworden, uns noch leisten zu können, irgendwelche Kräfte, die im Volke schlummern, nicht zur vollen Entfaltung kommen zu lassen.

Wir befinden uns mitten im Wahlkampf. Die Neugestaltung des politischen Lebens hat begonnen. Sie wird so lange nicht zum Abschluß kommen, bis unsere über sechs Millionen Kriegsgefangenen nicht in die Heimat zurückgekehrt sind. Ohne diese Kriegsgefangenen, die jetzt Reparationen in den Siegerländern leisten, können wir unsere Wirtschaft nicht aufbauen. Es wird nicht möglich sein, nur mit Greisen und Frauen und mit Kriegsbeschädigten unsere Wirtschaft zur vollen Entfaltung zu bringen. Diese Menschen, mitten in voller Arbeitskraft stehend, sind uns unentbehrlich. Ich bin der Auffassung, daß keine Währungsregelung möglich ist, ohne daß die deutschen Kriegsgefangenen in die deutsche Wirtschaft eingegliedert sind.

Sie werden aus dem Erleben des Krieges und aus den Erfahrungen der Kriegsgefangenschaft uns helfen, Deutschland neu zu gestalten zu einem Land der Demokratie, des Sozialismus und des Friedens. (Lebhafte Zustimmung.)

Präsident: Als nächster Redner hat das Wort Herr Dr. Adenauer.

Abgeordneter Adenauer: Meine Damen und Herren! Im Namen der Fraktion der Christlich-Demokratischen Union habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Wir legen zunächst Wert darauf, festzustellen, daß die Regierung unabhängig ist von dem Votum dieses ernannten Landtags. Wir stellen ferner fest, daß in diesem Landtage die Parteien nicht entsprechend ihrer Stärke in der Bevölkerung vertreten sind. (Widerspruch, Zustimmung und Lachen.) Wir hoffen, daß nach Beendigung der Wahlen eine Korrektur in der Zusammensetzung des Landtages stattfindet. (Zuruf: Wir auch! Zustimmung rechts.)

Von den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten haben wir Kenntnis genommen. Wir werden keiner aufbauenden Arbeit hindernd im Wege stehen. (Zuruf: Sehr freundlich!), aber wir werden sehr genau alle Handlungen der Regierung kontrollieren. (Beifall rechts.)

Präsident: Als nächster Redner hat das Wort Herr Abgeordneter Reimann für die Kommunistische Partei.

Abgeordneter Reimann (KPD.): Meine Damen und Herren! Herr Dr. Adenauer! Ihre Erklärung war ziemlich kurz bei solch einer langen Fraktion. (Heiterkeit.) Wenn Sie dem Volke an Rhein und Ruhr nicht mehr zu sagen haben als das, dann ist das sehr bedauerlich. (Stürmische Zustimmung und andauernder Beifall, Zwischenruf von rechts: Das geschieht draußen.) Wir wissen, wie das draußen bei der CDU geschieht. Wir kennen schon die SA-Methoden der CDU. Wir wissen das schon.

Wir werden der CDU, auch auf dem flachen Lande so antworten, wie es notwendig ist. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Meine Damen und Herren! Zur Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten ist sicher sehr viel zu sagen, und wir sind der Auffassung, daß es kommende Landtagsitzungen sein werden, wo wir zu dieser Regierungserklärung noch ausführlich Stellung nehmen wollen.

Zunächst möchte ich mein Bedauern dahingehend aussprechen, daß in Nürnberg ein Prozeß geführt worden ist, von dem die antifaschistische deutsche Bevölkerung etwas anderes erwartet hätte. (Zwischenruf: Sehr richtig!) Ich glaube, wenn man einen Mann wie Dr. Schacht freispricht, dann spielen hierbei wohl internationale Fragen eine sehr große Rolle. (Zuruf: Sehr gut!) Wir verstehen auch nicht, daß ein Baldur von Schirach nur zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, ein Mann, der die Verantwortung für die Erziehung der deutschen Jugend zum Militarismus und dafür trägt, daß die Jugend in die SS gezwungen wurde, in Konzentrationslagern Leute erschossen und gehaust hat wie die Vandalen in allen anderen Landesteilen. Eine solche Strafe ist uns unverständlich. (Zustimmung.) Ich schlage vor, daß wir irgendeinen Protest in irgendeiner Form annehmen, daß wir unser Befremden zu diesem Urteil ausdrücken. (Zuruf: Auch Papen nicht vergessen.) Auch den vergessen wir nicht. Wir als kommunistische Landtagsfraktion erklären noch einmal: Wir sind mit der von der britischen Militärregierung angeordneten Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht einverstanden, denn sie ist eine große Gefahr für die Einheit Deutschlands. Die besondere Entwicklung in Westdeutschland sowie auch außenpolitische Gründe haben uns in unserer Haltung noch bestärkt. (Zwischenruf: Und der Osten?)

Die Feinde der Einheit Deutschlands und der neuen demokratischen Ordnung haben sich hier im Westen festgesetzt. Von hier aus versuchen sie, eine wirklich demokratische Entwicklung in Deutschland zu verhindern. (Heiterkeit.) Wir halten es für notwendig, im Landtag wie in der Regierung diesen volksfeindlichen Plänen schärfstens entgegenzutreten. Es wird unser Bestreben sein, zu verhindern, daß in diesem Parlament und seinen Organen Beschlüsse gefaßt werden, die sich gegen die Interessen der werktätigen Schichten in Stadt und Land richten. Die Hauptlasten des verbrecherischen Hitlerkrieges müssen von denen getragen werden, die für diese Katastrophe verantwortlich sind. (Zustimmung.)

Es wurde zwar in der Regierungserklärung der Wille zu einem einheitlichen Deutschland zum Ausdruck gebracht, aber von der Regierung ist nicht dargelegt worden, was sie von sich aus zu einer Verstärkung der Zusammenarbeit mit den deutschen Vertretern der anderen Zonen zu tun gedenkt. Die Regierung hätte die Pflicht gehabt, sich vorbehaltlos für die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands auszusprechen.

Nur eine scharfe Abgrenzung von Föderalismus und Separatismus kann das vorhandene Mißtrauen in der Öffentlichkeit beseitigen.

Wir Kommunisten sind für eine einheitliche deutsche Republik mit einer Reichsregierung und dezentralisierter Verwaltung. Die Gemeinde- und Stadtvertretungen sollen in ihrem Bereiche souverän sein. Es darf zwischen der Regierung des Landes, dem Kreistage und den Gemeinde- oder Stadtvertretungen keine Instanz geben, die hindernd zwischen diesen Selbstverwaltungskörperschaften steht. (Zustimmung.)

Die alljährten Großmächte sollten dem deutschen Volke sofort gestatten, sich selbst eine demokratische Regierung für ganz Deutschland zu schaffen. (Zuruf: Sehr gut!) Die Bildung einer deutschen Regierung kann jedoch nicht so aussehen, wie es die süddeutschen Ministerpräsidenten vorhaben. Nicht ein Nationalrat, bestehend aus den Ministerpräsidenten und einigen Beamten, sondern die politischen Parteien sind in der augenblicklichen Situation allein berufen, eine deutsche Regierung zu bilden. (Zustimmung.)

Wir wollen keine autoritäre Staatsform, sondern eine demokratische, in der die Schuldigen am Faschismus und am Kriege keinen Einfluß haben dürfen. (Sehr richtig!)

Die Regierungserklärung läßt einige wesentliche Voraussetzungen für einen wirklichen demokratischen Auf-

bau in Deutschland außer acht. Wohl hat sie die Notwendigkeit der Bodenreform unterstrichen, aber eine genaue Formulierung der Auffassung der Regierung zu dieser wichtigen Frage wurde nicht gegeben.

Wir dürfen keineswegs bei dem Aufbau des neuen Staates und der Wirtschaft außer acht lassen, daß es gerade die Herren der Trusts, Konzerne und der Banken waren, die Hitler zur Macht verhalfen. Wir stellen fest, daß fünfzehn Monate nach der Niederwerfung des Faschismus durch die Alliierten in unserem Gebiete sich die Konzernherren neu formiert haben und bereits die wichtigsten Schlüsselstellungen in den von der britischen Militärregierung geschaffenen Organen besetzt halten. Es gibt bereits wieder die bekannte und bei den Arbeitern so verhaßte Gruppe „Nordwest“.

Die Gewerkschaften dagegen sind aus ihren Anfangsstadien noch nicht herausgetreten. Der Aufbau einer demokratischen Ordnung in Deutschland macht aber das Mitbestimmungsrecht der werktätigen Bevölkerung auf allen Gebieten erforderlich. Das kann nicht so geschehen, daß Vertreter der Gewerkschaften in die neugebildeten Konzernleitungen übernommen werden. Dies kommt einer Restaurierung der Konzerne gleich. (Zuruf: Sehr gut!) Die Großbetriebe, die von der britischen Militärregierung beschlagnahmt wurden, der Bergbau sowie die Betriebe der anderen Kriegsverbrecher müssen jetzt in die Hände des Volkes überführt werden. (Sehr richtig!)

Wir fragen: welchen Sinn soll es haben, daß die Konzernbetriebe beschlagnahmt worden sind, während gleichzeitig die Konzernherren sich zu neuen Unternehmensverbänden zusammengeschlossen haben?

Das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften in den neu aufzubauenden Wirtschaftsorganen ist ebenfalls in der Regierungserklärung nicht enthalten. Die Landesregierung hat gerade auf diesem Gebiet eine klare Stellungnahme zu beziehen.

Das Verhältnis der Landesregierung zur britischen Militärregierung und umgekehrt ist ebenfalls nicht geklärt. Der Herr Ministerpräsident hat dem Landtage nicht mitgeteilt, welche Vollmachten und Rechte die Regierung zur Wahrung der Interessen der Bevölkerung besitzt. Eine Regierung, die nicht alle Möglichkeiten zur Durchführung der notwendigen Maßnahmen hat, die vom Landtag beschlossen werden, kann selbstverständlich auch nicht die volle Verantwortung übernehmen. Die britische Militärregierung soll den demokratischen Kräften volle Handlungsfreiheit auf allen Gebieten unseres Lebens geben. Alle Sonderbehörden, deren Notwendigkeit von uns anerkannt wird, sind unter demokratischer Kontrolle zu stellen. Die augenblicklichen Verhältnisse sind nicht geeignet, das deutsche Volk umzuerziehen, ihm den Unterschied zwischen einer Demokratie und einem autoritären Staat aufzuzeigen. Solange diese Fragen zwischen Militärregierung und deutschen Verwaltungen nicht klargestellt sind, gibt man den Feinden der Demokratie Gelegenheit, erneut demokratische Einrichtungen in Mißkredit zu bringen. (Sehr richtig!)

Die Politik der Kommunistischen Partei ist ausgerichtet auf die Vertretung der Interessen des schaffenden Volkes. Unsere vornehmste Aufgabe wird zunächst darin liegen, für die Verbesserung der Ernährungslage der werktätigen Bevölkerung einzutreten. Die Löhne der Arbeiter in den Betrieben müssen erhöht werden. Es muß alles getan werden, Stilllegungen von Betrieben zu verhindern. Die Versorgung mit Hausbrand für den kommenden Winter muß sichergestellt werden. Das aber erfordert die Verbesserung der Lebenslage der Bergarbeiter. Die Forderungen der Bergarbeiter werden wir zu vertreten wissen, bis sie erfüllt sind.

Wir werden die Regierung in ihrem Bestreben unterstützen, den Umsiedlern zu helfen, die zurückgekehrten Kriegsgefangenen in das zivile Leben einzuordnen, den Kriegsbeschädigten beider Weltkriege und den Opfern der Arbeit, den Invaliden, Witwen und Waisen die Renten zu sichern. Den Opfern des Faschismus ist auf gesetzlicher Grundlage eine ausreichende Wiedergutmachung zu gewährleisten.

Der Wohnungsnot ist durch Neubau und gerechte Verteilung des Wohnraums zu steuern. Durch Wiedereingangssetzung der Bedarfsgüterindustrie sind alle Bevölkerungsteile mit Haushaltsgegenständen, Textilien, Schuhwaren usw. zu versorgen. Die in Lagern auf-

gestapelten Bedarfsgüter sind sofort durch die Regierung zur Verteilung zu bringen.

Wir sind uns darüber im klaren, daß der Aufbau einer wahren demokratischen Ordnung in einem einheitlichen friedlichen Deutschland nur möglich ist, wenn die Macht der bereits wieder erstarkten Großgrundbesitzer und Konzernherren gebrochen wird. Nur durch die freie Entfaltung der fortschrittlichen demokratischen Kräfte können die Rechte des schaffenden Volkes, die Einheit Deutschlands und der Friede gesichert werden.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir jetzt, einen Dringlichkeitsantrag vorzulegen:

„Die kommunistische Landtagsfraktion beantragt, sofort nach den Kreiswahlen den Landtag zu einer Sitzung mit folgender Tagesordnung einzuberufen:

Punkt 1: Die Ernährungslage der Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Punkt 2: a) Beschaffung von Hausbrand,
b) Bekleidung und Schuhen,
c) Haushaltsgegenständen für die Bevölkerung.

Punkt 3: Soziales Hilfswerk für Kriegs- und Arbeitsopfer und Körperbehinderte.

Zu Punkt 2: Beschaffung von Hausbrand. In diesem Punkte wollen wir die gesamte Kohlenproduktion und alles das, was notwendig ist zur Steigerung, behandeln.

Ich bitte den Landtag um Zustimmung, daß die kommende Sitzung nach den Kreiswahlen mit dieser Tagesordnung einberufen wird. (Beifall links.)

Präsident: Ich darf nunmehr das Wort Herrn Dr. Reismann für die Zentrumsparlei erteilen.

Abgeordneter Dr. Reismann (Z.): Meine Damen und Herren! Wir sind naturgemäß nicht in der Lage, zu der eingehenden Regierungserklärung heute abschließend Stellung zu nehmen. Gestatten Sie mir nur eine kurze Ausführung zu dem, was der Herr Ministerpräsident als Regierungserklärung soeben mitgeteilt hat.

Zum erstmalig in der deutschen Geschichte sind die verwandten Stämme von Rheinland und Westfalen zu einer politischen Einheit verbunden worden in einem Staat, der nach seiner ganzen wirtschaftlichen und sozialen Struktur die Bedeutung hat, die Herzkammer Deutschlands zu sein. (Zurufe, Unruhe.)

Vorsitzender: Darf ich auch jetzt um etwas Aufmerksamkeit bitten!

Abgeordneter Reismann (fortfahrend): Leider ist noch ein Teil des Gebietes von uns durch die Grenzen der Zonen getrennt, das unbedingt zur Ergänzung demnächst hinzukommen und dessen Entfremdung von der Gesamtheit mit allen Kräften verhindert werden muß.

Das Parlament des Landes Nordrhein-Westfalen tagt hier an Deutschlands schicksalsvollstem Strom, der nicht nur eine nationale, sondern auch eine übernationale Bedeutung hat. Dieser Strom bedeutet Brücke in die Welt und bedeutet die Verbindung mit den westeuropäischen Völkern und der westlichen Welt überhaupt. Unser Land ist aber auch Quellgebiet der freihheitlichen Gesinnung und des Willens zum wahren und echten demokratischen Leben im Volke in diesem Lande. Sie haben in diesem Lande ihre starke Ausprägung erhalten in den markanten Persönlichkeiten, wie sie eben genannt wurden, z. B. auch in Freiherrn vom Stein und in Görres, die vor allem hier in diesem Lande am Rhein in der Geschichte hervorgegangen.

Unsere Vorfahren waren stets gewohnt, brüderlich nebeneinander auszukommen und auch brüderlich ihre gemeinsamen Sorgen und Nöte zu tragen. Heute, in der furchtbarsten Notzeit der Geschichte unseres Volkes überhaupt, ist das gemeinsame Tragen dieser Not nicht nur unser Schicksal, sondern die Aufgabe unseres Volkes, mit der es steht oder fällt. Deswegen besonders begrüßt das Zentrum in der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, daß Maßnahmen getroffen werden sollen, die Nöte der Opfer des Krieges zu beseitigen und daß der jetzige untragbare Zustand bezüglich der Versorgung der Kriegs- und Naziofer zunächst durch eine großzügige Hilfsaktion überbrückt werden soll. Wir unterstreichen die vom Herrn Ministerpräsidenten ausgesprochene Notwendigkeit, daß keinesfalls der Eindruck erweckt werden darf, als ob diese Hilfsaktion alles sei, was geschehen müsse.

Unbedingt erforderlich ist darüber hinaus die rechtliche Fundierung und Sicherstellung der berechtigten Ansprüche der Opfer des Krieges und des Nazismus, sowie der Sozialrentner. Getreu seiner großen sozialpolitischen Tradition, wird das Zentrum gern bei allen Maßnahmen auf diesem Gebiete mitarbeiten zur Linderung der Not der Witwen, Waisen und Kriegsversehrten, die der Nationalsozialismus in größtem Elend zurückgelassen hat.

In engstem, unlösbarem Zusammenhang mit diesen Problemen steht die Sorge um unsere aus dem Osten vertriebenen Brüder und Schwestern. Die Zentrumsfraktion ist der Auffassung, daß die im Osten vollzogene willkürliche Grenzziehung von uns nicht als endgültig anerkannt werden kann. Und wir sind weiter der Auffassung, daß das gesamte deutsche Volk diese unsere Auffassung teilt:

Vor uns steht die gewaltige Aufgabe, diesen von Haus und Hof, von Heim und Herd vertriebenen Menschen im Bereiche unseres Landes mit allen Kräften und allen Mitteln zu helfen, daß sie nicht nur menschenwürdig untergebracht werden, sondern daß ihnen auch neue Existenzmöglichkeiten gegeben werden.

In dem sogenannten Flüchtlingsproblem sieht das Zentrum eine nationale Aufgabe und ein kulturelles Problem allerersten Ranges, nicht nur eine materielle Aufgabe, und es ist sich bewußt, daß diese Lösung von schicksalhafter Bedeutung für den inneren und äußeren Aufbau unseres Volkes ist. Wir sind uns auch bewußt, daß dieses Schicksal Volk und Staat vor ganz andere durchgreifendere soziale Maßnahmen stellt, wie das bisher niemals der Fall gewesen ist. Wir wollen, daß mit dieser Aufgabe die notwendig verbundene Lastenverteilung in einem Sinne erfolgt, die den Grundsätzen der Gerechtigkeit und insbesondere den Grundsätzen einer christlichen sozialen Auffassung entspricht.

Daß die Regierungserklärung eine Äußerung über die Abgeltung der Kriegsschäden enthalten hat, entspricht durchaus unserer Auffassung und wird von uns lebhaft begrüßt. Das Zentrum legt größten Wert darauf, daß auch dieses Problem nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit angefaßt und gelöst wird und daß die Frage der Kriegsschäden nicht dem Zufall überlassen bleibt.

Wir betrachten es daher als eine Ungerechtigkeit, daß die Kriegsgeschädigten heute noch Kommunalsteuern für die zerstörten Werte aufzubringen haben und daß die Wiederaufbaukosten auf die Dauer — wie vom Herrn Ministerpräsidenten als untragbar hingestellt — mit hohen Einkommensteuern belastet werden. Voraussetzung für die Lösung aller derartigen sozialen und wirtschaftlichen Fragen ist jedoch die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands. Zentralismus und Unitarismus lehnt die Zentrumspartei ebenso entschieden ab wie Separatismus. Ein föderatives Deutschland unter Berücksichtigung der stammesmäßigen Tradition und der wirtschaftlichen Notwendigkeiten ist unser Ziel. Wir wünschen eine Verwaltungsreform, die die Stärkung der Selbstverwaltung auf allen Stufen gewährleistet. Keinesfalls darf an die Stelle des preußischen Zentralismus ein anderer Zentralismus treten. Die Verwaltung muß sich aber bewußt bleiben, daß sie nicht Zweck, sondern Mittel des Staates im Interesse der Bevölkerung ist und daß sie vor allem vom Prinzip des Herrschens zum Prinzip des Dienens kommt und dabei bleiben muß. Daher wünschen wir, daß die Trennung der Gewalt der Exekutive und Legislative gesetzliche Verankerung findet, weil von hier aus die Möglichkeit zu einer echten Demokratisierung der Verwaltung von uns erblickt wird. Wir stimmen dem Verlangen des Herrn Ministerpräsidenten nach Eingliederung aller Sonderbehörden in die allgemeine Verwaltung zu, auch aus dem Gesichtspunkt, daß sonst eine demokratische Kontrolle der Behörden nicht durchgeführt und nicht gewährleistet ist.

Wir begrüßen auf das lebhafteste die Ablehnung der Arbeitspflicht durch das Kabinett, und zwar nicht nur aus praktischen, sondern auch aus grundsätzlichen Erwägungen. Es muß aber über diese Ablehnung hinaus das Ziel der Arbeitspolitik sein, die Freizügigkeit der Arbeiter jeder Art so bald wie möglich in vollem Umfange wieder herzustellen, da nur so das natürliche Freiheitsrecht und das Grundrecht des Menschen auf Selbstbestimmung gesichert ist. Der Mangel an Freizügigkeit des Arbeiters unterdrückt übrigens auch den sozialen Aufstieg und hindert die freie Entfaltung der

Persönlichkeit. Wir begrüßen den Einsatz der Regierung für die Steigerung der Lebensmittelproduktion und der Einfuhr sowie die bessere Erfassung und Verteilung der Lebensmittel, von der die Rede war.

Zur Kulturpolitik! In unserem Lande sind Kultur, Kirche und Volk immer aufs engste miteinander verbunden gewesen und durch unsere tausendjährige Geschichte hat sich diese Verbindung segensreich erwiesen. Die Politik des bürgerlichen Liberalismus und Nazismus hat endgültig versagt. Die Durchdringung unseres Volkes mit dem Geiste des Christentums kann nur erfolgen, wenn die Kirchen ihren Einfluß frei entfalten können und wenn die Bekenntnisschule entsprechend dem natürlichen Recht und der Willenskundgebung der Eltern eingerichtet und dadurch die Kinder von den Lehrern ihres eigenen Bekenntnisses herangezogen und herangebildet werden.

Bezüglich der höheren Schulen haben wir mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß die Pflege des humanistischen Gedankens in der Jugend neben der Heranbildung einer Jugend mit welt offenem realistischen Blick und klarer Grundhaltung nicht außer acht gelassen werden soll. Wir begrüßen, daß bezüglich der Hochschulen auf die wiedererstandene akademische Lehrfreiheit und deshalb auch Lernfreiheit hingewiesen wurde und erwarten davon eine Belebung der wissenschaftlichen Forschung und einen Wiederaufstieg unserer Achtung in der Welt.

Hinsichtlich der Förderung der wirtschaftlichen Produktion begrüßen und fördern wir die Bestrebungen der Regierung auf das wärmste.

Den Schlüssel für die Wirtschaft bildet die Kohlenproduktion. Die Verbesserung der Ernährung der Bergarbeiter würde sicherlich eine Hebung der Kohlenproduktion zur Folge haben. Wir unterstützen deswegen das Bestreben der Regierung, auch den Bergarbeitern zur Schaffung eines eigenen Heims zu verhelfen.

Mit Bestürzung haben wir in den letzten Tagen davon gehört, daß die Stilllegung und der prozentuale Abbau in der Industrie — übrigens nicht nur in der Stahlindustrie, sondern auch in größerem Umfange in der Zement- und Kalkindustrie — eine akute und drohende Gefahr geworden ist. Wir ersuchen die Landesregierung, alles daranzusetzen, diesen Abbau möglichst lange hinauszuschieben, wenn es nicht möglich sein sollte, ihn ganz zu verhindern, bis unser Volk in der Lage ist, seine Wirtschaft wieder eingerichtet zu haben und auf eigenen Füßen zu stehen.

Wir bitten, die Besatzungsmacht daran zu erinnern, daß auf dem verengten Raum Rheinland-Westfalen eine noch größere Bevölkerungszahl zusammengedrängt ist und daß dieses zusammengedrückte Volk nicht leben kann, wenn die Industrie ihm keine Arbeit zu bieten vermag.

In der Erkenntnis, daß der Außenhandel und die Pflege unserer Beziehungen zu den übrigen Staaten, insbesondere zu den Nachbarn und Siegermächten, von ausschlaggebender Bedeutung für unser weiteres nationales Leben ist, ersuchen wir die Regierung, gerade diesem Punkte ihr besonderes Augenmerk zu schenken, so daß wir bald zu einer Zusammenfassung der deutschen Länder unter einer zentralen Regierung gelangen. So kann auch nur der Zustand des immer noch formell bestehenden Krieges beendet und der Frieden wieder hergestellt werden.

Indem wir diese Wünsche der Regierung Amelunxen mit auf den Weg geben, rufen wir ihr von Herzen zu: Glückauf!

Präsident: Für die Freie Demokratische Partei ergreift das Wort Herr Abgeordneter Middelhaue.

Abgeordneter Middelhaue (FDP.): Meine Damen und Herren! Schon einige Monate nach dem Zusammenbruch des Wilhelminischen Deutschlands konnte sich 1919 die Weimarer Nationalversammlung mit der Verfassung der Republik beschäftigen. Der in seinen Gedanken kluge Hugo Preuß legte einen ausgezeichneten Verfassungsentwurf vor, der sich unter Überwindung der Länderklar und entschlossen zur Reichseinheit bekannte. Die Nationalversammlung brachte leider nicht die Kraft auf, diesem Entwurf zuzustimmen. Historische Versäumnisse lassen sich selten oder nie wieder aufholen und gutmachen. Der zweite, furchtbarere Zusammenbruch unseres Vaterlandes verwehrte uns, die wir politisch unfrei sind und noch nicht die Möglichkeit und Freiheit eigener staatlicher Gestaltung haben, die Länder zu besetzen und das ein-

heftliche Reich zu gewinnen. Wir sind vielmehr gezwungen, zu den bereits vorhandenen Ländern neue Länder zu bilden. Doch sehen wir in dem in unsere Hand gegebenen Land Nordrhein-Westfalen lediglich einen Baustein zur höheren Ordnung des Reiches, eine Stufe zu dem höheren Ziel, dem wir zustreben. Wir wollen unser Land als Heimatland ansehen, lieben und gestalten. Doch unser Vaterland ist größer, ist Deutschland. (Beifall.)

Ich hoffe zuversichtlich, daß alle Parteien dieses hohen Hauses sich in dieser Auffassung einig sind und daß unserem Landtage Verfassungskämpfe erspart bleiben, wie sie sich jetzt so unerfreulich, wenn auch mit erfreulichem Ergebnis, in einem süddeutschen Lande abgespielt haben. Die Verfassung unseres Landes soll und darf nur ein Bekenntnis zum Reich sein. Unser Land darf nicht nach Eigenstaatlichkeit trachten, sondern soll in klarer und verantwortungsbewußter Weise zwei wesentliche Aufgaben lenken und gestalten: erstens im demokratischen Aufbau von unten nach oben seine Verwaltung weitgehend als Selbstverwaltung aufzubauen; zweitens in enger Zusammenarbeit mit den übrigen Ländern und Provinzen die gemeinsamen Probleme und Nöte zu lösen, eine immer stärkere Zusammenfassung und Solidarität zu erstreben über alle Zonengrenzen und Eigeninteressen hinweg, bis das Endziel, das Reich, gewonnen ist.

Lassen Sie mich, obwohl dies bereits geschehen ist, das kann nicht oft und dringlichst genug gesagt werden, betonen, daß wir zutiefst bedauern, daß durch die Abtrennung des südlichen Rheinlandes in eine andere Zone dieser organisch zu uns gehörige Teil von unserem Lande ebenso unglücklich abgeschnitten ist wie die Südtelle Württembergs und Badens von deren Stammgebieten. Wir hoffen und treten dafür ein, daß die Zonengrenzen, die widernatürlich aufgerichtet sind, verschwinden und das südliche Rheinland mit unserem Land vereinigt werden wird in Rheinland-Westfalen. Wäre dieses Wort nicht heute schon besser und schöner für unser Heimatland?

Ich möchte hier in Kürze zu den in der Regierungserklärung ausgesprochenen Problemen sprechen.

Der Wiederaufbau unseres Gebietes ist in unserer Notzeit ein selbstverständliches Gebot der Stunde. Wir schätzen den Ministerpräsidenten als erfahrenen Verwaltungsfachmann und entschiedene Persönlichkeit, die die Gewähr dafür bietet, daß seine Absichten durchgesetzt werden. Diese Verwaltungsstraffung und Vereinfachung setzt zweierlei voraus:

Verstärkung der Selbstverwaltung, deren demokratische Mitarbeit und Kontrolle bei keiner Behörde fehlen darf, die also auch bei den noch leider bestehenden Sonderverwaltungen eingebaut werden müssen, ferner den Einbau der Sonderverwaltungen, die heute autokratisch und völlig unkontrollierbar und unbeeinflusst von demokratischen Einwirkungen neben den allgemeinen Verwaltungen, also auch neben der Landesregierung, einhergehen. Außerdem hat das starke und schädigende Versagen besonders einer dieser Sonderverwaltungen zu einer krisenhaften Zuspitzung unserer Ernährungslage geführt, die in den letzten Wochen nicht besser, sondern wirrer geworden ist. (Zustimmung.) Gestützt auf verantwortungsbewußte Mitarbeit der Selbstverwaltung und im Zuge der Verwaltungsvereinfachung wird es möglich und deshalb notwendig sein, daß zwischen den unteren Verwaltungsbehörden der Städte und Landkreise und den aufsichtsführenden Landesregierungen eine Zwischeninstanz geschaffen wird. Zur Erleichterung des Verkehrs des Publikums mit den Aufsichtsbehörden sollten lediglich Außenstellen der Landesregierung geschaffen werden. Das bedeutet die Beseitigung der Regierungspräsidenten.

Die Verwaltungskörper sollen getragen werden von einem gutgeschulten und unbestechlichen Berufsbeamten-tum, wie der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung forderte. Wir sind mit ihm der Ansicht, daß nur nach dem Gesichtspunkt der fachlichen und charakterlichen Eignung, nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten und Rücksichten der Beamte berufen werden soll. Diesen Standpunkt werden wir gegenüber irgendwie anders gearteten Ansichten mit Nachdruck einnehmen und jeden anderen mit Schärfe bekämpfen.

Wenn nach diesen unseren kurz dargelegten Grundsätzen jede einzelne Verwaltung aufgebaut wird, dann wird sie ausgezeichnet sein durch klare Gliederung, kon-

zentrierte Zusammenfassung, saubere Haltung und, was besonders wesentlich ist: durch demokratischen Geist.

In unserem von der Industrie getragenen Lande werden die Nöte und Probleme der Ernährung und Wirtschaft stets im Vordergrund unserer Arbeit stehen. In der Ernährung sind unsere Leitsätze, daß der freie Bauer auf freier Scholle am sichersten die beste Nutzung des Bodens gewährleistet und nur dem besten Landwirt der Boden anvertraut werden darf. Nur so und durch eine von uns geforderte reichliche Erfüllung der Ablieferungspflicht werden wir die Schwierigkeiten der Ernährung meistern. Wir lehnen jedes Experiment bei der uns zur Aufgabe gestellten Bodenreform ab, wir lehnen auch jedes Experiment an der darniederliegenden Wirtschaft mit Eindeutigkeit ab. Durch Zusammenwirken aller schöpferischen Kräfte werden wir die Wirtschaft aufbauen können, die die Grundlage unserer Existenz gerade in unserem Lande, aber auch für Deutschland ist.

Die weitgehenden Maßnahmen zur besonderen Förderung des Bergbaues, die dem Bergmann endlich die berechtigta und verdiente Anerkennung für seine Leistung geben werden, begrüßen und unterstützen wir. Minister Hynd hat vor einigen Tagen erklärt, daß die Tagesförderung von 0,7 auf 0,9 Tonnen gestiegen sei. Unsere Wirtschaft und wir alle wissen, was das Kohleproblem, besonders diese Mehrförderung, bedeutet. Wir sprechen dem Bergmann an dieser Stelle für seine Leistung unseren Dank und unsere hohe Anerkennung aus und sind überzeugt, daß er auch weiter seine Pflicht tun wird. Nur durch erhöhten Einsatz aller Kräfte kann die Wirtschaft hochkommen, kann dem Lande geholfen werden, nicht aber durch Demontage lebensnotwendiger Werke, die unser Land jetzt wieder bedroht. Wir haben die Maßnahmen für die Wiederherstellung der zerstörten Wohnungen stets als unzureichend erachtet. Sie stehen in keinem Verhältnis zu der Wohnungsnot, die durch das Einströmen aus den Ostgebieten immer größer wird. Wir haben uns bemüht, einen schnelleren Aufbau unserer Bauindustrie zu erreichen, und wir protestieren dagegen, daß ein Drittel der Zementwerke geschleift werden soll, statt daß sie zum Aufbau unserer zerstörten Wohnungen verwendet werden.

Ebenso unverständlich ist es, daß infolge der starken Reduzierung des Stromes die Bekleidungsindustrien nur noch an drei oder vier Tagen der Woche zu arbeiten vermögen. Wir gehen in die Not eines Winters hinein, der für die frierende Bevölkerung nicht besser, sondern schlechter als der vergangene Winter sein wird, an den wir mit Unbehagen und Schrecken zurückdenken. Die Not wird dadurch verschärft und noch drückender, daß wichtige Versorgungsindustrien infolge der Stromkürzungen noch weniger produzieren, als sie es jetzt infolge der allgemeinen Schwierigkeiten tun. Wir appellieren an die oft bewährte Einsicht und Unterstützung der englischen Regierung, schnellstens Abhilfe zu schaffen, die angedrohten Maßnahmen zu verhindern, die das Elend verschärfen statt zu mildern und zu beheben. Nur, wenn unsere Industriekapazität nicht abgedrosselt, sondern voll ausgenutzt wird, vermögen wir zu leben und zu exportieren. Und nur durch unseren Export, der nur Veredelungsexport und nicht Export der Grundstoffe sein wird, vermögen wir die aus dem Auslande lebensnotwendig einzuführenden Lebensmittel, aber auch die ebenso notwendig wie schnellst erwarteten Rohstoffe für unsere Industrie zu bezahlen.

Unser Land ist der größte Rohstoff- und Industriekomplex Deutschlands. Vom Ergehen unserer Wirtschaft hängt das Leben und Sterben unseres ganzen Landes und ganzen Volkes ab.

Die Freie Demokratische Partei wird dem Problem der Wirtschaft eine ganz besondere Sorgfalt und Mitarbeit zuwenden. Nur wenn die Wirtschaft arbeitet, allerdings nicht erdrückt wird durch die jetzigen unerträglichen Steuerlasten, für deren Abbau wir eintreten, werden wir die finanziellen Voraussetzungen für die Durchführung dieser großen sozialen Aufgaben schaffen. Und diese Aufgaben müssen gemeistert werden.

In der Zeit höchster sozialer Not muß unsere soziale Verantwortung, unser soziales Wollen, unser soziales Gewissen noch stärker sein. Ich greife nur ein Problem heraus und es ist schon wiederholt gestreift worden: Es ist des deutschen Volkes unwürdig, seine Kriegsbopfer mit Almosen abzufertigen. Die Nation — lassen

Sie mich dieses stolze und verpflichtende Wort, das für uns wieder zu einem Begriff werden muß, mit Nachdruck aussprechen — hat den Kriegshinterbliebenen, den Kriegsversehrten eine unabdingbare Ehrenschild (Zwischenruf: Ehrenschild??) gegenüber. Wenn ich gesagt habe, daß wir Deutschland nicht wieder aufbauen werden, ohne die Entfaltung der Wirtschaft, so muß ich ebenso sagen, daß wir Deutschland nicht wieder aufbauen werden ohne dieser Ehrenschild gerecht zu werden. Das erstere gilt für den äußeren Aufbau, das zweite für den inneren, seelischen, noch wichtigeren Neuaufbau unseres Landes und unseres Volkes. Deswegen begrüßen wir es, daß das Kabinett ein großes Hilfswerk ankündigt, das auf dem breiten Fundament der Gewerkschaften, der Parteien, der karitativen Verbände, der Kriegsoferversverbände das gesamte Volk anspricht und auffordert, die Not unserer Kriegshinterbliebenen und Kriegsopfer zu lindern, bis der Staat wieder seine Aufgaben ausreichend löst.

Die Freie Demokratische Partei ist stolz darauf, den Anstoß zu diesem geplanten Hilfswerk gegeben zu haben. Dieser Anstoß ist ausgegangen von der „Westdeutschen Rundschau“, die vor „einigen Wochen unter dem Motto „Wenn der Staat versagt — hilft das Volk“, diese Aktion eingeleitet hat. (Beifall.) Wenn der Opferwille der gesamten Bevölkerung unseres Landes so sichtbar sein wird, wie bisher beim Hilfswerk der „Westdeutschen Rundschau“, werden wir vielen helfen können, nicht mit Almosen, um Gotteswillen nicht mit Almosen. Wir wollen durch dieses Hilfswerk den Staat an seine Pflicht mahnen und überbrücken. (Zwischenruf: An die Opfer des Faschismus denken Sie nicht. Erneuter Zwischenruf: Die gehören auch dazu!) So und nicht anders wollen wir das von dem Ministerpräsidenten angekündigte Kriegsopfer-Hilfswerk ansehen.

Über die Kulturaufgaben lassen Sie mich ganz kurz sagen, daß der Aufbau unserer Demokratie eine einzige große Erziehungsaufgabe ist, in deren Mittelpunkt die Formung des Staatsbürgers zur verantwortungsbewußten freien Persönlichkeit steht. Diese Erziehung hat einzusetzen auf der Grundschule, hat sich fortzusetzen auf den Universitäten, die nicht einseitige Spezialisten in den Studenten ausbilden sollen und dürfen, sondern die Bildung vermitteln, nicht in Spezialform, sondern sie krisenfest machen sollen gegen jede Erschütterung. Nur wenn die Ideale der Freiheit, Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit tief in uns verwurzelt sind, wenn wir eher unsere äußere Existenz herzugeben bereit sind, als unsere innere Existenz anzutasten und aufzuopfern, werden wir uns bewahren vor solchen grauenvollen Zeiten, wie wir sie durchlebt haben.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Landesregierung, entschieden für eine Vermehrung der Zulassung von Studenten an den Universitäten einzutreten. Durch Kriegsverluste und Ausfälle infolge der Entnazifizierung fehlt es an dringendem notwendigem Nachwuchs in fast allen akademischen Berufen. Auf der anderen Seite finden Tausende von begabten Jungen, lernbegierigen Menschen keinen Zugang zu den Hochschulen.

Ein wichtiges Instrument der Volksbildung ist der Rundfunk. Wir haben in Köln bis 1933 einen Sender besessen, der zu den besten Sendern Deutschlands gehörte. Wir richten an das Kabinett die dringliche Bitte, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß wir nach Köln wieder einen eigenen Sender bekommen. Wir wollen hoffen, daß er für die Kulturarbeit des Landes und ganz Deutschlands so wertvoll sein wird, wie er es unter der ausgezeichneten Leitung von Ernst Hardt bis 1933 war. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind die kleinste Fraktion dieses Hauses. Wir haben in einer dringenden Eingabe an den Zivilbeauftragten gegen die Festsetzung einer so geringen Sitzzahl Protest erhoben. Unsere Fraktion im Bayerischen Landtag ist noch kleiner. Sie hat durch das aufrechte und mannhaft Ringen um die Gestaltung der bayerischen Verfassung bewiesen, daß es nicht auf die Zahl, sondern auf den Einsatz ankommt. Unsere ganze Kraft werden wir einsetzen für den Wiederaufbau unseres Landes. Wir sind überzeugt, daß wir einen wertvollen Beitrag beisteuern werden. Dem Kabinett sichern wir unsere Mitarbeit zu und üben Kritik, auch scharfe Kritik, wo wir Kritik für notwendig erachten. Aber ebensogut und noch freundlicher erkennen wir an, wo wir anerkennen können. Ich hoffe, daß wir sehr oft anerkennen können. (Beifall.)

Präsident: Damit ist die Rednerliste für die Erklärungen der Parteien erschöpft. Vor Abschluß dieses Punktes der Tagesordnung möchte ich bekanntgeben, daß die Fraktion der Kommunistischen Partei den eben von Herrn Abgeordneten Reimann angekündigten Dringlichkeitsantrag eingebracht hat, sofort nach den Kreiswahlen eine Landtagssitzung einzuberufen. Ich schlage vor, daß wir diesen Antrag dem Präsidium überweisen, um den Zeitpunkt festzulegen unter Berücksichtigung der Wünsche dieses Antrages in bezug auf Zeit sowohl wie in bezug auf die Tagesordnung, da ja doch die Tagesordnung mit anderen Punkten noch ergänzt werden muß. (Zustimmung.) Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Dann betrachte ich damit diesen Antrag als dem Präsidium überwiesen.

Es ist weiter ein Antrag der kommunistischen Fraktion eingegangen, der auch schon in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Reimann angedeutet wurde mit folgendem Wortlaut:

„Der Landtag wolle beschließen, nachfolgende Entschließung dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg zu übermitteln:

Die erste Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen nimmt zum Anlaß, ihr Befremden über den Freispruch von Papen, Schacht und Fritzsche auszusprechen. Der Landtag hat kein Verständnis für die gelinde Strafe, die über Schirach verhängt wurde. Diese Strafen müssen der Reaktion in Deutschland neuen Auftrieb geben und sind nicht geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung zur jungen Demokratie zu stärken.“

Ich bin mir darüber klar, daß dieser eingegangene Antrag eine neue Diskussion auslösen würde. Ich schlage deshalb vor, den Antrag dem Hauptausschuß zu überweisen. (Zurufe: Richtig!) Ich möchte von vornherein zu bedenken geben, daß ja nicht die politische Freisprechung der Genannten durch den Urteilstisch in Nürnberg erfolgte, sondern lediglich die eine Seite ihres strafrechtlichen Verhaltens gekennzeichnet worden ist. (Zuruf: Auch das war falsch!) Ich möchte vorschlagen, wenn kein Widerspruch erfolgt, daß diese Entschließung dem Hauptausschuß überwiesen wird.

Abgeordneter Reimann (KPD): Wir vertreten die Auffassung, daß über diesen Antrag in öffentlicher Sitzung abgestimmt und daß diese Entschließung abgesandt wird. Es geht nicht darum, daß sie politisch noch nicht freigesprochen sind. Wir kennen Herrn Schacht, wir kennen Herrn von Papen. Sie sind heute vielleicht schon wieder irgendwo und wo in einer Partei politisch gelandet. (Zwischenrufe von links: Bei der CDU. Zwischenrufe von rechts: Bei der KPD.) Sie lachen, meine Herren von der CDU. Sie haben noch ganz andere geschluckt. Vielleicht schlucken Sie diese auch noch.

Wir sind dafür, daß über diesen Antrag hier abgestimmt und er nicht dem Ausschuß überwiesen wird. Wir möchten sehen, wer dagegen stimmt.

Abgeordneter Meistermann (CDU): Zur Geschäftsordnung! Ich möchte bitten, daß sich der Herr Justizminister einmal zu der Tragweite dieses Antrages im Hinblick auf den Internationalen Gerichtshof, der das Urteil gesprochen hat, äußert.

Präsident: Vielleicht wiederholen Sie diese Frage, der Herr Justizminister hat Sie nicht verstanden.

Abgeordneter Meistermann (CDU): Ich bitte den Herrn Justizminister, sich zu diesem Antrag zu äußern.

Justizminister Dr. Kremer: Ich schlage vor, diese Entschließung dem Ausschuß zu überweisen, ich werde mich dann dort dazu äußern.

Abgeordneter Görlinger (SPD): Bei der großen Mehrheit des Hauses besteht Übereinstimmung über das erlassene Urteil und über die, die davon betroffen werden. Aber es ergibt sich für uns die Frage, wie stehen wir dazu als Landtagsmitglieder. Wenn es nach uns gegangen wäre, würde von Papen vor ein deutsches Gericht gestellt worden sein (Zustimmung), dann wäre die Sache längst erledigt. (Sehr richtig!) Das Urteil entspricht nicht der Stimmung des Volkes. Vor einem deutschen Gericht wären Herr von Papen, Fritzsche und Dr. Schacht nicht freigesprochen worden. Darüber besteht kein Zweifel. Wenn wir dieses schwierige, staatsrechtliche Verhältnis erkannt haben, wenn wir auch einig sind in der Verurteilung, so ist es doch nicht Sache des Landtages, an

dieser Stelle zu beschließen, an den Internationalen Gerichtshof heranzutreten. Das muß erst geprüft werden. Es ist daher zweckmäßig, den Antrag dem Hauptausschuß zu überweisen und dort eingehend die Dinge zu prüfen, ob wir uns überhaupt an das Internationale Gericht wenden können.

Präsident: Ist eine weitere Diskussion darüber notwendig? (Zurufe: nein!) Wenn Widerspruch nach wie vor erfolgt, muß ich darüber abstimmen lassen. Ich glaube, daß wir dann zuerst über den weitestgehenden Antrag abstimmen lassen, das ist die Überweisung an den Hauptausschuß.

Ich lasse darüber abstimmen, ob dieser Antrag dem Hauptausschuß überwiesen wird. Wer dafür ist, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschickt.) Ich danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Das erste war die überwältigende Mehrheit. Damit wären wir auch mit diesem Antrag zu Ende.

Meine Damen und Herren! Dann haben wir noch die Aufgabe, uns heute schlüssig zu werden über die Wahl der

Ausschüsse,

die ja nach dem Landtag zusammentreten und die erste Arbeit schnellstens beginnen sollen. Es ist innerhalb des Ältestenausschusses eine Vereinbarung darüber zustande gekommen, daß zwölf Ausschüsse gebildet werden, und zwar für jedes Ministerium ein besonderer Ausschuß, dazu ein Flüchtlingsausschuß und als letztes ein Geschäftsordnungsausschuß. Es ist weiter eine Einigung darüber herbeigeführt worden, wie diese Ausschüsse zusammengesetzt sind. (Zurufe: Nein! Widerspruch.) Das ist mir so berichtet worden. Wir haben also noch die Möglichkeit, uns darüber zu unterhalten. Der Vorschlag des Ältestenausschusses geht jedenfalls dahin, die Ausschüsse aus je zwölf Vertretern zusammenzusetzen, und zwar verteilt auf SPD. und CDU. je 4, auf KPD. 2, Zentrum und FDP. je 1 Mitglied, insgesamt 12. Weiter ist festgelegt worden, daß gleichzeitig die Stellvertreter dazu benannt werden müssen und daß bei Abstimmungen innerhalb dieser Ausschüsse Stimmgleichheit gleichzeitig als Ablehnung betrachtet wird.

Es ist weiter darüber eine Einigung herbeigeführt worden, welche Partei in diesen einzelnen Ausschüssen den Vorsitzenden stellt, und zwar ist vorgesehen für den

Hauptausschuß	SPD.
Verfassungsausschuß	CDU.
Finanzausschuß	FDP.
Wirtschaftsausschuß	SPD.
Verkehrsausschuß	KPD.
Ernährung und Landwirtschaft	CDU.
Arbeitsausschuß	CDU.
Wohlfahrtsausschuß	SPD.
Kulturausschuß	CDU.
Wiederaufbau	SPD.
Justizausschuß	Zentrum
Flüchtlingsausschuß	KPD.

Wir werden nicht die Möglichkeit haben, heute innerhalb dieser Plenarsitzung die Ausschüsse im einzelnen zu wählen. Es ist darum festgelegt worden, wenn grundsätzliche Übereinstimmung erzielt wird, daß die Fraktionen ihre Mitglieder schnellstens dem Landtagssekretariat melden, damit dann die Einberufung dieser Ausschüsse erfolgen kann.

Darf ich fragen, ob Bedenken bestehen gehen die grundsätzliche Festlegung der Verteilung der Vertreter in den Ausschüssen wie auch der Vorsitzenden? (Zuruf: Ja!)

Abgeordneter Reismann (Zentrum): Im Namen der Zentrumsfraktion muß ich zunächst feststellen, daß eine Einigung über diesen Punkt nicht erzielt worden ist. Unsere Vertreter haben sich zu der Zeit im Hause befunden, haben aber keine Gelegenheit gehabt, zu dem Ausschuß Zugang zu bekommen, weil ihnen nicht bekannt war, wo dieser Ausschuß sich befand. Infolgedessen ist das heute getroffene Abkommen über die Verteilung der Sitze erlassen worden, ohne daß wir Gelegenheit hatten, dazu Stellung zu nehmen. Wir haben gestern verhandelt, daß die Zentrumsfraktion zwei Sitze bekommen soll, ebenso wie die Freie Demokratische Partei. (Zwischenrufe: Mehr

nicht? Heiterkeit.) Wir wissen wohl, was den Parteien zukommt, ebenso aber werden wir von der Zentrumsfraktion zwei Sitze beantragen. Wir haben nichts dagegen, daß die anderen Fraktionen mehr Sitze bekommen. Wir haben nur Wert darauf gelegt, mit zwei Mitgliedern vertreten zu sein. Es würde aber nichts ausmachen, wenn die Zahl der Ausschußmitglieder 12 oder 14 betrüge.

Abgeordneter Görlinger (SPD): Meine Damen und Herren! Wir hatten alle Vertreter der Parteien auf 12 Uhr zusammenberufen. Es hatten sich alle Vertreter zusammengefunden, nur nicht die Vertreter des Zentrums. Wir waren uns darüber einig, daß die Ausschüsse ein Spiegelbild des Landtages darstellen müssen, schon um die Arbeit der Ausschüsse zu unterstützen. Wenn das nicht der Fall ist, kann jeder bei der Abstimmung sagen, die Zusammensetzung des Ausschusses entspricht nicht der des Landtags und ich beantrage Abstimmung in einem Plenum. Ich glaube, daß die Ausschüsse nicht zu groß sein dürfen. Das Verhältnis 4, 2, 1, 1 entspricht der jetzigen Zusammensetzung des Plenums und wir wären uns einig, daß diese nur vorläufig ist. Sobald nach den Wahlen am 13. Oktober die englische Militärregierung eine Modifikation in der Zusammensetzung unseres Landtages vornimmt, wird sofort eine anderweitige Zusammensetzung der Ausschüsse erfolgen. Ich glaube, anders kann man nicht verfahren und ich möchte bitten, daß die Herren vom Zentrum sich einfügen, daß das als Grundsatz gilt.

Abgeordneter Albers (CDU): Wir halten uns an diese Verabredung und Vereinbarung. Wir möchten dem Zentrum wünschen, daß es nach den Wahlen in größerer Zahl hier vertreten ist. (Zuruf: Abstimmung!)

Präsident: Wir sind also jetzt in die Zwangslage versetzt, darüber abstimmen zu müssen. Ich stelle jetzt den Vorschlag des Ältestenausschusses zur Abstimmung, die Ausschüsse aus 12 Vertretern bestehen zu lassen mit der Unterverteilung SPD. und CDU. je 4, KPD. 2, Zentrum und FDP. je 1. Wer für diesen Vorschlag des Ältestenausschusses ist, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschickt.) Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Der Antrag des Ältestenausschusses ist gegen wenige Stimmen der Herren vom Zentrum und der FDP. angenommen. Damit wäre diese Frage klar.

Ich hätte dann noch ergänzend zu sagen, daß außerdem die Einsetzung eines Ältestenausschusses beantragt ist, der aus sieben Vertretern der Parteien bestehen soll, und zwar zwei Vertretern der SPD., 2 der CDU. und je 1 Vertreter der KPD., der FDP. und des Zentrums. Werden gegen diesen Vorschlag irgendwelche Einwendungen erhoben? (Zurufe: Nein!) Das ist nicht der Fall. Dann glaube ich, ohne Abstimmung feststellen zu können, daß dieser Vorschlag des Ältestenausschusses angenommen ist.

Wird gewünscht, daß ich über die soeben bekanntgegebene Verteilung der Vorsitzenden der einzelnen Ausschüsse abstimmen lasse oder soll die Vereinbarung des Ältestenausschusses gelten?

Ein Abgeordneter der CDU: Wir bitten die Fraktionen, die Angaben der Ausschußmitglieder schriftlich einzureichen. Grundsätzlich glaube ich, sind wir mit der getroffenen Regelung einverstanden. (Zustimmung.)

Präsident: Deswegen brauche ich auch darüber nicht abstimmen zu lassen.

Meine Damen und Herren! Es wird nun notwendig sein, daß die Fraktionen möglichst bald in den nächsten Tagen die Vertreter für die einzelnen Ausschüsse benennen, damit dann die Arbeit in diesen Ausschüssen beginnen kann.

Abgeordneter Görlinger (SPD): Ich glaube, wir haben noch einen Ausschuß vergessen, den wichtigsten, den Geschäftsordnungsausschuß. (Sehr richtig!) Ich halte es jedoch für notwendig, daß der Geschäftsordnungsausschuß möglichst sofort gewählt wird. Es werden sich gewiß eine Anzahl Kollegen, die alte Parlamentarier sind, zusammenfinden. Ich würde vorschlagen, 12 Mitglieder zu wählen. Wenn aber das Haus mit 7 Mitgliedern einverstanden ist, so bin ich auch dafür. Der Ausschuß muß schnellstens zusammentreten und in der nächsten Sitzung den Entwurf einer Geschäftsordnung vorlegen, damit wir über eine Geschäftsordnung für das Haus beraten können.

LANDTAG NORTH RHINE/WESTPHALIA

Shorthand Minutes

of the

**Inaugural Meeting of the Landtag
of Land North Rhine / Westphalia**

held at the Opera - House at Düsseldorf

on 2nd October 1946

INDEX

Programme	page 2
Address of Welcome by the Ministerpräsident	page 3—4
Address by the Commander-in-Chief, Marshall of the Royal Air Force, Sir W. Sholto Douglas	page 4—5
Election of the Präsidium	page 5—6
Address by the Landtagspräsident	page 6
Statement of Government Policy by the Ministerpräsident	page 6—11
Member Görlinger (SPD.) as to the Statement on Government Policy	page 12—13
Member Adenauer (CDU.) as to the Statement on Government Policy	page 13
Member Reimann (KPD.) as to the Statement on Government Policy	page 13—14
Member Reismann (Ztr.) as to the Statement on Government Policy	page 14—15
Member Middelhaue (FDP.) as to the Statement on Government Policy	page 15—17
Motions of the KPD.	page 17—18
Election of the Committees	page 18
Final Address by the Landtagspräsident	page 19

PROGRAMME

Ceremonial Opening of the Landtag of North Rhine-Westphalia on Wednesday 2nd October 1946,
14.30 hrs, in the Düsseldorf Opera House

Part I

(14.30 hrs — 15.30 hrs)

CEREMONIAL OPENING OF THE LANDTAG

1. Coriolan-Overture Ludwig van Beethoven
played by the Orchestra of the City of Düsseldorf, Generalmusikdirektor Hollreiser conducting
2. Speech of Welcome by Ministerpräsident Dr. Amelunxen
3. Address by the Commander-in-Chief B. A. O. R., Marshall of the Royal Air Force,
Sir Sholto Douglas K. C. B., M. C., D. F. C.
4. The Commander-in-Chief and the platform party will leave the building
5. Final Movement of the 1st Symphony c-moll Johannes Brahms
played by the Orchestra of the City of Düsseldorf, Generalmusikdirektor Hollreiser conducting

Part II

(16.00 hrs — 18.00 hrs)

1. Formation of the Landtag by the seniority-chairman (Election of the Präsidium)
2. Statement of Government Policy by Ministerpräsident Dr. Amelunxen

Part I

Following the final chords of Beethoven's Coriolan-Ouverture, played by the Orchestra of the city of Düsseldorf, Generalmusikdirektor Hollreiser conducting, Ministerpräsident Dr. AMELUNXEN rose to deliver his address of welcome in which he said:

I have the honour to welcome the Commander-in-Chief, Marshal of the Royal Air Force Sir Sholto Douglas and the representatives of Military Government in particular the Regional Commissioner, Mr. Asbury. I also extend a hearty welcome to the members of the Landtag and to all our guests. Sir Sholto, on your first official visit to the capital city of the new Land North Rhine-Westphalia on the occasion of the ceremonial opening of the Landtag, I should like to tell you something about the aim of our work of reconstruction, as we see it, and then about the characteristic features of this region, and the spirit and traditions of the people who live and work here.

According to a maxim of the German jurist Christian Wolf, the foundations of a State are justice and truth, and if these are lost such a state will go to rack and ruin. For this doctrine Christian Wolf was threatened with hanging by the then King of Prussia, removed from his professional chair and driven into exile. However, three centuries of German history have convinced us of the truth of his doctrine. Twelve years of Nazism, militarism and despotism have proved that a state cannot exist for any length of time if it tramples under foot intellectual liberty and human dignity. Millions of dead and a continent smashed to pieces and bleeding from thousands of wounds are the result of the idea that the problems of mankind are solved by blood and iron. The German State and its sovereignty have crashed in ruins because its moral bases were undermined and destroyed.

After the failures of Frankfurt and Weimar, the German people is now making a third attempt to create a sound democratic State based on justice and truth. This attempt is our last chance. Its success or failure will be decisive for the future of Germany.

We are aware of the fact that a democracy, which has long since become a matter of course in the political life of the neighbouring countries of Europe, cannot be realised over-night in a country whose people are bewildered, embittered and starving. Government by the people requires that the people are politically mature, otherwise it will degenerate into Government by the mob. Human rights can neither be imported in Army supply trucks nor effected in the studies of professors. Only when every taxidiver realises again that the State is not the affair of the Government but his own, only when all classes of the people profoundly believe in the democratic idea, and all persons of good will are enabled to take part in the work of reconstruction, only then will the attempt succeed. Only then will the words of the philosopher Spinoza apply to German conditions, namely that it is the task of the State to turn the people into citizens and not into automata or brutes.

To-day, therefore, marks a turning-point in German history. In Western Germany the foundation stone of a new democratic community life has been laid. The setting up of the Land North Rhine-Westphalia and the formation of the first cabinet of this Land are the first cautious steps towards the formation of a political will and towards the self-responsibility of our people.

It is significant that this development is taking place in the Rhineland and the Ruhr, the natural centre of gravity of German economic life, a region blessed by Nature and which, for many centuries, has been the guardian of some of the noblest values of the German spirit and of Western civilisation.

The people of the Rhineland and the Ruhr, now joined together in a Land with a population of 12 millions, have

always been known for their love of liberty and their culture and civilisation, people who owing to their respect for the dignity and the value of man have always despised and hated all unnecessary restrictions of personal freedom, all regimentation, barrack-square atmosphere and any reign of terror.

Since the days of the Franks and the Saxons, a civilisation racy of the soil has flourished here. Our cathedrals, monasteries and coal mines, even if partly in ruins, are witnesses of the people's close relations with God and of their readiness to play their part in worldly affairs. Here used to preach St. Hildegard. From the cathedral pulpit in Cologne she sent out to all parts of Germany her frank appeals for an indispensable reform of her confused and rotten times. The Hellweg was the home of the Hanseatic spirit. Starting from Soest in Westphalia, it worked for real co-operation beyond the frontiers of the peoples. Here was the birth-place of Friedrich Spee, the author of the "Trutznachtigall" the first pioneering champion against the medieval madness of the persecution of witches, in those dark days when extermination chambers were unknown, but stakes for burning people alive were everywhere to be found. Here were born men like Görres and Schurz, Bebel, Engels and Marx, Börne, Trimborn and Brandt, Kettler, Kinkel and Kolping, Hitze and Bodelschwingh and many other men inspired by a genuine social spirit, the very names of whom stand for systems; systems which fill a prominent place in the history of European civilisation. It was here that the Titan Ludwig van Beethoven composed his musical works which are suffused with the spirit of freedom and from a link between the peoples. Here in the land of steel and coal, the development of industry, municipal architecture and social policy was far ahead of the development in the other parts of Germany. This densely populated area was the home and the first sphere of activity of Carl Sonnenschein, the metropolitan apostle of modern times, who carried an uncompromising form of Christianity into daily life, who roused the dormant middle classes from their decadence and lethargy, and who made enthusiastic friends in all the cities of Europe. To the great joy of all upright men and all the angels in Heaven it again and again happened in this region that leading members of the Church preferred exile or prison rather than to surrender one particle of their convictions. From the times of our grandfathers I will only mention Clemens August Droste zu Vischering, the central figure in the events in Cologne, and Paulus Melchers the courageous Metropolitan Bishop of Cologne, Martin the Confessional Bishop of Paderborn and Brinkmann, Episcopus of Münster. During the years of Nazi rule, too, our Land produced men of strong character who refused to kowtow to the tyrants, I could name thousands — men and women — of all professions and classes, many also who would be present in this room to-day, had they not lost their lives at the hands of the hangmen and executioners of the Third Reich. Of the living I only mention the following three:

Martin Niemöller from Elberfeld, Karl Severing of Bielefeld and, last not least, Konrad Adenauer of the cathedral-city on the Rhine. The working population of this region has always been accessible to the ideas of freedom, for the progress of cultural life, for social realities and measures of reform, without however indiscriminately accepting all innovations, and without abandoning its tradition and its high moral standard.

For the Rhenish Westphalian people have at all times being characterized not only by their love of liberty and peace, their happy dispositions, and their love of art, but also by their adherence to the Christian faith. Men like Thomas von Kempen and Gerhard Tersteegen are witnesses of this faith. And the people has in its inner heart remained a Christian people, in spite of all

the errors and confusions, and temptations of the recent past. Surrounded by distress and death during the past years of terror, it has firmly adhered to the faith of its forefathers. It will summon up courage and confidence, it will develop energy and initiative again as soon as the economic situation improves and life is worth living again.

That is why we find in the Rhineland and the Ruhr all that is most necessary for a Land, the pillars of which are to be justice and truth, and which is to be erected on the foundations of human freedom, natural moral laws and divine injunctions, the Ten Commandments once proclaimed from Mount Sinai, without which, in view of the fact that by their nature all human beings are imperfect, there is, in our part of the world, no possibility based on ideological principles of preventing freedom from being misused and perverted. It is our intention in the Rhineland and the Ruhr to build up a humane democracy, in which all power and all rights, all wishes and all policies actually emanate from the people, and in which nobody is valued and treated according to his birth and his position but solely according to his achievements and his moral qualities. What we aim at is a community of life supported by the spirit of noble tolerance, in which there are no political enemies but only political opponents, in which, in spite of all political divergences, men may be intimate friends, in which it will be considered disgraceful and despicable to make personal attacks on another person in which — as Lord Beveridge puts it — the Government may change any day without the retiring Government being shot or causing others to be shot.

It is our intention to keep our fingers on the people's pulse and listen to its heart-beats. For it is our conviction that the State is created for the people, and that the Government belongs to the people, and not the people to the Government. We fully share the opinion of the Quaker and Arch-Democrat William Penn, namely that Governments, like church-bells are set in motion by the impetus given to them by men.

The reorganisation of our people and our State is not a matter of mere reconstruction rather of rebuilding from the very foundations. We have nothing to fall back upon, because on the day of unconditional surrender, the day we were freed from tyranny, nothing was left to us but ruins. This implies a definite departure from the false doctrines of Machiavelli and from the bloodstained idol of the despotic State, and a turning towards freedom and progress which, however, can only be guaranteed within an organized community of peace-loving nations. Germany is not the hub of the world. The Rhineland and the Ruhr are not the centre of Europe. But they have European significance.

Confidence has been placed in us and much is expected of us. We, on our side, must carefully and conscientiously see to it that the Ruhr never again becomes an armourer's workshop, that trade and industry in the Ruhr and Rhineland is directed towards the peaceful aims of mankind. If in our hearts we depart from the evil which we have gone through and are industrious, if we do not deceive each other by lies, and if we do our best to help ourselves, then we may also expect that help will be granted to us from outside. Then with the utmost exertion we shall succeed in the Rhineland and Ruhr in making a promising first step towards a German and European reorganization and thus contribute our share to the peace of the world.

We are all in one boat, and we shall have to steer our course carefully through the next months and years if we are to reach new shores. However, just as even the best sailing boat, if overloaded on either side, is liable to heel over and threatens to capsize, so we must, equally, in our new boat North Rhine-Westphalia refrain from all violent or foolhardy undertakings on one side or the other. Keeping in mind not only our Christian and socialistic obligations but also our common responsibility, we must follow our course without losing sight of our goal in order to reach the new shores safely. Through fogs and thunderstorms we shall be guided by the beacon of republican ideals. In the same boat is, after all, also our Military Government whom we urgently

and sincerely implore to assist us so as to ensure that our voyage is successful and that we do not suffer shipwreck.

Sir Sholto, your personal presence in Düsseldorf to-day is a ray of hope to us, and it makes us feel that the assistance we are asking for will be granted to us. (Loud approval.)

The Commander-in-Chief of the British Zone, Marshall of the Royal Air Force Sir W. Sholto DOUGLAS who followed Dr. AMELUNXEN on the rostrum said:

It gives me pleasure to attend this first inaugural meeting of the Landtag of Land Nordrhein-Westfalen.

This is a significant occasion for more reasons than one. It marks the amalgamation into one administrative unit of two historic territories which formed part of the former Land of Prussia. It marks the attribution to this new territorial unit of the status of a Land which will we foresee take its place with other Länder as one of the constituent units of the future German state.

The amalgamation of the Provinces of North Rhine and Westfalen was in my view a necessary measure and I have reason to think that it has commended itself to you as such. For mere reasons of administrative convenience I cannot believe that it was justifiable to leave the industrial area of the Ruhr divided into two by a provincial boundary. Whatever arrangements may be made in the future for the administration and control of the industries of the Ruhr area as a measure of security and as a contribution of the wellbeing of Europe and indeed of Germany herself the amalgamation which I have carried out will, I am confident, stand as a measure both beneficent and well-conceived.

I have recently as you will be aware issued an ordinance under which the Provinces of the former Land of Prussia situated in the British Zone have been given the status of Länder. This is a logical consequence flowing from the self-evident fact that the Land of Prussia no longer exists as such. It introduces a needed degree of uniformity among the territorial units which at present compose the British Zone.

The next step will be to reorganize the territorial and administrative structure of the British Zone so as to reduce the number of units composing it to settle the distribution of powers as between the Länder and the zonal authorities and to develop to the maximum degree possible the transfer of administrative responsibilities from the British Control authorities to German bodies. This is a task of great intricacy and of far-reaching importance to which I and my staff are giving most careful thought and upon which we have sought the advice of the Zonal Advisory Council. I can not yet state what the solution will be but I think I can safely say that it will be based on the principles of decentralising many of the powers of government of building up the status and authority of the Länder and of reducing to a minimum the list of those subjects — they will be mainly economic — which are excluded from the authority of the Länder administrations.

Meanwhile until the territorial and administrative reorganization of the Zone is complete and until elections are held in the new Länder there must be a period of some uncertainty as to the functions to be performed by the member of the Länder Governments, and by which the nominated representative councils such as you yourselves still are. But even in advance of these final decisions I will progressively and so far as I reasonably can transfer responsibility to German hands and entrust as large a measure of that responsibility as is practicable to the Ministerpräsidenten and Ministers in the Länder.

The authority of the Länder administrations cannot, however, be firmly based until it reposes upon elected representative assemblies to which they will be responsible.

In emphasising the political factors in the situation I am well aware that your minds are perhaps even more fixed upon the economic factors. Upon food, shelter, heating and the day to day necessities of life, upon the present economic situation of the British Zone and of Germany as a whole, and upon the prospects of future

amelioration. The present situation is far from bright nor is there any quick or easy solution. The way of recovery will be hard for the German people and will require qualities of courage, endurance and willing co-operation among themselves and with the occupying power. But I believe that the way is open and that by a concerted effort steady progress will be made towards an alleviation of the present hardships. Although there have been set-backs, a great work of reconstruction has already been accomplished. The German people owe this in no small measure to the efforts of the occupying forces themselves. In the fields of public order, communications, public utilities, health and education, chaos has given place to good order and reconstruction. But food is still short and coal is still short and until the scale of nutrition is adequate and the output of fuel greatly increased the reactivation of the German economy must continue to be delayed.

Thanks to the skill and labour of the farmers and to good weather, there has been a good harvest. This has lessened our immediate difficulties, it has been possible to raise the ration. But the ration cannot be maintained without import of food. The food situation in the world still continues to be stringent and the procurement of such imports for Germany will remain a matter of great difficulty. The burden of paying for these imports continues to fall in substantial measure upon the people of the United Kingdom. In order to limit that liability we must export all we can so that the proceeds may be set against the bill for imports. But there is one thing which we are not exporting from the British Zone and that is food. Stories that food is being exported to United Kingdom from the British Zone continue to be propagated and circulated. They are false. I repeat we are not exporting food from the British Zone, what is more the feeding of our forces of occupation and our control staffs is not a charge upon German food resources; We are not living off the country.

There is another story that is equally false. The story namely that coal produced in the British Zone is being transported to places outside the Zone. Some of it goes to other Zones of Germany and to Berlin. Some of it goes to countries outside Germany. Indeed the Proceeds of the sale of Ruhr coal to countries abroad is the largest single item in the German export account and the largest single German contribution to the purchase of the food that Germany needs. But I repeat coal from the British Zone that goes to Allied countries such as

France, Belgium, The Netherlands, Luxembourg and Norway is paid for the benefit of the German economy, it is not delivered as reparations.

Coal is the key of everything. It is of vital importance to increase production. We must have more coal for the rehabilitation of the German economy. More for export. At the present scale of production all must go short. Unless production can be increased, there can be no revival of economic activity in Germany, indeed there may even be further deterioration. My staff will do their part in trying to solve this crucial problem that faces us all. I have given urgent instructions for a concerted drive to be made by all those who can contribute to the better organisation and the better equipment of the coal mining industry. The coal miner bears a heavy burden. He carries the German people upon his shoulders and he deserves preferential treatment. We must all see that he gets it. A special responsibility in the matter of coal production lies upon you yourselves as the representatives of the Land Nordrhein-Westfalen.

On this note I will close my address to you. Under the leadership of your able and distinguished Minister-president, Dr. AMELUNXEN, and in association with the members of his administration you have an opportunity to work for the present good of the people of his wide region of western Germany and for the future building up of a peaceful and truly democratic Germany. Already in the economic sphere Germans in the British and U.S. Zones are working together to consolidate the two Zones into one economic unit. You will play your part in assisting this process which we regard as a step towards the reconstruction of Germany as an economic whole and towards the breaking down of zonal barriers. This is the end which we should still all work for.

I wish you every success in your labours and I call upon you now to assume the duties which rest upon the Landtag of Nordrhein-Westfalen. (Loud applause and clapping of hands.)

At the close of his address the audience rises from their seats and the Commander-in-Chief together with his suite leave the room.

The Final Movement of Brahms' First Symphony C-moll finishes the opening ceremony.

Then follows an interval of 30 minutes.

Part II

The second part of the meeting is opened by the Ministerpräsident who said:

I open the first meeting of the Landtag. As far as I could make out, the oldest member of the House is Mr. Peter ZIMMER, born 3 September 1868. Is there any member older than Mr. ZIMMER? No arm was raised. So I ask Mr. Peter ZIMMER to take over the chairmanship (Cheers).

Chairman by seniority ZIMMER (SPD.): Ladies and Gentlemen, I was very pleased a few days ago when my dear party friend, Landtag member Hermann RUNGE, informed me that I was to act as chairman by seniority of the Landtag North Rhine-Westphalia. It gives me particular pleasure that I should do so, in this historical hour.

Gentlemen, before going on to the business of this meeting I should like to extend a hearty welcome to the representative of the Military Government North Rhine-Westphalia, to the Ministerpräsident Dr. AMELUNXEN, to the Ministers and to the Provincial Council. I further bid the warmest of welcomes to the Workers' Councils who from the mines, the steel works, the workshops and the offices came to this city to take part in our deliberations. I am also very pleased to welcome our guests.

In this historical hour let us first commemorate our dead (all get up from their seats), men, women, and children who lost their lives, abroad or at home, in particular those who died during their fight against National Socialism, in the concentration camps, penitentiaries, and prisons. Our commemoration is also extended to all who died in the course of the war, irrespective of their origin and nationality. You have risen from your seats in their honour, I thank you. (All sit down again.)

We now proceed to the election of the First President. Please let me have your proposals.

Landtag member HENSSLER (SPD.): I ask for permission to speak.

Chairman by seniority ZIMMER (SPD.): Mr. HENSSLER is in possession of the house.

Landtag member HENSSLER (SPD.): My proposal for the post of the President of the Landtag is the Landtag member Ernst GNOSS, Düsseldorf.

Chairman by seniority ZIMMER (SPD.): You all heard the proposal. Is there anybody who wishes to make another proposal? No arm was raised. This is a matter on which we must divide. Will all members in favour of the motion that Landtag member Ernst GNOSS be chairman of the Landtag North Rhine-Westphalia, please get up from their seats. (All get up.) I thank you. Anybody against the motion? (Nobody gets up.) I place on record that there is unanimity. (Cheers.) Will Mr. GNOSS now please take my place. Before handing over my functions I should like to conclude with the following saying of the poet:

„Mit reinem Herzen, reinen Händen
gebührt der Dienst im Heiligtum.
Das Freiheitswerk sollst Du vollenden.
Dies, deutsches Volk, sei Dein Ruhm.“

Translation:

"With a pure heart and with clean hands
That is what the service in the fane expects from you
Thou art to achieve the work of liberty.
This, German people, be thy glory."
This finishes my official functions. (Loud applause.)

The new President of the Landtag is taking his seat on the platform where the Chairman by seniority tenders him his hearty congratulations.

Landtag-President GNOSS (SPD.): Ladies and Gentlemen, I extend my thanks to the members of the Landtag North Rhine-Westphalia for the confidence they have shown to me by electing me President of this House. We are now to proceed to the filling of the other posts of the Praesidium. Please let me have your proposals for the second and the third President of the Landtag.

Landtag member HENSSLER (SPD.): For the post of the second President I propose the Landtag member ARNOLD (Düsseldorf) and for the post of the third President the Landtag member SKRENTNY.

President: You heard the proposals. I may ask whether there are any objections. No arm was raised. Under these circumstances I think it will be not necessary to divide, and I may be allowed to declare the two gentlemen as elected. (Cheers.) We further have to elect two secretaries. Please let me have your proposals.

A member of the Zentrum party declares: For the post of one of the secretaries the Zentrum party proposes the Landtag member BIELEFELD.

Landtag member MIDDELHAUVE (FDP.): For the post of a secretary I propose the member of SPD., Bürgermeister ALTENHAIN (Häflinghausen).

President: You heard the proposals. Are there any other proposals? As no arm raised, I beg you to note, that here also the proposals were accepted unanimously. Will the newly elected members please take their seats here on the platform.

Ladies and Gentlemen, before proceeding to the various items of our agenda I should like to say a few words. This historical hour of the first meeting of the Landtag North Rhine-Westphalia takes place in a time not at all favourable for us. We just heard from the Ministerpräsident himself of the paramount importance the Land North Rhine-Westphalia has for Germany and the German population as a whole. I am not going to make any addition. I only want to say that we, all of us, will do our best to see that the strong and sound traditions of the past are followed by a sound presence with the final aim to ensure that the population, and not only the population of the Land North Rhine-Westphalia but also the German population as a whole, is led the way to a more favourable future.

Under the actual conditions the tasks which we have to fulfil as the representatives appointed by the population of the Land North Rhine-Westphalia will be restricted. But there is one fact I feel it my duty to mention in this House and at this hour:

The Land North Rhine-Westphalia owes its origin to the fact that under the actual conditions the Occupation Forces considered it expedient to give this territory the status of a Land and to face the population of the Land with an accomplished fact. At the back of this room you will see the coat of arms of the two Provinces North Rhine and Westphalia. The one shows the coat of arms not of North Rhine alone but of the Rhineland as a whole as it was in its original state, and in this historical hour I feel it my duty to emphasize, that we as Rhinelanders, and I trust our Westphalian colleagues will share our view, are looking forward to the time when also the other part of the Rhineland, i. e. the Southern Rhineland actually still separated and by an occupation boundary practically fenced off from our Land, is re-incorporated again, and when also the Saar territory, so closely related to this Land, forms part again, and is linked up with the interests of Rhineland and Westphalia. (Loud applause.)

In this hour we will moreover avow and profess, that in this Land North Rhine-Westphalia, also in its actual state, we are nothing but pioneers and pathmakers, and

that our Land is brick intended ultimately to be used for the construction of the German State in its entirety. (Loud applause.)

In the future, too, all phases of our life, public and economic, will be interdependent with those of the German people as a whole, and our fate will be and must be interlocked with theirs. (Cheers.)

Ladies and Gentlemen, The Commander-in-Chief of the British Occupation Army just called upon you now to assume the duties which rest upon the Landtag of North Rhine-Westphalia.

Ladies and Gentlemen, I think I speak for all of you when I stress the fact, that we are perfectly aware of the restrictions limiting not only our duties but also the responsibilities which we have taken over and which we shall have to take over in the future, because we are well in a position to clearly see these restrictions. (Cries: Excellent.)

In our political life during the past 1½ years we have willingly been trying and done our best to act along democratic lines. All we want and hope for is that after all we shall be given an opportunity of proving that in the political life we are well in a position to think and act as self-conscious men and women, always ready to master the fate not only of this Land but also that of Germany as a whole, with the final aim to become the founders of the fortune of our own country, economically and politically. (Loud applause.)

Ladies and Gentlemen! For the fulfilment of this task, and that will be my first official function in my capacity as President of the Landtag North Rhine-Westphalia, we shall have to ask Military Government to let us have their support. We, on our part, promise solemnly, that we are willing to do all in our power to promote the reconstruction of a better Germany on democratic lines governed by social justice and peace and the will for an understanding amongst all nations at all times. (Applause.) In this sense I should like to take over my duty of conducting the business in my capacity as the President of this Landtag. I ask you, Ladies and Gentlemen, to let me have your fullest support in the fulfilment of my task. (Loud applause.)

Ladies and Gentlemen, we are now proceeding to our agenda. May I ask the Ministerpräsident to follow on the rostrum for the statement of Government policy.

Ministerpräsident Dr. AMELUNXEN: Ladies and Gentlemen! On 18 July this year Military Government decided to unite the former Provinces of North Rhine and Westphalia into a new "Land" North Rhine-Westphalia, with Düsseldorf as the capital. On 24 July I was appointed Ministerpräsident of the "Land" and charged with the task of forming a political Cabinet. After protracted negotiations this object was achieved. That was a demographic necessity. In view of the terrible conditions under which our people has to live and the understandable interest shown by the outside world in the formation of the first Cabinet in the new "Land", it would have been unjustifiable if the formation of a political Cabinet had proved an impossibility. The outside world would have had a right to reproach us with political immaturity. At home discontent would have grown still more widespread.

The Cabinet took up its work on 30 August, and is composed as follows:

Internal Affairs	Dr. Walter Menzel
Finance	Franz Blücher
Economics	Dr. Erik Nölting
Traffic	Dr. Fritz Stricker
Food and Agriculture	Dr. Hermann Heukamp
Labour	August Halbfell
Public Health and Social Welfare	Heinz Renner
Education and Religious Affairs	Dr. Wilhelm Hamacher
Reconstruction	Hugo Paul
Justice	Eduard Kremer

Unfortunately the Minister of Education, Dr. HAMACHER, has fallen seriously ill. Therefore, with the consent of Military Government and for the time being, I have myself taken charge of the Ministry of Education on 26 September.

Half the Cabinet are Westphalians and half Rhinelanders. Thus, according to the Law of Parity, the danger of one-sided consideration of Rhenish or Westphalian interests is obviated. We, the members of the Cabinet coming from Westphalia, on our removal from the Aa to the Rhine, brought with us in our furniture-van two pictures from the Westphalian Oberpräsidium, which have now been hung up in the Conference Room in our Land Government building. One is a portrait of the old Reichsratherr vom Stein and the other a portrait of Johannes Gronowski. The former is designed to remind us always of the pioneer work performed by the first Oberpräsident of Westphalia in the field of Self-Administration. The latter, the portrait of the last Westphalian Oberpräsident prior to the recent years of the Nazi Terror is intended to keep daily before our eyes the fact that character and an upright nature are the finest qualities in every politician and official.

The summoning and composition of this nominated Landtag are based on a Military Government direction of 29 August 1946. It is made up of

- 100 members from the North Rhine area of the "Land" and the
- 100 members of the former Westphalian Provincial Council.

The Land Government played no part in the selection of the Rhenish members or in the distribution of the 100 seats among the various parties, since the negotiations took place before our assumption of office.

The political distribution of the Rhenish members is:

SPD.	36
CDU.	36
KPD.	14
Zentrum	8
FDP.	4
Independents	2
Total	100

The political distribution of the Westphalian members is:

SPD.	35
CDU.	30
KPD.	20
Zentrum	10
FDP.	5
Total	100

The overall political composition of the Landtag is therefore:

SPD.	71
CDU.	66
KPD.	34
Zentrum	18
FDP.	9
Independents	2
Total	200

In addition, according to a Military Government ruling, all the members of the Cabinet are members of the Landtag.

As Ministerpräsident of this new "Land" I undertook, in conjunction with the Land Ministries set up by me, the task of giving this region a constitutional form and a properly ordered uniform administration. Our new "Land" and our neighbouring "Länder" we regard as bricks intended ultimately to be used for the construction of the German State in its entirety. The future will decide on the division of functions as between the "Land" and the Reich. We do not believe that the time is yet ripe for a definitive Constitution. We will prepare a provisional basic law of simple structure for our "Land" and submit it to the Landtag for discussion.

The first task to which we have set our hands and which we will fulfil is the systematic build-up of the Land Government. A suitable administrative organization, based on administrative practice that has proved its worth, is being set up, which will achieve the highest possible measure of usefulness with the minimum number of officials. The Land Government will control, lead and rule with definite aims in view, but not administer. Administration will be carried out at lower levels. All

questions capable of being settled in the Gemeinden and Ämtern, the towns and the Kreisen, do not fall within the province of the Ministries.

The Land Government will concern itself with the reform of the administration in the "Land" itself. In doing so we will not go our own way without regard to others, but will keep constantly in touch with the other "Länder". In response to a requirement of Military Government, the Zonal Advisory Council in Hamburg produced a few days ago several memoranda on the territorial reorganization and administrative structure of the British Zone. Presumably the Control Commission will inform us of their views by the end of the year. On the basis of these terms of reference still to be discussed with Military Government, we will then, in conjunction with the Landtag, undertake to set up a clearly-defined administrative structure in our "Land". If only for reasons of expense we must revert from the present manifold nature of our Public Departments to a simple administrative structure which will be comprehensible to all our citizens. After the disappearance, for the time being, of a central Reich authority and the final break-up of Prussia, the functions hitherto performed by the Reich and Prussia devolved of necessity on the "Land", so that the formation of a strong "Land Government" has become the inevitable consequence of the historical inner-German development. It is therefore not a question of an attempt to inflate an expensive administrative apparatus by the creation of "Länder". In the administrative reorganization of our "Land" we will take into consideration those functions which are bound up with particular areas and traditions as well as the differences and peculiarities of the various regions now combined to form this "Land". We believe that, in reforming the administration in the interests of a clean administration and expert handling of the people's interests, it is necessary to adhere to the principle of a professional Civil Service and to take steps to secure future intakes of properly trained, democratically thinking Civil Servants.

In our negotiations with Military Government we will take the line that the object of administrative reform is the unity of the administration. The creation of innumerable independent authorities, first in the shape of a Central Zonal Authority, but then as an organized arrangement at "Land" level, increases the cost of administration enormously. Public spending must be related to the decreased purchasing power and capability of the people and the German economy. The creation of special authorities leads to a splitting up of the administration and to the flourishing of overstuffed public departments divorced from any form of political control. We want every form of public activity to be subjected to Parliamentary control, because we want the people to see what we are doing and how we are doing it. We want the people to take a lively interest by voicing their approval or criticism, as only in this way can we, sitting in our offices, keep in vital touch with the people and discover what measures are needed to help the "Land" and the people.

The re-incorporation of the independent authorities into the general "Land" Administration seems to us an imperative necessity to-day. That applies to authorities dealing with Trade and Industry, Labour, Traffic and Communications with the exception of the Postal Services and the railways, and it applies to Food Departments, to the Police, and to Justice. Responsibility for these spheres of activity can be borne by the Land Ministries in the long run only if the Land Government is accorded the necessary powers and if the special authorities are re-united with the general Administration.

As regards Finance the new "Land" is faced with tremendous tasks. In the past year we have again obtained a basis for the making of budgets, but this basis is not yet a solid one. An attempt was made to balance our budgets both by means of increasing the revenue and severely curtailing expenditure. The new taxes on incomes, however, weaken the will for work, paralyse production and undermine the moral obligation to pay taxes, so that it will scarcely be possible for the excessive taxation burden to be maintained. Even if taxation were

to remain at its present high level, it is doubtful whether the budgets can be balanced. If so, then only by curtailing expenditure, which is also not possible indefinitely. This applies principally to the treatment of pensions to war-victims, which Lord Beveridge also declared, during his recent visit to Germany, to be a mistake. Urgent work in the matter of reconstructing our devastated towns is at the moment comparatively restricted only because of the lack of necessary raw materials and other things necessary for the tackling of many projects. If repair-work and new building assume greater proportions, increased expenditure will necessarily result. Into this struggle to reestablish a firmly-based Budget there now enters the difficult task of merging the Budgets of North Rhine and Westphalia.

After careful consideration it does not appear possible to merge these two Budgets at the present moment, in the middle of the financial year, for the remainder of the current year. We will continue to work in accordance with separate Budgets, but without delay make all preparations so that at the beginning of the new financial year the merging of the two Budgets will be possible.

In order to be able to arrive at a balanced Budget again, it will be necessary to get the system of auditing functioning again everywhere. Only when the Finance Administration works hand in hand with the auditing departments can the large-scale financial problems be mastered. A Finance Administration with the necessary powers of inspection and survey of the whole field cannot do justice to the tasks it has to carry out. That has been demonstrated in recent months in the field of Local Government Finance, but it applies not only to Local Government Finance but to all branches of the administration.

All finance measures are overshadowed by the obscurity in the sphere of currency reform, which is bound to come, though the date, manner and method are as yet undecided. In any case a reform of the currency will produce the universally desired effect only if a number of pre-conditions exist, which will guarantee the reactivation of trade and industry. Without first securing these finance-technical, economic-political and socio-political preconditions it would be an irresponsible act to tackle the question of currency reform with all its serious consequences for the fate of the German people. As a principle we demand that the coming reform will result in a fair distribution of burdens, which will take material as well as monetary possessions into account and protect as far as possible the property and savings of the small man.

At the moment our people are not so much interested in money as in bread. For us, in the Land Government, too, the food problem is the most important of all. Day and night we are endeavouring to ensure under all circumstances the continued allocation of food, particularly for the industrial populations of the Rhineland and the Ruhr, whether it be a question of the delivery of potatoes for private storage or the direction of other food-transport. We will do all we can to supply the Rhenish industrial area on equal terms with the Westphalian. We are well aware that for months the provision of bread has not always come up to the people's just expectations. Immediate steps have been taken to change this unsatisfactory state of affairs as far as possible. Additional quantities of flour and corn have been directed to the Rhenish industrial area, and at this moment considerable quantities are in transit.

In the newspapers and over the wireless you have learned of the strict regulations directed against farms which are failing to make proper deliveries, of the installation of trustees and of forced leases, and in extreme cases of the removal of the owners from their farms. We are under an obligation to act in this way not only to our starving people but also to the efficient and conscientious farmers. From my own observations in Westphalia I declare in honour due to our farming population, that the great majority of farmers, together with their families and other workers have exerted all their strength to do their duty faithfully, not only under compulsion by the courts and the administrative depart-

ments, but in the consciousness of their responsibility to God and man.

In spite of the best will in the world on the part of the rural community and the most severe measures against inefficient or irresponsible farmers, the production of food here will continue to decline, if we do not succeed in making our agriculture pay and in improving the very basis of agricultural production. We require of the farmers that they deliver their produce at fixed prices, and by far the greatest part of our agricultural produce comes on to the market at these prices. Consequently the farmers have a right to things they need at equally fair prices and without having to make payment in kind.

Whatever we do to increase agricultural production, we will still be dependent on imports from neighbouring regions and from overseas.

Taken as a whole, the actual yield of our Land is not more than 50% of the pre-war yield. In regard to essential food-stuffs such as vegetable fats and meat, the percentage of the home-grown crops was even lower, and that in spite of all refinements and improvements of the cultivation. At the present moment, owing to the fact that the yield has gone down, the ratio is but slightly more favourable. Where-ever the figures look more favourable, we are living, not on the yields, but on the substance itself. That is true in particular of our meat supply. But having the choice between the two alternatives "mankind or livestock" we were forced to draw on our dairy cattle although we were quite aware of the fact that in the long run this interference might result in a serious shortage of milk and butter and, moreover, we do not yet know how this shortage can be bridged over.

It is obvious that also in the future we shall not be able to do without considerable imports, just as in the past we were unable to get over the difficulties without the assistance of Military Government imports. Without help from outside hunger would be still greater, and millions of German people would have died of starvation. This statement, though humiliating, corresponds exactly to the actual facts. After the experiences of the past year when, owing to the falling away of certain imports, we had to submit, all of a sudden, to unbearable cuts in our food rations, it is our aim to store up reserves, at least on a modest scale so as to enable us to spread the crops over the whole year. The imports should reach us, not in the very last minute when our home grown crops are running short, but in a continuous flow so that it can never happen again that the whole system of our bread supply is upset if a single freighter is overdue. The storing up of reserves would also help us to secure a sound basis for the increase of the food ration to 1550 calories which is scheduled to take place as from the 14th October. Starting from this basis we shall continue to do all in our power to reach, within a future not too remote, a further improvement of the food situation.

The coming agrarian reform must be designed to ensure an increase of the production and by no means it should result in a reduction of the production. You know, all of you, that at the Zonal Advisory Council at Hamburg a special Committee has been set up to deal with the problem of agrarian reform. The memoranda of the committee are actually used as the basis for the drafting of a bill which is being prepared by the Zentralamt for Food and Agriculture. It would therefore be premature to give any details. In our land, too, an agrarian reform is sure to come. Based on the principles of absolute fairness, it will be as stringent as necessary and as reasonable as possible.

In the economic sphere we shall do all in our power to reach the following four short-term aims:

- An increase of the coal production,
- an adequate supply of fertilizers,
- The revival of the export trade,
- A supply of essential consumer goods to the population.

In times of prosperity the daily production of the Ruhr district used to amount to more than 420,000 tons, but under the pressure of a series of unfavourable circumstances this figure has gone down to approx-

170,000 tons. On the other hand, the mobilisation of an adequate productive power is impossible unless there is a minimum of 300,000 tons. A further increase of the output would ensure the full employment of all man-power able to work and furthermore it would enable the lucrativeness, lost in a great number of undertakings, to be restored and, last not least, it would do away with the tendency of rising prices which generally follow whenever the industry is not working to its full production capacity.

It must be our aim, therefore, to see that all forces available are allowed to do their best, and to take all measures likely to ensure an increase of the coal production. An indispensable preliminary condition is a reasonable system of providing for the miners and their families. The work of the miners at the coal face is the hardest of all, and the efficiency of the miners is of primordial importance to the national welfare. Indeed, the miner must be considered as the most important man in our Land and treated as such. The wages of the miner must rank among the highest of all working people. An adequate supply of food must be ensured under all circumstances. The housing conditions must ensure that the miner is given a maximum of recreation and comfort after his arduous work.

It is understood, that wages alone are not an incentive unless the miner has an opportunity of buying an adequate amount of additional consumer goods at reasonable prices. With this aim in view we are actually preparing a point system by which an increased supply of consumer goods is granted for increased efficiency. The only way to overcome the shortage of miners, the number of whom we managed to increase by 10,000 since January, is to create an incentive for the recruitment of new forces in the said district. On the other hand, as far as our experience goes, the introduction of compulsory recruitment would not result in an economic gain. Moreover, we are opposed to compulsory measures, not only for social and ethical reasons but also on political grounds. We must not forget, and people who never lived amongst miners will not know at all, that as far as professional ethic is concerned, the miner's trade stands higher than any other trade. Moreover, we are considering of giving the miners an opportunity of acquiring a house of their own, perhaps in such a way that the miners are given a share in the extra output, and that this extra is credited to them in terms of coal output, with the proviso that as soon as a certain figure is reached the miners are given a modest house of their own.

No less important than the increase of the coal production is the procurement of an adequate amount of fertilizers to ensure an increase of our agricultural production. Even under the most careful cultivation and under the most favourable weather conditions an exhausted soil will not yield good crops. In many districts which formerly used to have a considerable yield, in particular of certain crops, the production is already nearing the danger line. This, to a high extent, is due to the lack of fertilizers. In the course of this year the allocation of Nitrogen and Phosphates was only 10%, and the allocation of Potassium only 30% of the normal requirements. Therefore, we shall pay special attention to the production of Nitrogen with a view to improve our agricultural soils.

A revival of the export trade is necessary because export is the only way to finance our imports of food and raw materials. Our export policy is to produce the very kind of goods the European market is short of and the European industry is unable to cope with. What we aim at, is to ensure a welcome completion of the foreign market and to avoid all undesirable competition. We take the view that our future export should be orientated towards the processing of those goods where wages are playing the predominant part and also towards the manufacture of specialities of high quality.

As to the supply of the most urgently needed consumer goods, refugees and bombed out people should be given first priority. Justified complaints have been made by the population, that for certain goods the number of coupons issued is absolutely out of proportion to the

large stocks available. Meanwhile our repeated efforts have been crowned with success. In regard to consumer goods having a long life, e. g. household goods, kitchen ranges and furniture, Military Government have given their approval to these goods being released for immediate distribution. In regard to goods having a short life, such as textile goods, boots, etc. we shall not be able to do without the storing up of certain reserves. We shall, however, use our influence to see that these reserves will not exceed the limits imposed by the actual distress. Moreover, we shall do all in our power to increase the production of the daily essentials. We are fully aware of the fact that an adequate supply to the population cannot be ensured, and an upward movement of the prices cannot be obviated unless the production is increased. All attempts aiming at an usurious rising of the prices will be opposed with the strongest measures.

If by the methods mentioned above we shall succeed in reaching a considerable increase of the coal production, a more generous supply of coal to the building industry will be possible. This, in turn, will mean a definite step forward towards the reconstruction of our Land. It is understood, that the problem of reconstruction, though primarily a question of man-power, is mainly dependent on an adequate supply of the necessary building materials. Up to this time the allocation of coal to the building material industry for reconstruction work in our Land amounted to approx. 75,000 tons per month. The total of materials used for housing purposes amounted to approx. 1/3 of the above figure. In regard to housing and all other reconstruction work in the Ruhr district, in the former fighting areas of the West, and in the devastated large cities, we are actually faced with almost insuperable difficulties. It is therefore our aim to reach a constructive scheme which will enable us to divert from the increased coal output a minimum of 150,000 tons for the production of building materials. Supposing that half of this quantity were used for housing purposes this would ensure the creation of approx. 35,000 dwellings per month. The predominant problems of reconstruction are: a systematic repair of dwellings and farm buildings, of schools and churches, of hospitals and undertakings devoted to food supply. Only these last days we succeeded in securing 80,000 sq metres of glass for the most urgent requirements of housing. In our opinion the clearing of the rubble in the cities should be carried out, more than hitherto, with the strictest regard to economy and in accordance with the new scheme. We hope that our negotiations with Military Government will result in a reform and an improvement of the procedure for the licensing of building works.

Welfare, in particular the approved welfare associations and social organisations, will have our fullest support. Public Health will do all in its power to combat and heal the diseases due to malnutrition and inadequate housing conditions. Large circles of the population in our devastated cities are living in conditions which are hardly worthy of human beings. Specific signs of malnutrition and deficiencies, famine edemas and tuberculosis are increasing. Health in general has deteriorated significantly and is nearing a catastrophe.

If there were no domestic coal ration next winter, there would be imminent danger of wide-spread epidemics. If in addition to the cold the population would have to suffer from want of food, we should have to be prepared for the worst. On the very day we took charge of our office we energetically tackled the problem of a domestic ration of coal. I had an opportunity of discussing our substantiated proposals with the Regional Commissioner of our Land, Mr. Asbury, who showed not only full understanding and interest but also declared his willingness to promote our proposals.

The extent of the domestic coal ration allocated for the next winter as a first step has been publicised meanwhile. Compared with the actual requirements the ration is absolutely inadequate but if you remember the conditions prevailing last winter, the allocation means a definite step forward which would not have been possible had not the miners declared their willingness to do some overtime work.

The care for the war victims and their survivors is also one of our greatest concerns. In our Land we have to estimate, that the total of the brain injured persons will amount to 10 000 and the total of the blind war victims will amount to 1000 persons. Owing to the reduction of the pensions and the cuts in a great number of special allowances in particular to blind and brain injured, the war victims are faced with a distress which has the result that an ever-growing number of individuals and families have to refer to the general welfare, and that the welfare associations are overburdened. We shall do our best to find a way to overcome this deplorable state of affairs. It is our aim, by retraining and procurement of labour, to see that these destitute people are becoming useful links of the normal industrial life again, and that they are given an opportunity of building up a new life. We take the view that the soldiers who were forced to participate in the Hitler war are no militarists at all. We further take the view that these men who, far from being responsible, are victims of the war and must be given every assistance. We feel it our duty to do all in our power to set up a general relief organization to help the victims of the war. Moreover, the Land Government will, within near future, with the co-ordinated assistance of the church and all political and social organizations make an appeal to the whole population of our Land for a collection on a large scale in favour of the victims of the war.

We shall untiringly use our influence to ensure an early return of all Prisoners of War. We were welcoming with great satisfaction the scheme already in force since yesterday by which the quota for the release of British prisoners of war has been raised from 6000 to 45 000. We also noted with great satisfaction the various concessions granted to the British PWs, in particular the increase of the food ration, the offering of premiums for extra work, and the increase of their canteen quota.

The assistance to the victims of Nazism will require special legislative measures. It is imperative that all injury done to another is made good by full rehabilitation.

We insist on our old demand that all men and women including their survivors, who by their sufferings in concentration camps and houses of correction have become unable to work, be entitled to a reasonable pension. We lay stress upon special medical care being extended to these poor victims. We therefore intend to set up a further number of sanatoria. Our aim is to ensure that all victims of Nazism and political oppression be given both, a sound basis of life and a guarantee for their economic well-being. We shall with all energy insist that the small number of Jews who managed to escape the torture-chambers and crematoria and who are now living in our company again are compensated for the so-called Jewish Levy, at least to a certain extent and for the time being. Moreover, our Jewish fellow-citizens must be compensated for the extra taxes they had to pay under the Nazi regime, for many years.

We are specially concerned with the refugees and expellees who after their flight from the Eastern areas, without any belongings, and faced with utter distress, have eventually found shelter in our Land. Their courage cannot be revived unless the whole population is willing to assist. A few days ago, when I was attending the conference of the Länder at Bremen I sent a wire which was also signed by the other chiefs of the Länder of the British Zone, asking the Control Commission at Berlin to stop all further inflow of expellees into the British Zone.

We are demanding the setting up, on a super-zonal level, of a Central Refugee Office with the task to spread the refugees over the zones, with especial consideration to a reasonable compensation and to the local facilities of the receiving areas. We do not at all share the view of certain Länder of Southern Germany which are now following the policy of rigorously expelling a great number of persons who formerly had been living in other parts of Germany. Expulsions of this kind from one German Land into another German Land are irreconcilable with the idea of a unitary German Reich. We therefore may be allowed to make an appeal to the well-known fraternal spirit of the South German Statesmen

imploping them to refrain from such unfriendly measures which, moreover, mean utter distress to the persons concerned. From the makeshift accommodation, some of absolutely inadequate quality, and from the temporary employment they must be transferred to permanent dwellings and given an opportunity of doing well-founded work in commerce, handicraft and trade with the final aim to secure a firm basis for a satisfactory life. As to the agricultural trades, the coming agrarian reform must allow for an occupation which guarantees an adequate subsistence, either by lease or by acquisition of soil.

Amongst the cultural tasks we shall have to tackle within the next future, the most important is the New Education. From the Kindergarten to the University our children must be brought up again in the spirit of occidental culture of the German pattern as formed by the Christian faith and, moreover, they must be trained for a co-operation within the family of the nations. To this end it will be necessary that the scientific and vocational training is deepened by a new education designed to form their character and to give them a social understanding on the lines of true democracy and with the final aim to reach human perfection. Being adherers of the principle that every boy, irrespective of the social position of his parents, is entitled to an education corresponding to his individual talents, we shall reconsider and reorganize the financing of the education. We shall use our influence to see that scientifically talented workmen are permitted to enroll in any college or university.

The new organization of the school matters initiated previous to the terror regime, and which aimed at a differentiated unitary school, must be continued with all logical consistency. In doing so, we shall have to strike a balance between the principles of the German educational unity on the one hand and the demands of cultural individuality of our Land on the other. Apart from the standard school, viz. the public elementary school, the private school, too, will be guaranteed its full individual rights, and at all levels. The elementary school, which is the fundamental basis of all education, will be promoted not only in regard to its general efficiency but also in regard to the scope of its curriculum. On the other hand, the ideological management of the elementary school must be governed by the principles of parents' rights and religious liberty. The organization of the secondary school will be a matter of careful reconsideration having due regard to the school organizations within the other zones. In accordance with the tradition of our land the "Humanistisches Gymnasium" will not only be restored to its former efficiency but also be entrusted with a number of additional subjects. Adult education, colleges and public libraries will have our close and sympathetic consideration. In all school matters we will prepare our plans very carefully and make our decisions in full confidence and in close co-operation with the Landtag. Apart from the above measures, the school must not be interfered with. All the confusion and the arbitrary experiments in the schools of all grades, and which during the past thirty years were a matter of constant worry not only to the teachers and pupils but also to the parents, must not be allowed to happen again.

I may be allowed to address a special word to the academic citizens of Aachen and Köln, of Münster and Bonn, the four universities of our land. At the beginning of the winter term I intend to address the whole body of students, and, indeed, I should like this to take place at the oldest of the German city universities, the alma mater of Köln, the rectorate of which, in the 16th century, was twice in the hands of men belonging to my father's ancestry.

The professors of the universities will not be required, as during the terror regime, to comply with certain demands disgraceful to science, and which at that time were complied with for the greater part. On the other hand we expect that the professors will not consider their freedom of instruction as an unpretending refuge of indifference and that they do not hide behind their scholastic like St. Hyronimus withdrawing into his casing. On the contrary, we expect that the professors will, within the framework of their subjects, do all in their

power to promote in our academical youth the qualities of cultivated and liberty loving citizens.

Under no circumstances shall we tolerate that at our colleges abuses will be allowed to spread again which unfortunately the Weimar Republic did not oppose with the necessary energy.

The education of our youth, decisive for the future of our land, should be governed by truth and justice. After the frightful devastation of the cultural values in the Rhenish-Westphalian area we solemnly declare, in the midst of all the debris and ruins, that we are willing to proceed with the onerous task of reconstructing our civilisation of many centuries. After the stupefying education we make an appeal to our artists, scholars and explorers to help us in paving the way to a new liberation of the spiritual, mental, and professional life. Exact scientific work should govern our spiritual life. Art should contribute to the ennoblement of our mental life. All forces who by their idealistic outlook are predestined to strengthen the sense of morality and social understanding should be called to co-operate.

Our appeal is also directed to the men of the press, who already now have been given a greater measure of freedom than they ever had under the Nazi regime and who in times of excitement and ideological divergences or of political disputes and quarrels, by the objectivity and the charm of their language should see that all public life is governed by the motto "fortiter in re, suaviter in modo".

The department for religious affairs of our land government has to deal with the same tasks which, previous to the Nazi regime, were the responsibility of the ministries of education of the Länder of that time. The churches we regard as sources of energy indispensable for the setting up of our democratic community life. In accordance with the existing contracts and agreements we shall grant to the churches all assistance in our power. We on our part may be allowed to ask the churches for a favour. On the occasion of one of the recent ecclesiastical meetings I suggested that the church should combat the gaining ground to all nationalistic movement which, even the smallest beginnings, may result in more dreadful sufferings. I further suggested that, on the contrary, the church should make it clear that the reaching of the European unity by peaceful means is the only way likely to save our people and the culture of the Occident. To my great satisfaction my suggestions are meeting with the definite approval of all competent circles of the church. This may be gathered from the many letters I received. We know that some time ago the pontiff of the catholic church uttered his principal and unmistakable disapproval of any war, no matter of what kind, of nationalistic movements and of all feelings of resentment. The protestant Landesbischof Dr. Wurm in Stuttgart let me know, that he heard of my appeal when attending the Provinzial Synode of the Protestant Church at Bethel near Bielefeld, and that my appeal is having his heartfelt approval. He authorized me to broadcast his approval and he added, that it is now for us to teach our boys that all virtues of virility can be realised much better in the civil sphere than in uniform, and that all movements governed by resentment and unchristianlike retaliation must definitely be ruled out. He further emphasized that the final political aim should be to reach a united Europe enabling all nations to form their individual life in accordance with the traditions of their forefathers and to the demographic peculiarities.

It is our aim to win our fellow-citizens for the democratic idea, to convince them of the necessity of democracy, and to make them enthusiastic adherers of democracy. This is also true of the honest folk who are holding the view that already now we have talked too much about democracy. There is no need of talking about a non-democratic regime. What a non-democratic regime is, and what it is liable to result in, is known only too well to all who have for themselves gone through the frightful experiences of the last years of terror. Democracy, it seems to us, is an absolute guarantee that the happenings of the past will never occur again, and for the very reason that democracy

is not in contradiction with the natural rights of mankind. Enlightenment will be necessary, not only as to what happened in the past and to what is happening at the present time but also as to what should happen in the future. We shall have to see, that the falsified picture of history as outlined by a man like Treitschke and which for the last century was propagated in all our schools and universities is corrected to conform with the historical truth. It is an imperative necessity that the ideologies of Nazism and Militarism still overshadowing the subconsciousness of many of our contemporaries are definitely ruled out. Therefore, we shall arrange for the Land Government to be completed by a department for political enlightenment which has already proved its worth in the Westphalian area, and which is to be responsible for the political enlightenment of the citizens, and indeed independent of any political influence of the parties. We in Germany will have to make ourselves familiar with the idea that apart from the indispensable politics of the parties, which no civilized nation is able to forgo, there are state politics and demographic politics. The department for political enlightenment will be assisted by an advisory council the members of which will include representatives of all political parties.

We shall have to win the confidence of the outside world again. But we shall not be successful, unless the general feeling of our people and their life as a whole is governed by the spirit of democracy, unless the esteem for personal freedom and dignity for the rules of tolerance in regard to religious and political conviction have come into existence again.

Our democracy will not be lasting unless it is supported by the enthusiastic "Yes" of our youth. From the older generation who professed their democratic preference only in the later part of their life or at an advanced age, we do not expect a great enthusiasm, political and social, enthusiasm which indeed is an indispensable pre-condition for the setting up of a democratic state. It will be our first concern to see that our young people are given every freedom to make their choice in regard to work, profession and career. It must never happen again that a boy who has a definite dislike to a certain profession is forced to follow this profession. These are the methods of a state ruled by the police and not the methods of a democratic state. Methods of this kind brought us plenty of sufferings under the Nazi regime. We heard with great satisfaction that following a resolution unanimously adopted by the Zonal Advisory Council at Hamburg a definite step forward was reached in regard to the rehabilitation of the young generation which is now finding itself deceived and deeply disappointed seeing that in the minor age it was forced into the claws of Nazism without being able to foresee its diabolic nature.

In these times of need where we lost all our property and became poor people, almost all of us, we will discharge our duties in the spirit of true socialism and for the coming unitary Germany in which, here on the Rhine and Ruhr, we have to fulfil a high political and cultural mission. In doing so we shall be supported by the unbroken energy emanating from the Christian faith which is firmly rooted in the rich spiritual heritage of our Land, indeed the stronghold of German history.

President: Ladies and Gentlemen! After Herr Minister-president Dr. Amelunxen has terminated his Statement on Government policy now, the representatives of the various parties shall rise to order to give their comments. May I ask now, who wants to take the floor?

The member GÖRLINGER (SPD.) rises to order and goes to the platform.

Dep. GÖRLINGER (SPD.): Ladies and Gentlemen! I do not believe it possible to comment on the Statement on Government Policy of Dr. Amelunxen already now. According to parliamentary custom the Landtag should have been adjourned after the reading of the Government Declaration. Time should be given to the factions to define their attitude-the latter then being in a position to state their views by comment and discussion in a more thorough manner. I believe, however, that it shall

be necessary to descend again into the drabness of every day life after the ceremonial opening of the Landtag has enhanced us by the tunes of the Coriolan Overture. We expect from the government and the Landtag that the committees to be formed give us as quickly as possible the opportunity to do practical work here and to deal with all the questions which concern the population of this Land of 12 millions and to employ all our efforts towards the alleviation of the present day plight. Germany threatens to be submerged in a terrible catastrophe. We must clearly see that it is the Nazi-rule that is responsible for that all, the regime that by its brutality towards its own people and Europe has brought on us the hate of the whole world.

Yesterday we heard the Nuremberg Verdict. I feel it to be my duty to express right here, that the German people will not understand the verdict in its totality (affirmative acclamation.) If a man like Herr von Papen is acquitted by this court, that may give plain sailing to all those circles that helped the Nazi-system into the saddle and may encourage them to start the same venture again (Acclamation!). I am convinced that if a German Tribunal would have had to pass judgment there, Herr von Papen would have been convicted as one of the most guilty (Cries of very right! Applause).

Ladies and Gentlemen! The total war has ended with the total decline and the occupation of Germany by the victorious powers. The separation of the Reich into 4 zones, the provisional surrender of the territories east of the Oder and Neisse rivers, the destruction of our cities and villages, our fields and forests and our traffic facilities have found their peak in our own native provinces. The already anomalous density of our population growing out of the industrial character of our land continues to be made still more unbearable by the influx of the millions of refugees from the East, the masses of our people in the Rhineland and Westphalia are a prey to hunger and misery. They fall victim to tuberculosis, hunger oedema and venereal diseases. In a steadily increasing number and typhoid fever again and again raises its ugly head in many places of our land. The shrinking process of our economy continues. Shortage of coal, of raw materials, of iron, steel and timber hinder the rebirth of our economy.

Just now, the Herr Ministerpresident has pointed out, that when we have to acknowledge the fact, that a large part of our industrial potential is destroyed—the "Economist" in his last edition states that 1/3 of the German industrial potential has been destroyed just now we learn that on top of all still more industrial enterprises are to be closed, a situation which we can support by no means.

I believe that in full consciousness of our responsibility we are obligated to tell the world clearly in this first session of the Landtag that Germany must have no less but more industry in order to be able to live! (Right!)

We are compelled to export goods in order to buy the foodstuffs and raw materials we need. We do not want to be a people of beggars, we want to get what we need from our own work. But just for that reason I believe that the whole house will agree with me, if we state that, if the 11 million tons of steel, which even the British proposal has granted to us, are to be produced, no German industrial enterprise, above all no such work in Rhineland-Westphalia must be closed down or dismantled. (Approval!) We also have to state that instead of the senseless destruction of the former armaments industry, which without any difficulties could be reconditioned as a peace-industry, this industry should be employed to put us finally in a position to produce what our people so badly needs. We have before us really gigantic tasks. The rebuilding of the destroyed cities, the villages the industries and workshops forces us to do all in our power to use the remainder of our industrial capacity for making our economy running again. Our bombed out people, our refugees have a crying need for articles of daily use, which, as Ministerpresident Dr. Amelunxen himself has stated, are there in stores. He has made clear to us that we can entertain the hope that in a very short time these articles of daily use will finally be given to those who today are in

possession of nothing, absolutely nothing at all. We hope and believe that the government is in a position to overcome the objections still raised here and there in order to execute as fast as possible the plan of giving out these articles to the masses of needy people.

As to the question of domestic fuel declarations have been made of which we hope that they will lead to a satisfactory solution of this important and burning question.

Ladies and Gentlemen! One of the major problems is the solution of the currency question. This currency question is so urgent and so compelling and can only be solved in connection with the regulation of the debt problem, the regulation of the question of the war-damages and with an equal distribution of the burden we all have to carry, which, as the Ministerpresident already brought out, will be borne by the material values just as well as by the sufferers from war-damages in general.

The rising significance of the black market throws our whole economy into disorder. The worker, who today in his workshop, in his factory, in agriculture creates the only new values cannot stand it any longer to see that a certain group of men exploit the plight of the people in such a shameless manner. If we must see that the price- and wage-stop system by the stoppage of all price- and wage fluctuations since 10 years has come into a what can be called "crazy" disorder, we must demand that this question also must find its urgent solution along with the currency regulation. The question is, as had already been ascertained with the miners, so extremely urgent that the regulation needs to be forthcoming immediately. The same applies to the question of building workers wages.

How much this price-system has been thrown into disorder can be most effectively demonstrated by the fact that we must pay a monthly subsidy of 60 million marks with coal. To such an extent production costs top the market prices. Wages have gone down by reason of the abolition of war-industries and piece-work. Living costs above all on the food sector have risen, working hours have come down on account of the shrinking process of economy. More than half of the workmen have a monthly income of less than 100,— RM a month and are not in a position to buy the rations which they yet have a right to buy.

Together with the Ministerpresident we demand that the miners be elevated to the first place of the wages-schedule, and not remain in the eighth place where they are to-day. We are also of his opinion that the miners must especially be considered in regard to the supply with food and articles of daily use as well as in the allotment of housing accommodation. In total we may be allowed to say that in consideration of the general situation which we have to face today and in recognition of the total collapse the consequences thereof must be taken into account. In our opinion these are as follows:

As concerns the industries of essential basic materials the energy economy, the traffic enterprises and the insurance companies the reconstruction must not take place along the lines of a private capitalistic economy but must develop in the form of a reconstruction of a public economy in the most manifold form. (Approval!) Labour does not want to work for either the German private capitalism or the international finance capital. (Vivid approval!) It justly demands the right of participation, the democracy in economy. We must finally come to the point where the labour unions must participate in the reconstruction of economy in such a way as they have a right to demand it as the representatives of creative work.

To do away with misery can only be achieved aside from the demanded equal distribution of the burden by a new distribution of the people's income. This new distribution of the people's income is necessary for the reason that otherwise the social pensioners and war-injured cannot be justly satisfied. The social pensioners have a legal right to an adequate pension, justly merited by their life's sacrifice to their profession. The war-injured are not — as the Ministerpresident already stated — considered by us as militarists but as victims

of Nazism, who have a right to legal support and adequate care. (Vivid approval.) The victims of Nazism have a right for compensation, which also must get a legal form as fast as possible.

The tasks thus having become our charge can only be solved if everyone capable to work in Germany recognizes the obligation to do his utmost. It will be the task of our youth to work not for war but for the peace and to see in democracy, administration and economy the form that allows the development of the personality and simultaneously obliges to display one's utmost efforts. That is why we think the cultural institutions and educational tasks to be of extraordinary importance. It shall be the task of our committee to see to it that the talented of our people shall find their way up regardless of their financial situation. We have become much too poor to allow the creative forces that still are dormant within our people to go waste but shall do everything possible to give them fullest chance for development.

We are right in the midst of an electoral campaign. The reconstruction of political life has begun. It shall not be terminated as long as over 8 millions of prisoners of war have not returned to their homes. We cannot build up our economy without these prisoners of war who today are engaged in working for reparations in the victorious countries. It will not be possible to get our economy going with old people and women and with war-injured. We cannot do without these people (the P. o. W's) who are in the prime of their strength. I am of the opinion that no currency regulation is possible without the German war-prisoners being put back again into German economic life. They must help us, aided by their experiences gained in the war itself and in their captivity to form Germany into a new land of democracy, socialism and peace. (Lively applause!)

President: The next one who has permission to speak is Herr Dr. Adenauer.

Member ADENAUER: Ladies and Gentlemen! On behalf of the faction of the Christian Democratic Union I have to make the following declaration:

We wish to attach importance in the first place to the fact, that the government is independent from the vote of this nominated Landtag. We furthermore wish to point out that the parties in this Landtag are not represented according to their strength within the population. (Objections, approval and laughter.) We hope that after the election has taken place the constitution of this Landtag will be corrected. (Acclamation: So do we! Applause from the right.)

We have taken note of the statements of the Herr Ministerpräsident. We shall not obstruct any constructive work. (Interjection: very friendly!) But we shall very closely control all actions of the government. (Acclaim from the right.)

President: The next one the speak is Herr Reimann for the Communist Party.

Member REIMANN (KPD): Ladies and Gentlemen! Herr Dr. Adenauer! Your declaration was rather a short one for such a long faction. (Cheers.) If you have nothing more to say to the people on Rhine and Ruhr it is very regrettable. (Wild and drawn out applause.) Call from the right: That will be done out of doors. Reimann (continuing): We know how that is being done outdoors by the CDU. We know already the SA-methods of the CDU. We know that already. We shall also answer to the CDU, in the open country as it is necessary. (Vivid applause and objections.)

Ladies and Gentlemen! There is surely a lot to say to the statement on Government Policy of Herr Ministerpräsident Amelunxen and we are of the opinion that future Landtag sessions have to provide the forum where we shall give our detailed comments to this Government Declaration.

First I want to give voice to my regret that in Nuremberg a trial has been conducted of which the German anti-fascist population had expected something else. (Acclamation: very right.) I believe if one acquits a man like Dr. Schacht international questions have played

a very important part thereby. (Call: Very good!) We also do not understand that a Baldur v. Schirach has only been sentenced to 20 years of imprisonment, a man, whose responsibility was the education of the German Youth to militarism and who is also responsible for the youth having been forced into the SS, for the shooting of people in the concentration camps and for their vandalism displayed in all other countries. We cannot understand such a punishment. (Applause!) I propose our adopting some kind of a protest resolution in which we express our surprise as to such a verdict. (Call: Do not forget Papen!) We do not forget him either. We declare once more as the communist Landtag faction:

We do not agree with the formation of the Land North Rhine-Westphalia, ordered by British Military Government, because this is a great danger for German unity. The special development in Western Germany as well as external political reasons have only strengthened this our attitude. (Call: And the East?)

The enemies of German unity and the new democratic order have gained a foothold here in the West. It is from here that they try to sabotage a real democratic development in Germany. (Laughter!) We believe it to be necessary to oppose in the Landtag as well as in the government these plans hostile to the people. It shall be our endeavour to hinder in this parliament and its organs the forming of resolutions that are against the interests of the working masses in city and land. The major burden of the criminal Hitler-war have to be carried by those who are responsible for this catastrophe. (Approval)

It is true that in the Government Declaration the will for a unified Germany has been expressed but the government has not made known what they are going to do in order to bring about a strengthening of the cooperation with the German representatives of other zones. It would have been the duty of the government to declare itself to be unreservedly in favour of the political and economical unity of Germany. Only a distinct definition of the difference between federalism and separatism can do away with the prevailing distrust of the public.

We communists are for the unified German republic with a Reich government and a decentralised administration. The Gemeinde- and City Councils shall be sovereign in their spheres of activity. There must not be any intermediate administrative authority between the government of the land, the Kreistage and the Gemeinde- and City-representatives which makes for obstructions between these self-administrative organs. (Applause!)

The Great Allied Powers should at once permit the German people to create a democratic government for Germany as a whole. (Call: very good!) The formation of a German government, however, cannot be in accordance with the pattern the South German Ministerpräsidenten have in mind. Not a National Council (Nationalrat), consisting of the Ministerpräsidenten and a few officials, but the political parties alone are at the present situation fitted to form a German government. (Approval!)

We do not want an autocratic form of state but a democratic one in which those guilty of Fascism and of the war are not allowed to have any influence. (Very right!)

The Government Declaration omits several essential assumptions for a real democratic upbuilding of Germany. It is true that the necessity for a land reform has been stressed but an exact formulation of the Government's view in this important question was not given.

We must always keep sight of the fact when rebuilding the new state and the new economy that it had been the men of the trusts, concerns and the banks who had helped Hitler to come to power. We observe and state that 15 months after the crushing of fascism by the Allies the masters of the concerns in our territory have regrouped themselves and occupy already the most important key positions in the organs created by British Military Government. There exists again the well-known group "Nordwest" so much hated by the workers. The Labour Unions on the other hand have not yet gone beyond their formative stage. The setting up of a demo-

cratic order in Germany, however, makes the right for participation of the working population in all spheres necessary. That cannot be done in such a way that union representatives will be taken into the newly formed concern-managing boards. This would mean a restoration of the concerns. (Call: Very good!) The major enterprises that have been seized by British Military Government, the mining industry as well as the enterprises of the other war criminals must now be taken over by the people. (Very good!)

We ask: What sense shall there be to it that the plants of the concerns have been seized while at the same time the concern-masters have handed together again to new owner-unions? The right to co-direct business-policies of the Workers-councils and labour unions in the economy-organs newly to be built was likewise not expressed in the Government Declaration. It is the duty of the Landesregierung to clearly define their attitude just in this point.

The relations of the Land government to British Military Government and vice versa have also not been given sufficient clearing up. The Herr Ministerpräsident has not informed the Landtag what powers and rights the government possesses for the safeguarding of the interests of the population. A Government that cannot employ all possibilities for the execution of the measures resolved by the Landtag can as a matter of fact also not take over the full responsibility. British Military Government should give to the democratic powers full freedom of action in all spheres of our life. All special administrations the necessity for their functioning being recognized by us, should be put under democratic control. The present conditions are not fitted to reeducate the German people, to show them the difference between a democracy and an authoritative state. As long as these questions have not been cleared up between Military Government and German administrations, the enemies of democracy will get opportunities to slander democratic institutions anew. (Right!)

The politics of the Communist Party is set along the line of the representation of the working people. Our most dignified task shall first of all be to work for a betterment of the nutrition of the working population. Wages of workers in the factories must be raised. Everything possible must be done to stop factory shutdowns. Domestic fuel supplies for the coming winter must be secured. This, in turn, demands an amelioration of the living conditions of the miners. We shall know how to plead for the demands of the miners until they are fulfilled.

We shall assist the government in its endeavour to help the expellees, to re-introduce into civilian life the returning war-prisoners, to secure the pensions for the war-injured of both world-wars and the victims of labour-accidents, the invalids, and orphans. To the victims of fascism adequate compensation on a legal basis is to be guaranteed.

The shortage of dwelling space is to be met with the building of new dwellings and the just distribution of the existing dwelling space.

By bringing to life again the industry producing articles for every day use, all parts of the population have to be supplied with household goods, textiles, footwear etc. The goods of this kind stored up in stock-reserves should at once be given out to the population by the government.

We have a clear conception about the fact that the building up of a true democratic order in a unified peaceful Germany is possible only if the power of the large land-owners and concern-masters, which has again gained in strength, will be broken. Only by the free development of all progressive democratic forces the rights of the working people, the unity of Germany and the peace, can be secured.

Ladies and gentlemen, may I please now put before you the following priority motion:

"The Communist Landtag faction hereby moves to call immediately after the Kreis elections a Landtag session with the following agenda:

Item No. 1: The food situation of the population in the Land North Rhine-Westphalia.

Item No. 2a: Procurement of domestic fuel,
b: clothing and shoes,
c: civil household utensils.

Item No. 3: Social Relief Work for war- and labour victims and physically disabled persons.

Ad item 2: Procurement of domestic fuel: Under this item we would treat the whole question of coal production and all actions to be taken for the increase of same.

May I ask the Landtag for consent that the first session to be held after the Kreistag elections will be given the a/m agenda. (Applause from the left.)

President: May I now give the floor to Dr. Reismann (Zentrum).

Dr. REISMANN (Zentrum): Ladies and gentlemen, we are, of course, not in a position to give our definitive views today with regard to the detailed Statement on Government Policy. I would only briefly comment upon the governmental declaration given just now by the Ministerpräsident.

For the first time in the German history the kindred-races of the Rhineland and Westphalia have been politically united in one state which, according to its very structure in economic as well as in social respect, has been destined to be Germany's heart. (Shouts, tumult.)

President: Pay attention, please.

Herr REISMANN (continuing): Unfortunately, part of the territory is still being separated from us by the zonal frontiers. This area, however, will in any case have to be re-annexed in the near future, and any estrangement of same from the whole will by all means be prevented.

The Parliament of the Land North Rhine-Westphalia is meeting here at the banks of Germany's most fateful river, which is not only of national importance, but of international importance, too. This river means a bridge to the world and means communication with the Western European peoples and the Western world at all. Besides, our Land is the source of liberal convictions and of the will to real and genius democratic life among the people of this country. Such convictions were strongly expressed by the marked personalities as were mentioned just now, as e. g. Freiherr vom Stein or Görres who are excelling in this respect in the history of the Rhineland.

Our ancestors used to live in good neighbourhood with one another and to deal fraternally with their common sorrows and grievances. Now, in the most dreadful period of distress our people has ever seen, the common bearing of distress is not only our fate, but even our people's task, which it will either master or fail. For this reason, the Zentrum appreciates the Ministerpräsident's declaration, according to which measures will be taken to remedy the war victims' troubles and to overbridge the present unbearable conditions by means of a grand relief work to begin with, regarding the care of war and Nazi victims. We particularly point to the necessity already expressed by the Ministerpräsident that by no means the impression may arise as if the above relief operation is all that is to be done. In addition to this operation, the legal foundation and the securing of the justified claims of the war- and Nazi victims as well as of the social pensioners is absolutely necessary. In conformity with its grand social tradition, the Zentrum is gladly prepared to assist in all measures to be taken in this field to mitigate the troubles of the widows, orphans, and war disabled persons, whom National Socialism has left in the greatest misery.

Most closely connected with the above problems are the troubles about our expellee fellow-countrymen from the East. The Zentrum faction is of opinion that the arbitrarily fixed eastern frontiers cannot be accepted by us as definitive. Moreover, we do think that the whole German people shares this opinion expressed by us.

We are now facing the immense task of assisting with all our powers and means the expellees. They must not only be accommodated in quarters worthy of human beings, but they must also be given the chance of establishing another sound existence for themselves.

The so-called refugee problem is regarded by the Zentrum as a first-class national task and cultural problem, and not solely a material task. Besides, the Zentrum is well aware of the fact that the solution of same is of a fateful meaning for the inner and outer development of our people. We also do know that, owing to this fate, the people and the state are facing such thorough social measures as have not yet been known at all. We want that in connection with this task the equal distribution of burdens will be made in a sense which fully meets the principles of justice and, in particular, the principles of a Christian and social attitude.

It is in full accordance with our opinion and, therefore, thoroughly appreciated by us that the theme of discharging the war damages was broached in the governmental declaration. It is emphatically desired by the Zentrum that also this problem will be dealt with and solved in accordance with the principles of justice, and that the question of war damages will not be left a matter of chance.

Therefore, we regard it unjust that still today the war disabled have to pay communal taxes for the destroyed values, and that the costs for reconstruction are charged with high income taxes, what was characterized as unbearable for a longer period by the Minister-president. A preliminary condition for the solution of all these social and economic questions, however, is the restoration of Germany's economic and political unity. Centralism and unitarism are emphatically refused by the Zentrum, just so as separatism. We aim at a federative Germany with special regard to racial traditions and economic necessities. We want an administration reform which ensures the strengthening of self administration at all levels. Prussian centralism may by no means be replaced by any other sort of centralism. But the administration should always be conscious that it is not forming its own object, but constitutes a medium of the state in the population's interest and that, first of all, the administration should abstain from the principle of governing and turn to the principle of serving and stick to it. Consequently, we want to legalise the separation of the executive powers from the legislative powers, because this would, in our opinion, ensure a real democratization of the administration. We consent to the Minister-president's demand for incorporating all special authorities into the general administration, and that because otherwise a democratic control of the authorities could not be made and ensured.

We most emphatically consent to the cabinet's refusal to the obligation to work, and that not only for practical reasons, but for fundamental considerations, too. But, moreover, labour policy should aim at fully restoring by the quickest possible means the freedom of movement to all manpower, because only then the natural right of freedom and man's fundamental right of self-determination will be ensured. As for the rest, limited freedom of movement for the worker suppresses social rise and hampers free development of the personality. We were glad to hear of the Government's endeavours to have food production and import increased and to have the control and distribution of foodstuffs improved.

As regards cultural policy! In our Land, culture, church, and people have always been most closely connected with each other, and during our thousand years old history this connection has proved to be full of blessing. The policies of bourgeois liberalism and of Nazism have definitively failed. The spirit of Christianity can only penetrate our people, if the Churches can freely develop their influence and if the denominational school is established, in accordance with the parents' natural right of manifesting their will. So it will be ensured that the children are educated by teachers belonging to the same confession. As to the secondary schools we were glad to hear that the cultivation of the humanistic spirit among the youth is to be sponsored and that, furthermore, a youth is to be educated which is realistic and open to the world.

We also are satisfied that, with regard to the universities, there were stressed the restored freedom of teaching and, consequently, the freedom of learning from which

we expect reactivation of research and rehabilitation of our prestige in the world.

As regards the furtherance of industrial production we welcome and sponsor the endeavours of the Government.

The key for economy is the coal production. If the miners' food rations would be improved the result would probably be an increased coal output. Therefore, we support the endeavours of the Government aiming at assisting the miners in getting a home of their own. A few days ago, we were dismayed to hear that the close-down and the percentage dismantling of the industry — and that not only of the steel industry, but also, to a larger extent, of the cement — and lime industry — had become an imminent and threatening danger. We ask the Landesregierung to do all in their power to delay such dismantling as long as possible, i. e. until our people will be in a position to have reerected its economy and to be independent, if it should not be possible to avoid dismantling at all. We ask to draw again the attention of the Occupation Forces to the fact that the restricted territory of Rhineland/Westphalia is absolutely overcrowded, and that the people pressed together cannot live when the industry is not in operation.

In due recognition of the fact that export trade and the cultivation of our relations to abroad, in particular to our neighbours and to the victorious powers, are of vital importance for our future national life, we ask the Government to pay particular regard to this point, so that we will soon be able to unite the German Länder under a Central Government. Only then the formal state of war still existing can be finished and peace can be concluded.

Giving Herr Amelunxen's Government our best wishes, we call to them "Good luck!"

President: Herr Middelhaue is now taking the floor for the Free Democratic Party.

Herr MIDDELHAUVE (FDP.): Ladies and gentlemen, already a few months after the collapse of the Wilhelmenian Germany the Weimar National Assembly could deal with the constitution of the Republic in 1919. The clever Hugo Preuß submitted an excellent draft constitution, which omitted the Länder and which clearly and decidedly confessed to the unity of the Reich. Unfortunately, the National Assembly was unable to consent to this draft.

The missing of historical opportunities can rarely or never be repaired and made good. The second and more dreadful collapse of our Fatherland has prevented us, who are not free politically and who have not yet the possibility and liberty of shaping our own national life from doing away with the Länder and to achieve the undivided Reich. On the contrary, we are compelled to create new Länder in addition to those already existing. But we regard the Land North Rhine/Westphalia pledged to us, only as a building stone towards the higher order of the Reich, a stage towards the higher aim we are striving for. We will regard our Land as home — country which we love and want to form. But our Fatherland is greater, it is Germany. (Loud cheers.)

I confidently hope that all parties of the hon. House will unanimously share the opinion that our Landtag must be spared constitutional combats, such unpleasant combats as were fought in a South German Land though the result was satisfactory. The constitution of our Land shall and must only be a confession to the Reich. Our Land must not aim at particularism. On the contrary, our Land is to work in a clear and responsible way at two essential tasks, viz.: (1) setting up her administration in a democratic sense from the lowest to the highest level with a view to achieving self-administration to a large extent; (2) solving the common problems and grievances in close co-operation with the other Länder and Provinces, and striving for stronger concentration and solidarity surpassing all zonal boundaries and selfish interests until the final aim, the Reich, is achieved.

May I stress — although this has already been done, for it cannot be said too often and too urgently — that we deeply regret the unfortunate separation of the southern Rhineland from our Land and the incorporation

of that part into another zone though it appertains organically to us, just as it is the case with the secession of the southern parts of Württemberg and Baden from their original Lands. We hope and insist that the zonal boundaries, set up unnaturally, will be abolished and that the southern Rhineland will be incorporated into our Land thus creating Rhineland/Westphalia. Would this word not sound more appropriate and beautiful for our native country already now?

On this occasion I should like to speak briefly about the problems dealt with in the statement on Government policy.

In our time of distress, the reconstruction of our area is, as a matter of course, the order of the day. We appreciate the Ministerpräsident as an experienced administrative officer and a resolute personage who guarantees that his intentions will duly be carried through.

The tightening and simplification of the administration is dependent on two conditions, viz.:

The strengthening of self-administration, the democratic co-operation and control of which must not be missing with any authorities and which, therefore, will also have to be introduced into the special administrations which, unfortunately, still exist. Moreover, the incorporation of these special administrations into the general administrative system. These special administrations exist to-day autocratically and entirely uncontrollably and uninfluenced by democratic actions beside the general administration and consequently, also, beside the Government of the Land. Furthermore, the serious and detrimental failing particularly of one of these special administrations has led to a critical aggravation of our food situation which has not improved during the last weeks, but has become more confused. (Consent.) On this basis of responsible co-operation of the self-administrations, and while simplifying the administration, it will be possible and, consequently, necessary to create an intermediate authority between the subordinate administrations of towns and Landkreise and the controlling Land Governments. To ease the general public's intercourse with the controlling authorities, only subsidiary offices of the Land Government should be set up. This means the elimination of the Regierungspräsidenten.

The administrative body should consist of well-trained and incorruptible civil servants, as the Ministerpräsident has demanded in his statement on Government policy. We share his views that a civil servant should only be appointed under the aspect of his character and professional qualification and not in the light of party politics. We are resolved to insist on this viewpoint against whatever different views, which will severely be fought by us.

If each individual administration branch is built up according to these briefly summarized principles of ours, then it will be marked by a systematical order, concentration, a clear attitude, and — what is of particular importance — by a democratic spirit.

In our Land, based on industry, the grievances and problems connected with food and economics will always rank in the foreground of our work. As to the food problem, our guiding principle is that the free peasant on a free estate will be the best guarantee for the utmost use of the soil which must only be entrusted to the best farmers. Only in this way and by abundantly fulfilling the duty of delivering the produce, as has been demanded by us, we will overcome the difficulties of the food situation. We reject every experiment in the land reform we have to elaborate, and we likewise distinctly reject every experiment in our crushed economy. By combined efforts, of all creative forces we shall be able to build up our economy, the foundation of our existence particularly in our Land, but also in respect of Germany as a whole.

We welcome and support the far-reaching measures for the particular furtherance of the mining industry, which will finally confer on the miner the justified and well-deserved appreciation of his efficiency. A few days ago, Minister Hynd declared that the daily output has risen from 0,7 to 0,9 tons. Our economics circles and we

all know what the coal problem and particularly what this additional output really means. We take this opportunity to express our gratitude and high appreciation for the miner's performance, and we are sure that he will carry on doing his duty. The economy can be restored and our Land can be assisted only if all forces and resources will be mobilized to an increased extent, but not by dismantling factories of vital importance which now is threatening our Land anew. We have always regarded the measures for the reconstruction of destroyed dwellings as insufficient. They are out of proportion as compared with the scarcity of lodgings which, owing to the influx of refugees from the East, is on the increase. We have been endeavouring to achieve a faster reconstruction of our building industry, and we protest against the decision to abolish $\frac{1}{2}$ of the cement works instead of using them for the reconstruction of our destroyed housing space.

Neither it can be understood that, owing to the severe cut of electric current, the textiles industry is able to work only 3 or 4 days a week. We go into a winter which will not be better for the population suffering from cold, but still worse than the past one, which we remember with discontent and dismay. The prevailing distress is becoming more acute and more pressing by the fact that, due to electricity cuts, important supply industries will manufacture still less than they do now owing to the general difficulties. We appeal to the frequently shown understanding and assistance of the British Government to redress matters most speedily and to impede the execution of these threatening measures that would aggravate the distress instead of mitigating or removing it. We can only live and export on condition that our industrial capacity will not be throttled but utilized to the fullest extent. Only by our exports, which will comprise refined goods only and no basic raw materials, we can pay the vital imports of foodstuffs as well as the necessary raw materials for our industry that are awaited most anxiously.

Our Land is Germany's largest raw material producing and industrial area. Life and death of all Germany and of the whole German people depend on the state of our economy.

The Free Democratic Party will give their particular care and collaboration to the economic problems. We shall attain the financial preliminary conditions ensuring the execution of our vast social tasks only on condition that our economy is functioning and not brought to death by the present unbearable taxation which we want to be reduced. These tasks must be mastered.

In times of extreme social distress our social responsibility, our social willingness, our social conscience must still be stronger than this distress. I pick out one single problem which has already frequently been touched: it is unworthy of the German people to give their war victims only alms. The nation — let me pronounce with emphasis this proud and obliging word the meaning of which we must grasp anew — has an indisputable debt of honour (interjection: debt of honour?) towards the war victims' dependents and towards the war disabled. As I have said that we cannot reconstruct Germany without developing our economy, I have likewise to say that we shall not reconstruct Germany without putting this debt of honour to good account. The first statement concerns the exterior reconstruction, whereas the latter applies to the inner, mental, and still more essential new construction of our Land and nation. We, therefore, welcome the Cabinet's announcement of an extensive relief work which is to approach the whole people on the broad basis of the trade unions, parties, charitable associations, and war victims associations, urging the people to mitigate the distress of our war victims and their dependents until the State will again fulfil its tasks sufficiently.

The Free Democratic Party is proud of having taken the initiative in the planned relief work. This initiative comes from the "Westdeutsche Rundschau" which, some weeks ago, started this action under the style of "If the State fails — the people will help". (Loud cheers.) If the will for sacrifice of our Land's entire population will be so apparent as has so far been the case with the relief

work of the "Westdeutsche Rundschau", we shall be able to help many people, but not by alms, for heaven's sake not by alms. By this relief work we want to remind the State of its duty and to fill a gap. (Interjection: You do not think of the victims of Fascism! Another interjection: They, too, belong to the people to be cared for!) In this light and not otherwise we want to conceive the relief work for war victims announced by the Ministerpräsident.

As regards the cultural tasks I only wish to make the following brief statements: the formation of our democracy is the only great educational task, the very essence of which is the shaping of the citizen to a responsible and free personage. This education has to begin at the elementary school and has to be continued at the universities which should not and must not instruct the students to become one-sided specialists, but should impart education — not only of a special nature — viz. an education that should make the students resistant to any concussion at critical moments. Only if the ideals of freedom, justice, and truthfulness are deeply rooted in us, and if we are prepared to give up our exterior existence rather than to infringe upon and to sacrifice our inward existence, only then we shall protect ourselves from such horrible times we have lived through.

In this connection I ask the Government to work resolutely for an increased admission of students to the universities. Owing to war losses and deficiencies caused by de-nazification, there is a serious shortage of the necessary rising generation in almost all academic professions. On the other hand, thousands of talented boys, desirous of learning, do not get admission to the universities.

An important instrument for the instruction of the people are the radio broadcasts. Until 1933, we had at Köln a transmitter which ranked with the best transmitters of Germany. We urgently request the Cabinet to make special efforts to the effect that we shall again have a transmitter of our own at Köln. We hope that this transmitter will be just as valuable for the civilizing work in our Land and in Germany as a whole, as was the case until 1933 under the excellent direction of Ernst Hardt. (Loud cheers.)

We are the smallest faction of this House. In an urgent petition to the Regional Commissioner we have protested against the establishment of such a small number of seats. In the Bavarian Landtag our faction is even smaller. By its honest and manly endeavours for the creation of the Bavarian Constitution it has supplied proof that not the number but the action is the deciding factor. We will do all in our power to assist in the construction of our Land. We are convinced that we can make a valuable contribution. We assure the Cabinet of our participation and shall criticise, sharply criticise, wherever we consider such criticism to be necessary. Equally as well, however, and even more joyfully we appreciate all that, in our opinion, deserves such appreciation. I hope that we shall have very often cause for appreciation. (Cheers.)

The President: The list of speakers with regard to the declarations of the Parties has now come to an end. May I announce before closing this item of the agenda that the faction of the Communist Party has submitted an urgent motion which has just been put forward by Herrn Reimann, to call a Landtag — session immediately after the Kreis-elections. I suggest that we refer this application to the Präsidium in order to fix the date, under consideration of the wishes expressed in this motion with reference to the date and the agenda, since the latter will have to be completed yet by other topics. (Approval.) Are there any objections? This is not the case. Then I regard this motion as turned over to the Präsidium.

Again, a motion was submitted by the Communist faction, which already was mentioned by Herrn Reimann, and which reads as follows:

"The Landtag to resolve that the following resolution be sent to the International Tribunal at Nuremberg: On the occasion of the first session of the Landtag of

North Rhine-Westphalia the latter wants to express its disappointment at the acquittal of Papen, Schacht and Fritzsche. The Landtag is surprised at the mild sentence passed on Schirach. These sentences are bound to give a new impulse to the reactionary minds in Germany and are not suited to strengthen the faith of the population in the young democracy."

It is clear to me that this motion will result in a new discussion. I suggest, therefore, to refer the motion to the Main Committee. (Interruptions: Right!) I would already now ask you to consider that at Nuremberg not the political acquittal of the said defendants took place, but that merely one side of their unlawful conduct was judged. (Interruption: That, too, was wrong!) May I suggest, in case there are no objections that this resolution be turned over to the Main Committee.

Member REIMANN (KPD.): We are of the opinion that this motion should be voted on in public session and that the resolution should be sent off. The point is not that they have not yet been acquitted politically. We know Herr Schacht, we know Herr von Papen. Today, they may again have taken up political activities somehow and somewhere. (Interruption from the left: With the CDU. Interruption from the right: With the KPD.) You members of the CDU, are laughing. I should think that you have swallowed quite a number of their kind. Maybe you will swallow them, too.

We are in favour of having a vote taken on this motion right here and that it not be turned over to the Committee. We should like to find out as to who votes against it.

Member MEISTERMANN (CDU.): To order! May I ask the Minister of Justice to comment on the effect of this motion in view of the International Tribunal, having passed the sentence.

The President: Would you please repeat this question, the Minister of Justice did not understand you.

Member MEISTERMANN (CDU.): May I ask the Minister of Justice to comment on this motion.

Minister of Justice Dr. KREMER: I move to have the resolution turned over to the Committee, I shall comment on it there.

Member GÖRLINGER (SPD.): The great majority of the House is of the same opinion as to the sentence passed on those concerned. But the question is, how do we, as Landtag-members, look at it? If the decision had been left to us, von Papen would have been placed before a German Court (cheers), then the matter would have been settled long ago. (Absolutelyly right!) The sentence does not correspond to the sentiment of the people. A German Court would not have acquitted Herr von Papen, Herr Fritzsche and Herr Dr. Schacht. There can be no doubt that we should realise this difficult situation of public law, and even if we should disagree with the verdict, it is not up to the Landtag to decide here to approach the International Tribunal. This should first be carefully examined. It appears necessary, therefore, to turn the motion over to the Main Committee for detailed examination, whether we can approach the International Tribunal at all.

The President: Do you consider any further discussion necessary? (Interruption: No.) Should there still be any objections, I must ask for a voting. I believe that first of all we should vote on the farthest-reaching motion, namely, to turn the resolution over to the Main Committee.

Will the Landtag vote whether this motion is to be turned over to the Main-Committee. Those in favour will please raise one hand. (Carried out.) Thank you very much. Those opposed? (Carried out.) The ayes have the overwhelming majority. So we have disposed of this motion, too.

Ladies and Gentlemen! Today we still have another task to decide on, viz. the election of the

Committees,

which will meet following this session of the Landtag and take up their work as soon as possible. The Ältestenrat has agreed that 12 Committees shall be

established, for each Minister a special Committee, in addition to this a Committee for Refugee Matters and, finally, a Standing Orders-Committee. Moreover, it was agreed upon, as to how these Committees should be composed of. (Interruption: No! Objections!) I had been informed in this sense. This still leaves us the possibility to discuss the matter. At any rate, the Altestenrat suggests that the Committees should consist of 12 representatives each according to the following key: SPD. and CDU. 4 members each, the KPD. 2, Zentrum and FDP. 1 each. Moreover, it was agreed that at the same time the corresponding deputy members should be appointed and that, as regards the voting within these Committees, a tie-vote shall be regarded as a rejection.

Again, it was agreed as to which Party shall preside over the different Committees. Intended are for the

Main-Committee	SPD.
Constitution Committee	CDU.
Finance Committee	FDP.
Economics Committee	SPD.
Traffic Committee	KPD.
Food & Agriculture	CDU.
Labour Committee	CDU.
Welfare Committee	SPD.
Culture Committee	CDU.
Reconstruction Committee	SPD.
Justice Committee	Zentrum
Committee for Refugee-Matters	KPD.

We shall not have the possibility to elect each individual Committee during this plenary session today. For this reason it was decided, provided that a fundamental agreement will be reached, that the factions report their members to the Landtag-secretary as soon as possible, so that these committees can convene.

May I ask whether there are any objections to the fundamental arrangement with regard to the distribution of the representatives in the Committees as well as of the chairmen? (Interruption: Yes!)

Member REISMANN (Zentrum): On behalf of the Zentrum-faction I wish to put on record first of all that an agreement has not been reached about this point. Our representatives were in the House at that time, but did not have the opportunity to attend the Committee-meeting, because they were not informed, where this Committee met. As the result of this, the agreement with regard to the distribution of the representatives was reached today, without having given us the opportunity to express our views. We agreed, yesterday, that the Zentrum-faction should have two seats, just as the Free Democratic Party. (Interruption: Not more? Hilarity.) We know very well what is due to the Parties, just the same, however, we, the Zentrum faction, shall ask for seats. We do not object to the other factions receiving more seats. We merely wish to be represented by two members. It would make no difference, however, if the number of the Committee-members were 12 or 14.

Member GÖRLINGER (SPD.): Ladies and Gentlemen! We had asked all of the representatives of the Parties to meet at 12 o'clock. All representatives were present with the exception of the Zentrum-representatives. We agreed that the Committees must be the reflected image of the Landtag, in order to first of all, assist the Committees in their work. If this is not the case, everyone may say at the voting "the composition of the Committee does not correspond to that of the Landtag and I move that a plenary session should decide by voting" — I think that these Committees should not be too large. The ratio 4, 4, 2, 1, 1 corresponds to the present composition of the Plenum, and we agreed that this was only a temporary arrangement. As soon as Military Government arrange a reformation of our Landtag after the elections on 13 October, the composition of the Committees will also be altered accordingly forthwith. I think that there is no alternative, and I ask the gentlemen of the Zentrum to accept this as a fundamental rule.

Member ALBERS (CDU.): We abide by this arrangement as agreed. We hope the Zentrum faction will after the election be represented by a larger number in this Landtag. (Interjection: Let us vote!)

The President: Now we are forced to vote. We shall vote on the motion of the Altesten-Committee, namely, that the Committees shall have 12 representatives with the following subdivision: SPD. and CDU. 4 each, KPD. 2, Zentrum and FDP. 1 each. Those in favour of the motion of the Altesten-Committee will please raise one hand. (Carried out.) I thank you. Those opposed? (Carried out.) The motion of the Altesten-Committee is accepted against a few votes of the members of the Zentrum and FDP. So this question is settled.

I would add in this connection that it was also moved to set up an Altesten-Committee, consisting of 7 representatives of the Parties, according to the following key: 2 representatives of the SPD., 2 of the CDU. and one each of the KPD., FDP. and Zentrum. Are there any objections to this motion? (Interruption: No!) This is not the case. Then I think I can put on record that the motion of the Altesten-Committee has been accepted. Does anyone wish me to take a vote on the just now announced distribution of the chairmen of the Committees or shall the agreement, reached by the Altestenrat, be allowed to stand?

A CDU-Member: May we ask the factions to please submit the names of the Committee-members in writing. I believe that fundamentally we agree with the arrangement made. (Approval.)

The President: Then I need not have a vote taken on this either. Ladies and Gentlemen! Now it will be necessary for the factions to report the representatives of the individual Committees within the next few days, if possible, so that work can be started in these Committees.

Member GÖRLINGER (SPD.): I believe we have forgotten still another Committee, the most important one, the Standing Orders-Committee. (Very true!) I consider it necessary, however, that the Standing Orders Committee be elected at once, if possible. No doubt there will be found quite a few colleagues, who have been Parliamentary Members of long standing. I move that 12 Members be elected. If the House agrees to 7 Members, however, I have no objection either. The Committee should meet as quickly as possible and submit a Standing Orders-draft at the next session, so that we may be able to discuss the Standing Orders for the House.

The President: The procedure would correspond to the composition of the Altesten-Committees. (Approval.) Do you agree to this? (Approval.) Shall the motions be put forward today, or are the factions not yet in a position to do so today? It would facilitate the work, if we knew the names already today. Are all factions in a position to give the names of their representatives?

Interruption of the SPD.:

Dobbert & Fries;

Interruption of the CDU.:

Frl. Teusch and Oberbürgermeister Dr. Warsch;

Interruption of the KPD.:

Member Schabrodt;

Interruption of the Zentrum:

Frl. Wessel;

Interruption of the FDP.:

Bürgermeister Altenhain.

So this Committee has been nominated. I believe we need not vote on this, as you have agreed.

Ladies and Gentlemen! This would, provided that the Herr Ministerpräsident does not wish to speak, bring us to the close of our first-session of the Landtag of North Rhine-Westphalia.

I thank you for your endurance, as I know that it is not easy, these days, to sacrifice one whole day because most of us are very heavily tied by the election-work.

Just now, a gentleman, upon leaving, said, "we are obliged to beat each other up". I should not like to see this done literally. I hope that during this election battle we shall express our fundamental views and differences to the public in a mannerly battle of opinions and that we shall meet again at the next session of the Landtag with the aim to peaceful work in the interests of the Land of North Rhine-Westphalia. Herewith I declare the session closed. (Loud cheers!)

Präsident: Es würde nach der Schlüsselung des
Ältestenausschusses verfahren werden. (Zustimmung.)
Herrscht darüber Einverständnis? (Zustimmung.) Solien
hier bereits Vorschläge gemacht werden, oder sind die
Fraktionen heute dazu nicht in der Lage? Es wäre eine
Erleichterung der Arbeit, wenn wir die Namen heute
schon hätten. Sind alle Fraktionen in der Lage, die Namen
ihrer Vertreter zu benennen?

Zuruf der SPD.: Dobbert und Fries.

Zuruf der CDU.: Fr. Teusch und Oberbürgermeister
Dr. Warsch.

Zuruf der KPD.: Abgeordneter Schabrodt.

Zuruf des Zentrums: Fr. Wessel.

Zuruf der FDP.: Bürgermeister Altenhain.

Damit wäre dieser Ausschuß benannt. Eine Abstimmung,
glaube ich, erübrigt sich, weil Sie Ihr Einverständnis
erklären.

Meine Damen und Herren! Wir wären dann, wenn
nicht der Herr Ministerpräsident noch etwas zu sagen
hat, am Schluß unserer ersten Sitzung des Landtages von
Nordrhein-Westfalen angelangt.

Ich darf Ihnen danken für die Ausdauer, zumal ich
weiß, daß es in diesen Tagen nicht einfach ist, einen
ganzen Tag zu opfern, da die meisten von uns in die
Wahlarbeit sehr stark eingespannt sind.

Es wurde eben von einem Herrn, als er sich verab-
schiedete, gesagt, wir haben die Verpflichtung, uns
gegenseitig zu verprügeln. Ich möchte das nicht wörtlich
wahr gemacht sehen. Ich hoffe, daß wir in diesem Wahl-
kampfe in einem sachlichen Meinungsstreit Grundsätze
und Differenzen nach außen hin austragen und wir uns
bei einer neuen Einberufung des Landtages zu friedlicher
Arbeit im Hinblick auf die Interessen des Landes Nord-
rhein-Westfalen wieder zusammenfinden. Damit möchte
ich die Sitzung schließen. (Starker Beifall.)